Einzelpreis 10 Pfennig

Volksstimme

Tageszeitung der Sozialdemokratischen Partei

Die „Volksstimme" erscheint an jedem Wochentag abends — Verantwortlich: Redakteur Albert Pauli, Magdeburg. — Verantwortlich für Inserate: Wilhelm Lindau, Magdeburg. — Druck und Verlag von W. Pfannkuch & Co., Magdeburg, Große Münzstraße 3. — Fernsprech-Anschlüsse: Für Inserate Nr. 6266, für die Redaktion Nr. 6267, für den Verlag und die Druckerei Nr 6265. — Postzeitungsliste: 2 Nachtrag, Seite 110. — Bezugspreis: Vom 1. bis 15. März 1.00 Mark, Abholer 0.90 Mark.

Anzeigenpreise in Goldpfennigen: Die 10gespaltene, 27 Millimeter breite Nonpareillezeile örtlich 20 Pfennig auswärts 30 Pfennig, Familienanzeigen und Stellengesuche 12½ Pfennig, Vereinskalender 30 Pfennig, die dreigespaltene 90 Millimeter breite Reklamezeile örtlich 100 Pfennig, auswärts 150 Pfennig. (Eine Goldmark = ein Dollar, geteilt durch 4,20.) Der gewährte Rabatt geht verloren, wenn nicht binnen 6 Tagen nach Rechnungsdatum Zahlung erfolgt. Für Platzvorschriften keine Gewähr. Erfüllungsort Magdeburg. Postscheckkonto Nr. 122 Magdeburg.

Nr. 59. Magdeburg, Mittwoch den 11. März 1925. 36. Jahrgang.

Der Prozeß gegen die Justiz.

In der zweiten Dezemberwoche des vergangenen Jahres begann vor dem Magdeburger Schöffengericht der Prozeß gegen den Redakteur der „Mitteldeutschen Presse", Rothardt. Dieser völkische Schriftleiter war angeklagt wegen Beleidigung des Reichspräsidenten. Es mußte also seine Schuld nachgewiesen werden. In der 16tägigen Verhandlung stand die Welt vollständig unter dem Eindruck, daß viel mehr das Bestreben vorherrschte, dem beleidigten Reichspräsidenten eine schwere Schuld nachzuweisen. Die Schuld des Landesverrats. Der Prozeß gegen Rothardt wurde allgemein als ein Prozeß gegen Ebert aufgefaßt.

Der erste Präsident wurde von der ersten Stunde seiner Wahl an als Freiwild für Verleumder und Ehrabschneider betrachtet. Die Anklagen, die wegen Präsidentenbeleidigung erhoben wurden, sind außerordentlich zahlreich. Etwa 120 Beleidigungsprozesse sind erledigt, in rund 50 Fällen schwebt noch das Verfahren. Auch hier offenbart sich der „freie deutsche Staatsbürger" in seiner ganzen Größe.

Jeden Beleidigungsprozeß benutzte die reaktionäre Presse als Gelegenheit, von neuem den Präsidenten zu schmähen. In keinem Prozeß dermaßen hemmungslos wie im Magdeburger. Man hat den Mann, der sich um Deutschland die höchsten Verdienste erworben hat, gedemütigt, hat ihm zugemutet, Auge in Auge mit verkommenen Individuen seine Handlungen zu rechtfertigen. Der Magdeburger Prozeß hat die Lebenskraft dieses starken und reinen Menschen mit untergraben, ist sicher eine Ursache gewesen für den tragischen Ausgang seiner Krankheit. Sein Freund, der Reichstagsabgeordnete Karl Hildenbrandt, sagt in einem Nachruf:

> Die durch diese Anfeindungen geförderten seelischen Erschütterungen waren sicher die Ursache der steigenden Verschlimmerung seines Krankheitszustandes, die in so kurzer Zeit zur Katastrophe führte.
>
> Man kann mit gutem Recht sagen, daß der Magdeburger Prozeß und die Urheber der verleumderischen Anfeindungen gegen die Person Eberts den traurigen Erfolg gehabt haben, ihn zu Tode zu hetzen und ihn als Kandidaten für die kommende Reichspräsidentenwahl auszuschalten. Die gedungenen Mörder von Erzberger und Rathenau haben ihr Werk mit Schußwaffen vollbracht; Ebert ist dem ekelen Treiben gewissenloser Verleumder zum Opfer gefallen.
>
> Dieses Urteil, dessen ganze Härte mir vor Auge steht, ist geschöpft aus dem lebhaftesten persönlichen Umgang mit Fritz Ebert in den letzten Wochen. Täglich und fast stündlich war der Fortschritt der Zermürbung zu erkennen, die den sonst so widerstandsfähige Körper unfähig machte, das Fortschreiten der Krankheit aufzuhalten.

Man hat Rothardt wegen formaler Beleidigung zu 8 Monaten Gefängnis verurteilt, gegen den Reichspräsidenten aber das Urteil gesprochen, er habe Landesverrat begonnen. Keinen Menschen gab es in der weiten Welt, der im Ernste daran glaubte, daß Fritz Ebert Landesverat begangen habe. Der Richter sagte aber, juristisch habe er ihn doch begangen, der Paragraph des Gesetzes sage es.

Es gab mutige Männer, die politische Gegner des Reichspräsidenten waren, aber doch erklärten, hier ist aus Vernunft Unsinn geworden: selbst ein Gerichtsurteil, das sich auf starre Paragraphen stützt, müsse noch etwas zu tun haben mit menschlichem Geist. Es gab auch viele, die das Urteil nicht anerkannten, aber ihre Stimme nicht erhoben, weil sie nicht in das „schwebende Verfahren" eingreifen wollten.

Der Tod kam, riß den Präsidenten aus dem Leben; nun fühlten sich auch die gedrängt, zu sprechen, die mit dem Hinweis auf das schwebende Verfahren vorher glaubten, schweigen zu müssen. Und alle, Männer von weit rechts, Männer aus der politischen Mitte feierten den deutschen Mann Fritz Ebert, den Patrioten, der für Deutschland gekämpft und geopfert hat, niemals fähig war, sich gegen das Land zu vergehen.

Dienstag vormittag begannen vor der Magdeburger Berufungskammer die Berufungsverhandlungen gegen Rothardt.

Der Angeklagte hat außer seinen beiden Verteidigern, die im Dezember seine Sache führten, diesmal noch den Rechtsanwalt Lütgebrune aus Göttingen mitgebracht. Justizrat Bindewald fühlte sich gedrungen, vor der Verhandlung eine Erklärung abzugeben, in der gesagt wird, daß es nicht so sehr darum gehe, die Handlungen des Herrn Ebert festzustellen, sondern seine Stellungnahme als Vorsitzender der Sozialdemokratischen Partei. Die Verteidigung will also zwischen Ebert dem Menschen und Ebert dem Sozialdemokraten unterscheiden. Mindestens eine kuriose Unterscheidung.

Der erste Verhandlungstag wurde im wesentlichen mit Formalitäten ausgefüllt. Verlesung der in Frage kommenden Artikel und das Urteil aus erster Instanz. Zeugen sind nicht vernommen worden. Die auswärtige Presse ist wieder stark vertreten. Man rechnet mit einer Verhandlungsdauer von mehreren Wochen.

Der Präsident ist tot, er wird vom schaffenden Volke betrauert. Sein Tod gab den tragischen Anlaß, daß die Welt ihn rechtfertigte. Eine höchste Instanz hat gesprochen. Nun wird der Prozeß — mögen hier die Entscheidungen fallen wie sie wollen — kein Prozeß gegen den Reichspräsidenten Ebert werden können; er wird ein Prozeß gegen eine Justiz, die in einem Urteil feststellte, daß Recht mit Vernunft nichts zu tun haben braucht.

Zentrumskandidat Marx.

Am Dienstag wird das Zentrum eine vorläufige Entscheidung über seinen Kandidaten zur Reichspräsidentschaft fällen. Am Mittwoch wird dann der Parteiausschuß der Zentrumspartei diese vorläufige Entscheidung sanktionieren und mit dem Kandidaten vor die Oeffentlichkeit treten. Es besteht innerhalb der Zentrumspartei eine allgemeine Stimmung für die Kandidatur Marx und es ist anzunehmen, daß die Spitzen der Partei unter Berücksichtigung dieser Auffassung ihre Entscheidung fällen. Man kann also damit rechnen, daß Marx wenigstens im ersten Wahlgang als offizieller Kandidat der Zentrumspartei für die Reichspräsidentschaft nominiert wird. Damit ist nicht gesagt, daß die Kandidatur Stegerwald schon vollkommen erledigt ist. Die Bemühungen der Rechten gingen auch am Montag dahin, das Zentrum für eine gemeinsame Kandidatur Stegerwald zu gewinnen, und es gibt gewisse Zentrumskreise, die sich ebenfalls eifrig in diesem Sinne betätigen.

Die demokratische Reichstagsfraktion hat inzwischen zu der Reichspräsidentenwahl Stellung genommen und den Fraktionen mit Ausnahme der Kommunisten und Deutschvölkischen folgender Brief übermittelt:

> Die Vorarbeiten zur Reichspräsidentenwahl lassen erkennen, daß die Gefahr einer erneuten Aufreißung der alten verhängnisvollen Klassengegensätze täglich wächst. Eine Wahlbewegung, in der eine größere Anzahl von Kandidaten und Parteien auftreten, würde die Gegensätze verschärfen, die großen Linien der politischen Entscheidungen verwischen und zu einem Zufallsergebnis führen, das dem gewählten Präsidenten nicht das erforderliche Ansehen im In- und Ausland gibt. Die Vermeidung dieser Gefahren ist eine nationale Pflicht. Die Deutsche demokratische Partei hat den Wunsch, daß unter den gegenwärtigen innen- und außenpolitischen Verhältnissen bei der Wahl des Reichspräsidenten eine möglichst große Mehrheit des deutschen Volkes sich auf eine Persönlichkeit vereinigt, die, fest auf dem Boden der Weimarer Verfassung stehend, über den Rahmen der politischen Parteien hinaus allgemeines Ansehen und Vertrauen in das hohe Amt mitbringt. Als eine solche Persönlichkeit betrachten wir den Präsidenten des Reichsgerichts, Herr Dr. Simons. Wir sind zu gemeinsamen Beratungen auch über einen andern, den erwähnten Voraussetzungen entsprechenden Vorschlag bereit.

Die Kandidatur des Reichsgerichtspräsidenten Doktor Simons wird auf der Rechten sicherlich auf starken Widerstand stoßen und damit dürfte der Schritt der Demokraten vorläufig als erledigt gelten. Eine andre Frage aber ist, ob die Möglichkeit besthet, daß sich von den Demokraten bis zu den Deutschnationalen eine gemeinsame Kandidatur finden läßt. Das möchten wir im Augenblick entschieden bestreiten. Den Deutschnationalen kommt es nicht auf einen Mann an, der nur bereit ist, sich auf den Boden der Weimarer Verfassung zu stellen. Sie wollen einen rechtsgerichteten Kandidaten an der Spitze des Reiches sehen, der bereit ist, mit ihnen einen ausgesprochenen Rechtskurs zu treiben.

Der Brief der demokratischen Fraktion und die vermutlichen Aussichten über seine Wirkung zeigen am besten, wie schwierig die Frage einer gemeinsamen Kandidatur für die Reichspräsidentschaft im ersten Wahlgang zu lösen ist. Gerade deshalb aber sollte sich die demokratische Presse hüten, im jetzigen Augenblick Angriffe gegen die Sozialdemokratie zu richten, weil ihr Parteiausschuß beschlossen hat, für den ersten Wahlgang eine eigne Kandidatur zu nominieren. Vergessen wir doch nicht, daß voraussichtlich ein zweiter Wahlgang notwendig wird und sich unter dem Drucke der Verhältnisse die Dinge dann etwas anders gestalten können als sie jetzt scheinen. Wie aber sollen dann mit der notwendigen Entschlossenheit die erforderlichen Konsequenzen gezogen werden, wenn sich die republikanischen Parteien befehden, bevor der Wahlkampf überhaupt begonnen hat?

* * *

Aussichten im ersten Wahlgang.

Für die Reichspräsidentenwahl sind zwei Wahlgänge vorgesehen. Der erste Wahlgang findet am 29. März statt, und falls es keinem Kandidaten gelingen wird, mehr Stimmen auf sich zu vereinen als alle andern erhalten, findet ein zweiter Wahlgang am 26. April statt, in dem der Kandidat gewählt ist, der die höchste Stimmenzahl erreicht.

Für den ersten Wahlgang ist mit mindestens fünf Kandidaten zu rechnen: Otto Braun für die Sozialdemokraten, Thälmann für die Kommunisten, die Rechtsparteien werden einen Kandidaten stellen und ebenso das Zentrum und die Demokraten.

Besonders aus demokratischen Kreisen werden gegen die Sozialdemokratie schwere Vorwürfe erhoben, weil sie sich nicht von vornherein auf einen bürgerlichen Kandidaten festgelegt hat. Die Angriffe erfolgen zu Unrecht. Wenn alles von einer Sammelkandidatur abhängt, so steht es ja den bürgerlichen Republikanern frei, den Kandidaten der stärksten republikanischen Partei als diesen Sammelkandidaten anzusehen.

Im Augenblick stehen die Dinge so, daß mit der Aufstellung des früheren Reichsinnenministers und jetzigen Oberbürgermeisters von Duisburg, Dr. Jarres, als Kandidaten der Rechtsparteien zu rechnen ist. Herr Dr. Jarres ist eigentlich Kandidat der Volkspartei, d. h. der Schwerindustrie. Wie weit es gelingen wird, die Wähler der Deutschnationalen, der Wirtschaftsparteiler, der Völkischen und der Bayrischen Volkspartei für diesen Kandidaten zu mobilisieren, muß abgewartet werden. Bei den Reichstagswahlen am 7. Dezember wurden im ganzen 30 283 986 Stimmen abgegeben. Davon erhielten:

Deutschnationale	6 205 324
Volkspartei	3 049 215
Wirtschaftspartei	1 005 776
Völkische	906 946
Bayrische Volkspartei	1 893 729
Zusammen	13 060 990

Legt man diese Zahlen zugrunde, so kommt man zu dem Ergebnis, daß Jarres im ersten Wahlgang nicht siegen kann. Selbst wenn es den beteiligten Parteien gelingen würde, für diese doch nicht allen gleich genehme Kandidatur ihre Wähler am 7. Dezember bis auf den letzten Mann und die letzte Frau zur Urne zu bringen, so würden am 29. März doch den 13 Millionen für Jarres 17 Millionen gegen Jarres gegenüberstehen. Voraussetzung ist dabei natürlich, daß auch die andre Seite alle ihre Wähler auf die Beine bringt.

Dieses nächste Ziel läßt sich dadurch erreichen, daß jede Partei ihren besten Mann vorschickt, wie das die Sozialdemokratie bereits getan hat. Die Parteien, die links vom Jarres-Block stehen, ohne die Kommunisten, erzielten am 7. Dezember folgende Ergebnisse:

Sozialdemokraten	7 880 963
Zentrum	4 118 190
Demokraten	1 917 764
Zusammen	13 916 917
Vorsprung vor der Rechten	955 927

Rechnet man die Splitter ohne weiteres zur Rechten, so bleibt immer noch ein Vorsprung von mehr als 700 000 Stimmen.

Haben die drei Parteien der Weimarer Koalition die Möglichkeit, ihren Vorsprung zu verbessern? Diese Frage ist unbedingt zu bejahen. Die Sozialdemokratie rechnet auf Gewinne auf Kosten der Kommunisten und auf weitern Zustrom durch die ausgezeichnete Persönlichkeit ihres Kandidaten. Die Demokraten können der Volkspartei, die aufgehört hat, eine liberale Partei zu sein, manchen Wähler abnehmen, wenn sie ihre Anstrengungen nach dieser Seite konzentrieren. Schließlich wird es interessant sein, wie sich die Wähler der Bayrischen Volkspartei zwischen Jarres und dem Kandidaten des Zentrums — voraussichtlich Marx — entscheiden werden.

Im ersten Wahlgang werden große Ueberraschungen möglich sein. Nur eine ist unmöglich, nämlich, daß das deutsche Volk so von allen guten Geistern verlassen sein könnte, den Herrn Jarres zu seinem Oberhaupt zu erwählen.

Zusammenfassend: es ist, wenn nicht unvorhergesehene Ereignisse eintreten, Tatsache, daß die Rechtsparteien mit einem gemeinsamen Kandidaten in den ersten Wahlgang gehen, und es ist Tatsache, daß die Parteien links von ihnen mit mehreren Kandidaten vorgehen werden. Es läßt sich heute nicht sagen, welche Taktik die richtige ist, und es ist, angesichts der feststehenden Tatsachen, auch überflüssig, darüber zu streiten. Wenn die Ergebnisse des ersten Wahlgangs vorliegen werden, wird weiter davon zu reden sein, was praktisch getan werden muß, um Deutschland vor der Jarres-Katastrophe zu bewahren.

Aber schon im ersten Wahlgang kann der Kandidatur des Jarres ein entscheidender Schlag beigebracht werden durch einen gewaltigen Erfolg der Kandidatur Otto Braun. Für ihn alles aufzubieten, ist jetzt unsre Aufgabe.

Der Kampf der Eisenbahner.

Der Hauptverwaltung der Deutschen Reichsbahngesellschaft ist nicht wohl zumute. Der Ernst und die Entschlossenheit, mit dem die Eisenbahner den ihnen aufgezwungenen Kampf zu führen gewillt sind, haben die Leitung der Reichsbahngesellschaft unsicher gemacht. Deshalb hat sie am Montag die Berliner Presse bitten lassen, doch um Himmels willen nicht zuviel über die Streikbewegung zu schreiben: denn das stärke nur die Streikstimmung unter dem Eisenbahnpersonal. Gleichzeitig bemüht sich die Reichsbahnleitung, der Oeffentlichkeit einzureden, daß die Streikbewegung schon da und dort abbröckele, ja im großen und ganzen schon so gut wie stillstehe. Im Westen z. B., in Essen, Köln, Frankfurt a. M., soll von einem Streik überhaupt nichts zu bemerken sein.

Mit diesen Mitteilungen rennt die Reichsbahnleitung nur offene Türen ein. Das Bild, das augenblicklich die Streiklage bietet, ist durchaus kein zufälliges. Die Reichsbahnleitung weiß zu gut, daß die Eisenbahner bei allem Unmut, bei aller Gereiztheit keine blinden Draufgänger sind, sondern genau wissen, was sie tun. Die Eisenbahner befolgen genau die Weisungen ihrer Organisationen und diese werden die Taktik verfolgen, die sie für richtig halten und mit keinem wüsten Streik-Tohuwabohu der Reichsbahnleitung die Hasen in die Küche jagen.

Es ist gar nicht zu bestreiten, daß sich die Reichsbahnverwaltung schon jetzt stark isoliert fühlt. Sie muß sehen, daß es nicht einmal die Rechtspresse wagt, gegen die streikenden Eisenbahner Front zu machen. Sie kann nicht, weil rein sachlich genommen sich

gegen die Forderungen nichts einwenden läßt.

Man betrachte nur einmal die Frage der Arbeitszeit! Hier herrschen in der Reichsbahn heute Zustände, die einfach nicht länger ertragen werden konnten. Durch den Erlaß der Arbeitszeitverordnung vom 21. Dezember 1923 erfolgte eine Aenderung der Dienstdauervorschriften für das Betriebs- und Verkehrspersonal in der Weise, daß die Arbeitszeit bis zu 10 Stunden im Tag oder 260 Stunden im Monat und die Dienstschicht bis zu 16 Stunden pro Arbeitstag ausgedehnt wurde. Unter dem Drucke der Gewerkschaften gab es dann im Juni vorigen Jahres einige kleine Milderungen. Es kam mit Rücksicht auf die damalige Notlage der Reichsbahn zu einer Sondervereinbarung, die selbstverständlich gekündigt werden mußte, sobald sich die Wirtschaftslage der Reichsbahn sichtlich gebessert hatte. Diese Kündigung erfolgte Ende Januar, nachdem die Gratifikationen für die obern Beamten und die Korruptionszulage gezeigt hatten, daß es der Reichsbahn nicht gerade schlecht geht.

Was forderten die Eisenbahner? Festsetzung der Arbeitszeit in der Personalordnung und den Dienstdauervorschriften auf 8 Stunden pro Tag. Sofortige Durchführung des Achtstundentags in den Werkstätten und überall dort, wo intensive Arbeit verlangt oder das Personal unter besondern Gefahren für Leben und Gesundheit tätig ist; entsprechende Verkürzung der Arbeitszeit des übrigen Personals. Außerkraftsetzung der Dienstdauervorschriften für das im Werkstättendienst und bei selbständigen Güterböden beschäftigte Personal mit entsprechender Verbesserung der Dienstdauervorschriften. Reglung der Dienstdauer des Fährschiffpersonals nach den vorstehenden Grundsätzen.

Die Verwaltung lehnte zunächst glatt ab,

dann stimmte sie schließlich der Einsetzung einer gemeinschaftlichen Kommission zur Beratung etwa bestehender Härten in der Dienstdauer zu. Jeder Laie sieht, daß diese Zustimmung angesichts der Forderungen nur herzlich wenig bedeutet.

Sollen die skandalösen Arbeitszeitverhältnisse bei der Reichsbahn verewigt werden? Naive Leute stellen Vergleiche mit den Verhältnissen der Vorkriegszeit an. Ein Vergleich mit der Vorkriegsarbeitszeit muß aber unbedingt abgelehnt werden, denn gegenwärtig werden ganz andre Anforderungen an die Arbeitsleistung des einzelnen Mannes gestellt. Durch die sogenannte wissenschaftliche Betriebsführung und das Gedingeverfahren wird mit der Arbeitskraft ein unerträglicher Raubbau getrieben. Die Reichsbahn nimmt heute eine bis ins kleinste gehende scharfe Ermittlung der Arbeitszeit, der Arbeitsunterbrechungen usw. in jedem einzelnen Falle, vielfach sogar durch Stoppuhr vor.

Die Folge des Raubbaues sind steigende Krankheits- und Unfallziffern. Sie sprechen eine eindringliche Sprache. So betrug z. B. der Krankenstand anfangs Januar im Bezirk Berlin 9 Prozent. Die Betriebsunfälle haben, wie die Hauptverwaltung selbst zugibt, 1924 wesentlich zugenommen. Nach einer Mitteilung der Hauptverwaltung wurden in den Monaten April bis November des letzten Jahres 626 Bedienstete gegen 513 Bedienstete im Vorjahre, also 113 Personen mehr, als verletzt gemeldet. An dieser Steigerung sind besonders die Direktionen Dresden, Elberfeld, Hannover, Karlsruhe und München beteiligt. Die Hauptverwaltung hat — sehr bezeichnend — Anweisung gegeben, den Ursachen dieser Erscheinung nachzugehen. Diese Unfallfeststellungen wurden nicht nur für den Betriebsdienst, sondern auch für die Werkstätten gemacht. Auch hier eine

dauernde Steigerung der Unfallziffern,

so z. B. im Ausbesserungsbezirk Königsberg von 0,53 Prozent im Jahre 1923 auf 0,88 Prozent im Jahre 1924.

Die wirklichen Ursachen dieser unheimlichen Ziffern wird die Hauptverwaltung bei ihren Umfragen kaum erfahren. Sie liegen in der Verlängerung der Arbeitszeit, in der Antreiberei und der fast zur Unerträglichkeit gewordenen Auspressung der Arbeitskraft durch die sogenannte wissenschaftliche Betriebsführung. Die Ermüdungsgrenze liegt weit unter der Schichtdauer, die den Eisenbahnern zugemutet wird, und daß die jetzt bestehende Arbeitszeitreglung zu einer Senkung der Gesamtleistung führen muß, liegt auf der Hand. Die amtlich festgestellte Steigerung der Betriebsunfälle zeigt der Oeffentlichkeit ganz klar, daß durch die mit kargem Lohn verbundene lange Arbeitsfron des Personals die Betriebssicherheit, die

Sicherheit der Fahrgäste gefährdet wird.

Der Kampf um die Kürzung der Arbeitszeit hat in der Privatindustrie bereits zu Erfolgen geführt; die letzte Umfrage des Allgemeinen deutschen Gewerkschaftsbundes beweist das. Seit Mai vorigen Jahres hat die Verkürzung der Arbeitszeit in fast allen Betriebszweigen erhebliche Fortschritte gemacht. Sollen die Eisenbahner etwa von dieser Verkürzung ausgeschlossen werden? Wir sagen: Nein! Mögen sich auch da und dort Kommunisten als Streikbrecher zeigen, die disziplinierten Eisenbahner führen den Kampf um ihre Forderungen, um Gesundheit und Leben mit Zuversicht und Kraft; denn sie wissen, daß ihr Kampf die volle Sympathie und die ganze moralische Unterstützung der gesamten Arbeitnehmerschaft und darüber hinaus noch die Sympathie der öffentlichen Meinung findet.

Eine Gefahr für die Eisenbahner ist die elende Hetze der kommunistischen Presse gegen die Gewerkschaftsführer, die die Kampffront zermürben muß. Die Kommunisten wollen den Kampf der Eisenbahner für angemessene Lohn- und Arbeitsverhältnisse wiederum zum Ausgangspunkt großen Weltrevolutionsunfugs machen. Sie wissen auch in dieser Stunde des Kampfes nichts Besseres zu unternehmen, als in ihrer Presse und in Versammlungen ihre

Hetze gegen die Gewerkschaftsführer

fortzusetzen. So spricht ein Aufruf der Zentrale der Kommunistischen Partei von der „noch zögernden Gewerkschaftsbureaukratie", die von den Eisenbahnern gezwungen werden müßte, den Kampf zu unterstützen. Solche verlogene Hetze kann selbstverständlich den Kämpfenden nicht förderlich sein. Ein Glück nur, daß die Kommunistenführer von vornherein bekannt sind als Verleumder und Zersplitterer und auch von den streikenden Eisenbahnern entsprechend eingeschätzt werden. —

* * *

Die Streiklage.

Die Nachrichten, die den Eisenbahnerorganisationen aus dem Reiche zugehen, lassen erkennen, daß die Anweisungen der drei Eisenbahnergewerkschaften überall befolgt werden. Es ist nirgends eine Ausdehnung des Streikes seit Sonntag erfolgt. Man erwartet die Entscheidung der am Mittwoch in Berlin zusammentretenden Organisationsvorstände und Beiräte der Eisenbahnerverbände.

In Sachsen allerdings ist die Zahl der streikenden Lohnempfänger und Hilfsbeamten der Reichsbahn über 11 000 angewachsen. Wie uns darüber aus Sachsen berichtet wird, ist es dort sehr zweifelhaft, ob die Landesstreikleitung, bestehend aus dem Deutschen Eisenbahnerverband und der Reichsgewerkschaft deutscher Eisenbahnbeamten und -anwärter, weiterhin in der Lage ist, die von den Beamtenmitgliedern an die Organisation wiederholt gerichtete Forderung auf ihre Einbeziehung in den Streik, unberücksichtigt lassen kann.

Die Reichsbahndirektion von Dresden stellt gegenwärtig nicht nur Pensionäre und abgebaute Beamte, die auf Wartegeld gesetzt wurden, ein, sondern auch entlassene Eisenbahner, die wegen Bandendiebstahls entlassen und bestraft worden sind. Vielleicht hat die Reichsbahndirektion zu diesem Mittel gegriffen, um eine Stauung der ihr anvertrauten Güter zu verhindern.

Kommunisten als Streikbrecher in Halle.

Die Halleschen Eisenbahner nahmen am Sonntag Stellung zu dem Kampfe der Eisenbahner. Sie erwarten vom Hauptvorstand den Aufruf zur allgemeinen Durchführung des Kampfes. Ferner wird gemeldet, daß die Reichsbahndirektion Halle sich den Streik ein gehöriges Stück Geld kosten läßt. Sie hat nach Wahren über 60 Bahnpolizeibeamte zusammengezogen, die die Arbeit der Streikbrecher überwachen müssen. Die Tatsache, daß man jetzt 60 Leute zusammengezogen hat, bestätigt, daß die Verwaltung ihren Streikbrechern nicht viel zutraut. Bezeichnend ist, daß die ersten in Wahren erscheinenden Streikbrecher die kommunistischen „Roten Frontkämpfer" des Halleschen Güterbahnhofs gewesen sind. —

Die Pension der Präsidentenwitwe.

Ein Teil der Presse berechnet die gesetzliche Pension der Witwe des Reichspräsidenten auf 33 980 Mark jährlich. Rechtsgerichtete Blätter knüpfen daran hämische Bemerkungen. Diese Zahl stimmt nicht. Es ist festgestellt, daß die an Frau Ebert zu zahlende monatliche Pension 592 Mark beträgt, also viel geringer ist, als etwa die Apanage irgendeines der unzählig vielen Prinzlein, die in der Monarchie sich auf Kosten des deutschen Volkes amüsieren, ohne je auch nur das geringste dafür leisten zu müssen.

Der erwähnte Monatsbetrag ist die Höchstpension, die gegenwärtig eine Beamtenwitwe (einschließlich der pensionsberechtigten Reichsminister und Staatssekretäre) beziehen kann. Die „Vossische Zeitung" nennt dies eine reinliche Ueberraschung und bezeichnet die Bezüge der Witwe des Reichspräsidenten als geradezu beschämend gering. Wir können uns diesem Urteil nicht anschließen. Bei der Not vieler Volksgenossen müssen auch Ausgaben dieser Art in den Grenzen des Möglichen gehalten werden.

Die Presse der Ludendorff, Hergt, Westarp, Tirpitz und Konsorten sollte aber auf jeden Fall schweigen über die Höhe der Bezüge der Witwe des Reichspräsidenten; denn nicht nur die ehemaligen kaiserlichen Würdenträger, sondern auch viele Politiker jener Zeit beziehen bei voller Rüstigkeit von der Republik, die sie mit allen Mitteln bekämpfen, Pensionen, die das Mehrfache der Ausgaben für die Witwe des höchsten Beamten des Reiches betragen. —

Kleines Feuilleton.

Reproduktionen.

Klassische Zeiten haben die Malerei zu einem dekorativen Zweck betrieben. Das heißt soviel als: Gemälde wurden ehemals für einen bestimmten Raum gefertigt. Das galt nicht allein für Fresken, die an Ort und Stelle auf die Wand aufgetragen werden mußten, sondern auch in einem gewissen Sinne noch für Tafelbilder. Aber freilich: der Kreis der Kunstgenießenden verengt sich mehr und mehr. Der Dom, das Schloß, der Adels- und Patrizierpalast: das ist die Reihenfolge der Kunststätten. Mehr und mehr also wird die Kunst Privatsache, wird der breiten Allgemeinheit entzogen, indem sie sich zu den Mäzenaten flüchtet.

In der modernen Mietwohnung hat die dekorative Malerei keinen Platz mehr, nicht einmal mehr den Plafond oder die Supraporte. Und das Museum ist auch kein rechter Ersatz für Kirche oder Palast. Alle Versuche, seinen Räumen einen persönlichen oder gar intimen Charakter zu verleihen, sind bisher gescheitert und werden auch wohl für die Zukunft zum Scheitern verurteilt bleiben. Das verbietet allein schon die Masse der darin angesammelten Kunstwerke. Die moderne Malerei widersetzt sich noch mehr dem Museumsbetrieb als die alte, weil sie individueller, persönlicher empfunden ist als jene. Von dem Moment an, wo sie aufhört, Tonwellkunst zu sein, also seit der Renaissance, neigt sie immer mehr dahin, zum einzelnen zu sprechen. Gerade diese Absicht wird sie aber im Museum am wenigsten verwirklichen können, wo ein Meister sich an den andern reiht und ein Bemühter dem andern auf den Fersen folgt. Es ist, als trüge man Lieder oder Kammermusik in ermüdend langer Folge in einem Riesenkonzertsaal vor. Dazu kommt noch, daß nur ganz wenige Städte in Deutschland bedeutende Gemäldegalerien besitzen: es werden auf die Bevölkerung von 60 Millionen Menschen kaum mehr als ein Dutzend Museumsstädte kommen.

Alle diese Uebelstände empfinden man seit gut 300 Jahren. Beweis dafür ist, daß man seither die graphischen Techniken dazu benutzt, berühmte Gemälde zu vervielfältigen. In Italien ist damit der Anfang gemacht worden von Schülern Raffaels; im Norden hat Rubens, der Weitblickende, eine eigne Stecherwerkstatt seinem Malereiatelier angegliedert. Frankreich und England folgten im 17. Jahrhundert; Deutschland gab die Selbständigkeit des Kupferstichs erst später, im 18. Jahrhundert, auf. Die Reihenfolge weist den Weg der wirtschaftlichen Entwicklung im allgemeinen.

Der Kupferstich, noch ihm der Stahlstich, suchten Ersatz zu bieten für die allzu teuern Gemälde. Ihre feinen Tonwirkungen enthalten intime künstlerische Reize, die allerdings mit der Verflachung der graphischen Technik im Laufe des 19. Jahrhunderts sich immer mehr verflüchtigen. Es ist Reproduktionstechnik im kleinen, handwerksmäßig betrieben, die dem Ansturm der Maschinentechnik nicht stand hält. Die exakte Erfassung der Wirklichkeit, wie sie die Photographie mit sich bringt, öffnet neuen graphischen Möglichkeiten den Weg. Schließlich auch jener komplizierteste und schwierigsten der Farbenwiedergabe, auf die der Kupferstecher bescheiden verzichtet hatte. Für die unterbige Wiedergabe von Gemälden hat man die Autotypie erfunden, für die von Zeichnungen, Stichen und Radierungen die Strichätzung.

Es gibt noch immer Aesthetiker, die sich gegen die neuen Reproduktionsverfahren sträuben mit der Begründung, sie bedeuteten Fälschungen der Originale. Aber erstens einmal läßt sich die Frage nicht so obenhin abtun: es kommt auf die Qualität der Reproduktion an. Und zweitens ist sehr viel Heuchelei dabei, denn in Wahrheit sind nur einige ganz besonders befähigte Kenner und Spezialisten imstande, eine vollendete moderne Strichätzung oder einen Farbenlichtdruck von einem Original zu unterscheiden. Diese Scheu gegen die Reproduktion läuft letzten Endes auf eine Art Snobismus hinaus, den sich nur die ganz Reichen leisten können.

Damit kommen wir nicht vom Flecke. Je grauer und lichtloser die Wohnviertel des modernen Menschen sind, je trostloser und jämmerlicher der Anblick seiner vier Wände ist, um so notwendiger ist es, daß man sein Heim verschönt. Die Entfernung aller Möbel und die Entblößung aller Wände, wie sie neuerdings von einem radikalen Architekten gefordert wird, eignet sich nicht für die Mietwohnung, auf die wir heute angewiesen sind. Damit wird unser Durst nach künstlerischer Schönheit gewiß nicht gestillt. Kein geringerer ist die Kulturerbe, die der Dürerbund seit zwanzig Jahren mit der Verbreitung seiner billigen „Meisterbilder" leistet. Inzwischen ist aber die Entwicklung über diese Reproduktionstechnik hinausgeschritten und den Originalwerken unsrer großen Meister sehr viel näher gekommen.

Eine Ausstellung, die bei Heinrichshofen gezeigt wird, mag davon überzeugen. Sie umfaßt eine Auswahl aus den Drucken der Marées-Gesellschaft, von dem Münchner Verlag R. Piper herausgegeben, und den eigentlichen „Piper-Drucken". Die Blätter der Marées-Gesellschaft, die in Mappen erschienen sind, geben Handzeichnungen und Aquarelle wieder, von Martin Schongauer im 15. Jahrhundert bis auf die allerneuesten Meister: Hofer, Beckmann, Klee, Picasso. Es ist nicht möglich, aus diesen vielen Dutzenden von Meisterdrucken einzelne herauszuheben. Die graphischen Kabinette von Wien, Frankfurt, Berlin, Paris, München, deren Schätze fast im verborgenen schlummern, haben ihre Pforten weit aufgetan und breiten ungeahnte Köstlichkeiten vor uns aus. Wer hat bisher von den Zeichnungen und Aquarellen eines Brengel etwas gekannt, eines Watteau, eines Guardi? Wie wird auf einmal das französische Rokoko lebendig in den Blättern nach Gilles Maria Oppenort, nach Chardin und Fragonard! Von G. F. Maioire sieht man eine Ansicht von Santa Sabina in Rom, mit Feder, Kreide und Wasserfarben ausgeführt: es ist wunderbar, wie diese gemischte Technik in der Reproduktion herauskommt!

Angesichts solcher Leistungen, angesichts auch der Farbenlichtdrucke nach berühmten Gemälden aller Zeiten, von dem Flamen Hieronymus Bosch des 15. Jahrhunderts und von Dürer über Rubens, Rembrandt, Goya bis auf Daumier, Menzel, Cézanne und Van Gogh, eben jener „Piper-Drucke", kann man verstehen, wenn Heinrich Wölfflin ausrufen konnte: „Ich verspreche mir von der Frische und Leuchtkraft der Piper-Drucke eine vortreffliche Wirkung an der Wand des meist so farbenarmen Zimmers." Diese Pipersche Unternehmung bedeutet etwas wie Demokratisierung des Kunstbesitzes. O.

Konzert von Lauritz Melchior. Der vielgefeierte Melchior, Heldentenor von Bayreuther Apolls Gnaden, gab einen Arien- und Liederabend im „Kristallpalast". Melchior ist ein ausgesprochener Wagnersänger, d. h. im Stile der führenden Bayreuther Persönlichkeiten, welche jetzt tonangebend sind. Er hat eine glänzende Höhe in der Stimme, wenn er im Fortissimo singt, und er singt immer im Fortissimo, wenn er dem A oder B zustrebt. Ein Piano oder nur ein Mezzoforte in dieser Höhe, nein, das ist für Melchior ausgeschlossen. Ein nicht unzuverlässiger Maßstab für den Sänger ist immer das Piano. Wenn das erst in der Mittellage zum Flüstern und unhörbaren Hauchen herabsinkt, dann fehlt es an Technik und als Wagnersänger allein, der glaubt, eine umfassende Technik nicht nötig zu haben, kann doch niemand auf dem Gesangspodium bestehen. Mit der Vortragsfolge ist es ähnlich. Uebrigens ein sehr anfechtbares Programm. Grieg mit ausgefallenen Liedern, Strauß mit Sachen, deren Hohlheiten auch bei eingefleischten Straußjüngern nicht mehr ziehen, dann der unvermeidliche Wagner mit Walthers

Hochverräter Hitler putscht wieder auf.

Am Dienstag abend wollte Hitler im gleichen Stile wie im Jahre 1923 zu seinen Anhängern in den fünf größten Sälen Münchens sprechen. Diese Versammlungen sind jedoch von der Polizeidirektion verboten worden, und zwar mit folgender Begründung:

Hitler hat in seiner Eröffnungsrede am 27. Februar in nicht mißzuverstehender Weise versucht, die Massen zu Gewalttätigkeiten aufzupeitschen oder doch auf solche Gewaltakte vorzubereiten. Die Polizeidirektion schließt das aus folgenden Aeußerungen:

„In diesem Ringen gibt es nur zwei Möglichkeiten. Entweder der Feind geht über unsre Leichen oder wir über die seinen." Ferner: „Es ist mein einziger Wunsch, daß das Hakenkreuzbanner, wenn der Kampf mich das nächstemal niederstreckt, mein Leichentuch werden soll."

In diesen Aeußerungen ist der Tatbestand des § 110 und 130 des StGB. (Aufforderung zum Ungehorsam gegen Gesetze bzw. Aufreizung zu Gewalttätigkeiten gegen andre Klassen der Bevölkerung) nahezu gegeben. Denn sie haben in der Bevölkerung Münchens und Bayerns lebhafte Beunruhigung und die Besorgnis hervorgerufen, daß auch weiterhin derartige Aufforderungen zur Gewalt durch Hitler erfolgen werden und in Kürze mit der Verwirklichung des angekündigten Kampfes zu rechnen sei. Diese Befürchtung erschien im Hinblick auf die Entwicklung der Verhältnisse im Jahre 1923 vollauf berechtigt.

Die Polizeidirektion hat demgegenüber die Verpflichtung, einer solchen den Staat gefährdeten Entwicklung, welche die Wiederholung der Novemberereignisse des Jahres 1923 befürchten läßt, zuvorzukommen. Dsehalb wurden die Versammlungen verboten.

Hitler „bewährt" sich also sehr gut, so gut, daß er jetzt selbst Kreisen unangenehm zu werden beginnt, die eine Strafaussetzung mit Bewährungsfrist für diesen Hetzer zum Bürgerkrieg für angebracht hielten. —

Ein Finanzminister über das Steuerunrecht

Im „Badischen Beobachter" vom 9. März übt der badische Finanzminister Köhler eine vernichtende Kritik an dem neuen Steuergesetzentwurf, der zurzeit im Reichsrat lebhaft umkämpft wird. Köhler sagt, die Absicht der Reichsregierung ließe sich wie folgt bezeichnen: Schärfste Entlastung des großen Besitzes, schärfste Erhöhung der Belastung der großen Massen des Volkes.

Die Neubildung des Kapitals dürfe jedoch nicht auf Kosten des Lebenskapitals der breiten Massen erfolgen. Ganz unerträglich sei die neue Belastung der Besitzlosen, die sich in der Hauszinssteuer und in der Erhöhung der Gebühren der Bier- und Tabaksteuer darstellen. Die Annahme dieser Entwürfe würde wirtschaftlich und politisch verheerend wirken. —

Der Stahlhelmskandal von Striegau

Vor dem großen Schöffengericht in Schweidnitz begann am Montag der Landfriedensbruchprozeß, der sich aus dem blutigen Zusammenstoß anläßlich eines Stahlhelmtages in Striegau im Oktober 1924 ergab. Angeklagt sind lediglich Reichsbannerleute und Sozialdemokraten aus Striegau und Umgegend sowie einige andre Arbeiter, die von den Rechtsanwälten Bandmann (Breslau), Baerensprung (Magdeburg), Otto Landsberg (Berlin) und von Prof. Radbruch verteidigt werden.

Die Anklage lag im Stadium der Voruntersuchung bezeichnenderweise in den Händen eines Staatsanwaltschaftsrates, der Führer der Deutschnationalen in Striegau ist. Dementsprechend sieht die Anklage aus. Einer der Angeklagten ist z. B. schwerkriegsbeschädigt, am rechten Arm gelähmt und auch sonst körperlich schwer behindert. Trotzdem soll er mit einem Knüppel auf die Stahlhelmleute eingeschlagen haben. Zwei Arbeiterinnen, die sich lediglich aus dem Getümmel retten wollten, sind gleichfalls angeklagt. Das sind die Bestandteile einer Anklage, die darauf angelegt war, das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold als Urheber schwerer Ruhestörungen hinzustellen.

In der Montagverhandlung wurden zunächst die Hauptangeklagten Stadtrat Müller und Hauptlehrer Geburt vernommen. Sie sagten aus, daß die Stahlhelmveranstaltung zunächst vom Regierungspräsidenten verboten war und erst vom Innenministerium nach Beschwerde unter bestimmten Bedingungen erlaubt wurde, die dann aber nicht eingehalten wurden. So sind z. B. trotz ausdrücklichen Verbots Hakenkreuzfahnen mitgeführt worden und die Veranstaltung beschränkte sich auch nicht vorschriftsgemäß auf ein abgeschlossenes Grundstück. Am Tage vorher waren auf einem Stahlhelmkommers schwere Drohungen ausgestoßen worden und außerdem wurde ein Plakat angeklebt, das die Reichsbannerleute verhöhnte, weil sie vor dem Stahlhelmaufmarsch Angst hätten. Auf Grund der Drohungen wurden zum Schutze des örtlichen Konsumvereins, des Volkshauses und der andern Einrichtungen der Arbeiterbewegung etwa 200 Reichsbannerleute aus dem Orte selbst und aus der Umgegend versammelt, während der Stahlhelmaufmarsch aus ganz Schlesien etwa 4000 Mann aufgeboten hatte. Trotzdem sollen die 200 Reichsbannerleute die 4000 Stahlhelmleute angegriffen und mißhandelt haben!

Die Sicherung durch Reichsbannerleute erschien um so notwendiger, als die örtliche Polizeileitung in den Händen eines alten Gegners der Arbeiterbewegung und der Republik liegt, die der Reichsbannerführer Müller aus seiner eignen zweijährigen Tätigkeit als Polizeiverwalter kritisch einzuschätzen wußte. Der Angeklagte Geburt hat auf die Alarmzettel an die auswärtigen Reichsbannerleute wörtlich geschrieben: „Auf alle Anzapfungen des Stahlhelms ist in keiner Weise zu reagieren."

Beide Hauptangeklagte weisen in ihrer Aussage nach, daß sie sich nur darum bemüht haben, die Schlägerei, die aus Provokationen der Stahlhelmleute hervorging, zu schlichten.

Am Dienstag wird die Vernehmung fortgesetzt. —

Der verwahrloste Auslandsmarkt.

Von einem besondern Mitarbeiter wird uns geschrieben:

Die Arbeitslosenziffern — so unvollständig sie auch sind — zeigen nach wie vor ein erschreckendes Bild: die Qual der feiernden Hände will nicht von Deutschland weichen. Die Arbeitslosigkeit ist aber keine nurdeutsche, sie ist eine europäische, ja eine Weltkrankheit. Ihre Ursachen liegen viel tiefer, als gemeinhin angenommen wird.

Der Weltkrieg hat die Handelsbeziehungen der alten industriellen Werkstatt der Welt — Europa — stark verändert. Aus dem Warentauschgeschäft zwischen Europa und den andern Erdteilen (Warentauschgeschäft: Nahrungsmittel, Rohstoffe und Halbfabrikate werden gegen Fertigwaren getauscht), wurde während des Krieges eine einseitige, eine „schiefe" ökonomische Beziehung. Es wurden nach Europa Nahrungsmittel, Rohstoffe und Halbfabrikate gegen Hergabe von Gold oder durch Aufnahme von Krediten hereingenommen. So entstand in Europa das wirtschaftliche Tief, das auch heute noch dauernd ökonomische Gewitterneigung anzeigt.

Die andre, die neuere industrielle Werkstatt der Welt — Nordamerika — hat ihre vordem noch sehr unabhängige Wirtschaft in Verfolg des Weltkriegs im beschleunigten Tempo mit den Weltbedürfnissen verknüpft. (Diese Entwicklung ging nicht ganz freiwillig vor sich.)

Die eben angedeutete Entwicklung ergab unter andern Gesichtswinkel betrachtet: von 1914 bis 1918 wurde der internationale Markt von den industriellen Werkstätten der Welt mit Handelsware nicht oder doch nur in völlig unzureichendem Maße beliefert. In den frühern Exportgebieten Europas wuchs das Verkaufsgeschäft von Weltware (Nahrungsmittel, Rohstoffe, Halbfabrikate), während der Einkauf industrieller Produkte rasch sehr schwierig wurde. Von dieser Veränderung profitierten zuerst die Neutralen. Sehr bald sättigte sich aber in der nicht am Kriege beteiligten Welt der Hunger nach industriellen Produkten auf dem Wege über rasche Investierung der ständig stärker zufließenden Geldüberweisungen der in Europa am Kriege beteiligten Staaten für gelieferte Nahrungsmittel, Rohstoffe und Halbfabrikate — und damit entstand die industrielle Verselbständigung ehemals reiner Abnehmer- und Tauschgebiete. Das Tempo dieser Umbildung ist in verschiedenen Erdgebieten so stark geworden, daß dort an Stelle früherer Exportbedürfnisse für industrielle Grundstoffe ein Exportzwang für industrielle Fabrikate getreten ist. Es wird auch schon von einer neuen — dritten — industriellen Werkstatt der Welt — Indien — gesprochen.

Der Weltmarkt ist infolge der ökonomischen Auswirkungen des Weltkriegs „kleiner" geworden, weil die industrielle Produktionsmaschinerie der Welt — man schätzt um 50 Prozent — sich selber vergrößert hat.

Die noch vor zehn Jahren dominierende älteste industrielle Werkstatt der Welt — Europa — bedeutet heute für die übrige Welt weniger ein Problem unter dem Gesichtspunkt verminderter Lieferfähigkeit, als mehr unter dem Gesichtspunkt zu geringer Kaufkraft. Mit andern Worten: es fehlt heute der Welt weniger Europas Produktion, es fehlt ihr die europäische Konsumkraft.

Jede ökonomische Bewegung trägt ihre Bremskräfte in sich. Mit der eben angedeuteten, durch den Weltkrieg erzeugten Vergrößerung der industriellen Produktionsmaschinerie in allen Erdteilen, die zu einer Verengung des Exportmarktes geführt hat, entstand automatisch — nationalwirtschaftlich gesehen — ein Ueberdruck, der zu verschärften Schutzzöllen, überhaupt zu einer Bewegung die Auslösung gab, die auf national geschlossene Wirtschaften hindrängt. (Ein Erfolg dieser Bewegung wäre kein Ausweg.)

Das große Zukunftsproblem der eben angedeuteten, durch den Krieg ausgelösten Entwicklung ist in Wirklichkeit die Befriedigung des zur verstärkten Bedeutung gekommenen innern Marktes. Der innere Markt ist in seiner wirtschaftlichen Zukunftsbedeutung bei weitem noch nicht von allen ehemaligen Welthandelsstaaten in seiner großen Bedeutung erkannt worden, sonst wären die internationalen Arbeitslosenziffern niedriger.

Die industrielle Verselbständigung der fünf Erdteile hat die Produktionsmaschinerie auch organisatorisch beeinflußt. Man ist in rasch zunehmendem Ausmaße dazu übergegangen die neuentstehenden Verarbeitungsstätten an die — in erheblichem Ausmaße ebenfalls neu erschlossenen — Rohmaterialiengewinnungsplätze heranzurücken. So sind im Urwald Kupferhütten und Zellulosefabriken, in der Pampa Konservenindustrien, auf den Feldern Kartoffelflocken- und Stärkeerzeugungsanlagen entstanden.

Man kann im allgemeinen sagen, daß der Weltkrieg eine Entwicklung stark gefördert hat, die die Halbmaterialerzeugung an die Rohproduktengewinnung heranrückt. (Das halbveredelte Produkt vermag Frachtkosten besser zu ertragen als der Rohstoff.)

Nicht zuletzt ist jene Umbildung des Produktionsorganismus auch durch den Preis des Kraftverbrauchs — Preis der mechanischen und der menschlichen Kraft — mitbestimmt worden. Wir haben es hierbei mit einer Art industrieller Standortsbildung größten Ausmaßes unter kapitalistischen Gesichtspunkten zu tun. Sie ging vor sich unter Berücksichtigung billiger, möglichst ausdehnungsfähiger Kraftquellen — Wasser, Kohle — und anspruchsloser menschlicher Arbeitskräfte.

Ein weiteres Moment jener Entwicklung ist der rasch sich durchbildende konzentrative Finanzüberbau. Er ist durch Staatskredite und damit durch nationale Momente schon während des Krieges ganz außerordentlich befruchtet worden. (Man denke an die Entwicklung der Kriegsindustrien in allen Ländern.)

Wie aber kann der innere Markt, der jetzt unter der ungenügenden Kaufkraft der breiten Massen des Volkes leidet, diese Ueberentwicklung der Industrie, die allein in Deutschland Millionen Menschen zum Hungern verurteilt, heilend beeinflussen? Das Mittel ist sehr einfach: Anständige Löhne und Gehalte schaffen Kaufkraft, kurze Arbeitszeit erzeugt Kulturbedürfnisse. Die Lohn- und Arbeitspolitik unsrer Unternehmer bringt dem innern Markte keine Kaufkraft und damit der Industrie keine Aufträge. So verwahrlost der innere Markt, weil die Produzenten, wie sie es von der Inflationszeit her gewöhnt sind, fasziniert nach dem Weltmarkt starren. Sie können sich immer noch nicht von der schönen Zeit losreißen, da Exportdevisen der Inbegriff aller kapitalistischen Seligkeit waren. Sie möchten den Arbeitern Groschen um Groschen abziehen, weil sie glauben, dann draußen sicher konkurrenzfähig zu werden, dabei zerstören sie das Fundament der deutschen Wirtschaft: das sind die Groscheneinkäufe der Millionen Armen. —

Notizen.

Völkische Messerstecher. In der Sonnabendnacht gegen 12 Uhr stürmten die der Rechtsorganisation angehörenden Wikinger, die vorher bei einer Geburtstagsfeier im Lokal von Dietwald zusammen waren, das Lokal von Kroiß in Berlin, Holsteinische Ecke Gasteiner Straße. Mit Stahlruten, Gummiknüppeln und Schlagringen bewaffnet, überfielen sie die harmlos am Tische spielenden Gäste, wobei in brutaler Weise eine Frau mit einem Gummiknüppel niedergeschlagen und mehrere Gäste erheblich verletzt wurden. Ein 50jähriger Reichsbannermann, der sich in Zivil dort befand, wurde durch Messerstiche am Kopfe verletzt. Als das Ueberfallkommando eintraf, waren die Strolche wieder verschwunden. Es gelang jedoch, der Haupträdelsführer habhaft zu werden. Wie festgestellt werden konnte, haben sich bei diesem Bubenstück ein Regierungsrat Dr. Lübben sowie ganz besonders ein gewisser Westphal aus Charlottenburg sowie die Söhne des Dietwald sehr hervorgetan. Erwähnt sei noch, daß ein Mitglied des roten Jungsturm, der ohne jegliche Abzeichen vor dem Ueberfall in dem Lokal war, von den Gästen aber nicht erkannt wurde, den Wikingern ausgezeichnete Spitzeldienste leistete.

Der griechisch-türkische Patriarchenstreit. Der Patriarch Konstantin, der vor Wochen aus Konstantinopel ausgewiesen ist, hat sich entschlossen, seine Würde niederzulegen. Der neue Patriarch soll aus den Kreisen der nicht unter den Bevölkerungsaustausch fallenden griechischen Geistlichen in Konstantinopel gewählt werden. Damit würde der griechisch-türkische Streit beigelegt sein. —

Glänzender sozialdemokratischer Wahlsieg in Lettland. Die Gemeindewahlen in Lettland haben der Sozialdemokratischen Partei große Erfolge gebracht. In Riga erhielt unsre Partei 60 000 Stimmen, das sind 34 v. H. aller Stimmen und 37 000 Stimmen mehr als bei der vorigen Wahl. Wir besetzen 30 Mandate, davon 12 neue. Die Ergebnisse in der Provinz schließen sich denen in Riga würdig an. —

Depeschen.

Das Reichsbanner zur Kandidatenfrage.

Wb. Magdeburg, 10. März. Der Bundesvorstand des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold hat beschlossen, den Bundesvorsitzenden, Oberpräsident Hörsing, nach Berlin zu entsenden und dort mit den Vorständen des Zentrums, der Demokraten und der Sozialdemokraten die Möglichkeit einer gemeinsamen republikanischen Kandidatur für die Reichspräsidentenwahl zu besprechen. —

Seeleute in Not.

Wb Amsterdam, 9. März. Nach neuesten Meldungen aus Hoek van Holland war gestern abend der größte Teil der Bemannung des dort gestrandeten Frachtdampfers „Soerakata" durch Rettungsboote an Land gebracht worden. Nur die Offiziere und wenige Leute der Besatzung bleiben vorläufig noch an Bord. Wenn auch angenommen wird, daß keinerlei Hoffnung mehr besteht, das Schiff selbst zu retten, so will man doch, wenn ruhiges Wetter eintritt, versuchen, die Ladung zu retten.

Die Tagung des Völkerbundsrats.

Genf, 10. März. Am Donnerstag wird der Völkerbundsrat mit der Beratung der großen politischen Fragen beginnen, die insbesondere auch Deutschland lebhaft angehen.

Am gestrigen Montag hatten der englische Außenminister Chamberlain mit Briand eine lange Unterredung, die sich mit der Auslegung des Artikels 16 des Völkerbundspaktes (Beteiligung an bewaffneten Expeditionen des Völkerbundes gegen vertragsbrüchige Nationen) sowie mit der Saar- und der Danzigfrage beschäftigte.

Chamberlain teilte englischen Pressevertretern mit, daß die englische Regierung unbedingt darauf bestehe, daß vor jedem Sonderpakt zur Friedenssicherung Deutschland als Mitglied des Völkerbundes den für alle Staaten gültigen Friedenspakt des Völkerbundes angenommen haben müsse. —

Preislied im Galopp — Dr. Nabl spielte wohl auf Anweisung, dann aber Trunk mit ein paar wirklich brauchbaren Liedern, außerdem eine nicht gerade überwältigende Börresen-Musik, endlich Tosca von Puccini. Ich bin überzeugt, daß die Mehrzahl der Zuhörer, und es waren sehr viele da, schon andre Programme an gleichen Abenden genossen hat. Trotzdem Beifall über Beifall und die üblichen Zugaben. Man muß doch Lauritz Melchior feiern — mag einem die Musik an sich auch noch so wurscht sein.

G.

Ein Museumsstreit. In Oslo, der norwegischen Hauptstadt (früher Christiania), tobt ein heftiger Kampf zwischen dem Direktor der Nationalgalerie, Thiis, und dem Professor Rasmussen, der dem Verwaltungsrat der Nationalgalerie angehört. Professor Rasmussen hat in einem Schreiben an das Kultusministerium die Behauptung aufgestellt, daß Direktor Thiis bei den Kunstverkäufen, die er im Auftrage der Galerie vorgenommen hat, persönliche Gewinne erzielt und auch sonst seine Stellung als Direktor der Nationalgalerie mißbraucht habe für persönliche Zwecke. Direktor Thiis erklärt hierauf in den Tageszeitungen, daß er beim Kultusministerium um Schutz gegen die Beschimpfungen Rasmussens nachsuchen werde. Zugleich protestiert er gegen die Behauptungen Rasmussens. Hierauf hat Professor Rasmussen mit einer Erklärung in „Tidens Tegen" geantwortet, daß er Direktor Thiis verklagen werde, wenn dieser es nicht vorziehe, ihn zu verklagen. Ein gerichtliches Nachspiel ist also in der ganzen Streitsache, die in Norwegen das größte Aufsehen erregt, unvermeidlich. —

Michelangelos „Jüngstes Gericht". Eine der herrlichsten Schöpfungen Michelangelos, sein „Jüngstes Gericht", in der Sixtinischen Kapelle in Rom, ist heute leider nicht mehr so zu sehen, wie es aus der Hand des Meisters hervorgegangen ist. Durch den Weihrauch, der jahrhundertelang den Raum erfüllte, ist die Farbenwirkung des Bildes zerstört; schlimmer aber noch sind die Mißhandlungen, die ihm von Menschenhand zugefügt wurden. Michelangelo hatte die Gestalten seines Gemäldes nackt dargestellt, weil es ihm undenkbar schien, die Menschen am Ende der Zeiten in irgendwelchen Gewändern auftreten zu lassen. Aber schon früh erhob sich Widerspruch dagegen; bereits während der Arbeit an dem Gemälde griff der päpstliche Zeremoniemeister Biagio de Cesena den Künstler deswegen hart an; Michelangelo rächte sich, indem er dem Höllenrichter Minos die Züge des Biagio gab, und der Papst Paul III. hatte nichts dagegen einzuwenden, daß ein Mann, der ein großes Werk mit kleinlicher Gesinnung betrachtete, so bestraft wurde. Heftiger noch waren die Angriffe, die von dem berüchtigtsten Satiriker und Pamphletisten Pietro Aretino ausgingen, der sowohl das Werk als die Persönlichkeit seines Schöpfers mit den ausgesuchtesten Bosheiten beschimpfte. Diese Angriffe wirkten um so merkwürdiger, als Aretinos eigne Schriften zu den unzüchtigsten Erzeugnissen der Weltliteratur gehören. Er hatte anfangs keinen Erfolg, aber als 1555 ein neuer Papst, Paul IV., zur Regierung kam, da wurde dem greisen Künstler der Auftrag gegeben, wenigstens die anstößigsten Stellen zu übermalen. Michelangelo wies die Zumutung zurück und da blieb es seinem Schüler Ricciarelli überlassen, allerhand Gewandstücke in das Bild hineinzuflicken, ein Verfahren, das dem Künstler den Spottnamen „Der Hosenmaler" eintrug. Diese Arbeit währte mehrere Jahre und wurde erst unter Pauls IV. Nachfolger, Pius V., durch einen andern Maler zu Ende geführt. Eine Auffrischung der Uebermalungen im 18. Jahrhundert trug dann noch mehr zur Verunstaltung des Gemäldes bei. —

Die Zukunft des Weimarer Bauhauses. Zurzeit schweben Verhandlungen zwischen dem thüringischen Staat und der Stadt Dessau, die darauf abzielen, das weit über die thüringischen Gaue und Deutschland hinaus bekannte staatliche Bauhaus in Weimar nach Dessau zu verlegen. Am Sonnabend war eine Abordnung des Magistrats der Stadt Dessau und des anhaltischen Staates in Begleitung von Pressevertretern in Weimar, um eine Besichtigung des Bauhauses vorzunehmen. Die Verhandlungen dürften im Laufe dieser Woche voraussichtlich zum Abschluß kommen, zumal da die Dessauer Kommission bei der Besichtigung einen sehr günstigen Eindruck gewonnen hat, und daß auf beiden Seiten die Neigung besteht, die Verhandlungen zu einem günstigen Abschluß zu bringen. Das Bauhaus soll in Dessau an die Kunstgewerbe- und Handwerkerschule angegliedert werden. —

Todesfall. Max Bernstein, der bekannte Münchner Rechtsanwalt, Lustspieldichter und Gatte der Schriftstellerin Ernst Rosmer, ist im Alter von 70 Jahren in München an den Folgen einer Operation gestorben. Als Anwalt wurde Bernstein am bekanntesten durch seine Verteidigung Hardens im Eulenburg-Prozeß, Ludwig Thomas im Augsburger Aufruhrprozeß und durch den Fechenbach-Prozeß, seine letzte forensische Leistung. Als Schriftsteller hat er mit seinen Komödien „Herrenrecht" und „Mädchentraum", „Hertas Hochzeit" und „Matthias Gollinger" seine größten Erfolge gehabt. Max Bernstein ist trotz seiner Vielseitigkeit und Berühmtheit arm gestorben. —

Einsegnungs-Anzüge

aus guten Stoffen zu niedrigst bemessenen Preisen.

Wir bringen eine unerreicht große Auswahl in:

Einsegnungs- u. Prüfungsanzügen

beste Qualitäten, beste Paßform. Hauptpreislagen:
22.— 27.— 32.— 34.— 36.— 40.— 48.— 54.— 60.— Mk.

Sonder-Angebot!

Herr.-Gummi- u. Lodenmäntel garantiert wasserdicht 18.— 21.— 28.— 33.— 39.— 44.— Mk.

Herren-Anzüge in marineb'au, der beliebte Klubanzug 42.— 48.— 54.— 60. - 72.— 85.— Mk.

Herren-Anzüge Neuheiten in Nadelstreifen, Gabardine u. allen andern Stoffart.. Riesenausw., auch für ganz starke Herren fertig am Lager 39.— 44.— 52.— 65.— 74.— 82.— 90.— Mk. u. höh.

Frühjahrs-Mäntel die letzten Modeneuheiten eingetroffen, größte Auswahl, entzückende Formen 40.— 45.— 50.— 57.— 68.— 85.— 95.— Mk.

Knaben-Anzüge in Original Kieler Sportform, Jockeyform, aus streng reellen Stoffen hergestellt, wunderbare Auswahl 6.— 8.— 11.— 14.— 18.— 22.— 24.— Mk.

Herren-Hosen gestreift und Breechesform 4.20 5.5) 7.— 9.— 12.— 15.— 22.— Mk.

Heinrich Casper

Magdeburg, Breiter Weg 133.

Neustädter Lichtspiele

6¼ Uhr — Dienstag bis Donnerstag — 8½ Uhr

Heisses Blut

Die Liebe des Torero

Ein Volksroman a. dem portugiesischen Tiefland in 6 Akten

Sensationelle Stierge.echte

Das Abc der Liebe

Dramatische Ereignisse aus den ersten Tagen einer jungen Ehe

In der Hauptrolle die bildhübsche mit 14 Schönheitspreisen ausgezeichnete Amerikanerin Mae Murray

Möglichst frühzeitiges Erscheinen sichert Ihnen die besten Plätze! 752

Circus Straßburger

Telephon 9797 — Täglich 7½ Uhr abends

Heute Mittwoch

2 × 3½ Uhr, 7½ Uhr

Löwen-Kinderstube

12 Löwenbabys

Löwenfütterung

und die übrigen Sensationen

Nachmittags halbe Preise

für Kinder und Erwachsene

Probe und Tierschau täglich 10—1 Uhr

Billette: Verkehrsverein und Circuskasse.

Aria-Rad unübertroffen

5 Jahre Garantie · Franco Zusendung

Einfache Fahrräder von M. 55.– an

SPECIALITÄT PNEUMATIK

Laufdecke mit Garantie M. 3.50, 4.–, 5.– etc.
Luftschlauch mit Garantie M. 1.40, 1.60 etc.
Billige Laufdecke M. 2.60, 3.25. Schlauch M. 0.95, 1.25

Grösste Auswahl in Fahrrad-Zubehör.

„Aria"-Nähmaschinen, frachtfrei, staunend billig.

Franz Verheyen G. m. b. H. Frankfurt a/M.

Jubiläums-Katalog № 48 kostenlos.

Tivoli

Haltestelle Linie 4 Turnschanzenst. — Eing. Kirchstr. 1, am Heumarkt :::

Ball- und Gesellschaftshaus

Magdeburg-Friedrichstadt — Magdeburg-Friedrichstadt

Inhaber: Wilhelm Ker es.

Jeden Sonntag nachmittag 4 Uhr:

Großer Gesellschaftsball

sowie jeden Mittwoch abend 8 Uhr:

TANZ-KRÄNZCHEN.

Kleine Preise. 785

Billiger Seefischverkauf

Am Mittwoch und Donnerstag

kommt in den Läden der Mitglieder des **Vereins der Fischhändler von Magdeburg** zum Verkauf solange Vorrat reicht 587

blutfrisch. Nordsee-Seelachs ohne Kopf

in ganzen Fischen **Pfd. 16 ₰** | im Ausschnitt **Pfd. 18 ₰**

Die Gesundheit der Frau

erhalten und fördern täglich Ausspülungen mit **Antiseptikum Frebar.** Ueberraschend kräftigende und erfrischende Wirkung, stark desinfizierend, beseitigt sch echte Gerüche. Aerztl. empfohlen, seit über 20 Jahren erprobt preisgekrönt. 100-Gramm-Flasche Mk. 1.25, doppelter Inhalt Mk. 2.—. Erhältlich in allen einschlag Geschäften, bestimmt bei **R. Lorenz, Alter Markt 28, Ulrich-Drogerie, Ot o-v.-Guericke-Str. 98/99 Reformhaus Thalysia Berliner Str 1 a, Stefan Gehrmann, Himmelreichstr. 13.**

Gierig fress., fett u. fleischig werd. Schweine nach kurzer Zeit für wenig Pfennige durch **Herm. Musches Freß- u. Mastpulver.** Sch. 0.50 Echt nur mit Fa. Herm. Musche, Magdeburg. **Herm. Musche, Kölnstr. 11**

Zentral-Theater

Täglich 7½ Uhr

Der sensationelle Erfolg d. Saison

Die große Revue-Operette!

Gräfin Mariza

Musik von Emmerich Kalman.

Feenhafte Ausstattung!

Gastspiel Oskar Neruda

Mitwirkung der Origi al-Z geuner-Kapelle Konkoly. 754

Ende 10¾ Uhr.

Siebentägiger Kartenvorverkauf an der Theaterkasse und den bekannten Vorverkaufsstellen. —

Deutscher

Eisenbahnerverband

Ortsverwaltung Magdeburg.

Am Donnerstag den 12. März, abends 7½ Uhr, im kleinen Saale der „Freundschaft", Prälatenstraße

Funktionär-Vollversammlung.

Wir bitten um vollzähliges Erscheinen aller Funktionäre, Betriebs- und Beamtenräte. Funktionärausweis ist mitzubringen, ohne diesen kein Zutritt! Die Tagesordnung wird im Lokal bekanntgegeben.

Die Ortsverwaltung. Küchler.

Verband der Fabrikarbeiter.
Ortsgruppe Tangermünde.

Infolge eines Betriebsunfalls verstarb am 7. März unser treues Verbandsmitglied

Wilhelm Augustin

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet Mittwoch, den 11. Mär, nachmittags 4 Uhr, vom Trauerhaus, Karlbau 6a, aus statt.

Die Verwaltung.

Unentbehrliche praktische Anleitungen für

Gemüsebau und Obstbau

Saatbuch für Blumen-, Gemüse- u. Holzarten. Mit übers. Saat- u. Pflanzverzeichnis u. 51 Abb. (631/3)

Gärtnerische Düngerlehre. Mit 14 Abb. (634/5)

Gartenbewässerung. Mit 26 Abb. (639/40)

Anleitung zum Gemüsebau. Mit 16 Abb. (38/9)

Düngung im Gemüsegarten. (322)

Gemüsesamenbau. Mit 3 Abb. (393/5)

Lohnender Kartoffelbau. Mit 9 Abb. (111)

Das Mistbeet. Einrichtung und Behandlung. Mit 36 Abb. (260/1)

Kultur der Erdbeere. Mit 31 Abb. (240)

Tomatenbüchlein. Kultur und Verwertung. Mit 2 Abb. (233)

Prakt. Champignonzucht. Mit 9 Abb. (146)

Gurke, Melone und Kürbis. Mit 19 Abb. (339)

Spargelbau. Mit 8 Abb. (295)

***6) Mein kleines Gewächshaus.** Anleitung zur Selbstanlage. Mit 28 Abb. (306)

Monatskalender für Obstbau. (45)

Pflanzung und Pflege der Obstbäume. (116)

Düngung der Obstbäume. (44)

Spalier- und Zwergobst. Mit 25 Abb. (222)

Buschobst. Mit 14 Abb. (223)

Schnitt der Kernobstes. Mit 40 Abb. (41)

Schnitt des Steinobstes. Mit 31 Abb. (40)

Die Veredlungsarten und ihre Anwendung. Mit 34 Abb. (244)

Unsere Beerensträucher. Mit 21 Abb. (231)

Der Weinstock und seine Pflege. Mit 30 Abb. (113)

Zu beziehen durch:

Buchhandlung Volksstimme

Stadttheater

Mittwoch den 11. März

Spielplanänderung!

Anfang 7 Uhr 5. Abend Ende 10½ Uhr

Lohengrin

Romantische Oper von R. Wagner.

Donnerstag den 12. März
Anf. 7½ Uhr 6. Abend Ende 10 Uhr

Der Biberpelz

Vorauzeige.

Sonntag den 15. März

6. literarische Morgenveranstaltung

Sprecher: **Gust. Herrmann,** Leipzig, über:

Ernst Toller.

Gastspiel

Paul Wegener

mit seinem Ensemble.

Sonntag den 15. März

Außer Anrecht! Anfang 7½ Uhr

Die Raschhoffs

Schauspiel von Hermann Sudermann

Montag den 16. März

Außer Anrecht! Anfang 7½ Uhr

Jacqueline

Schauspiel von Sascha Guitry.

Die weibliche Hauptrolle in „Jacqueline" wird Frl. Antonie Straßmann spielen.

— Operpreise! —

Wilhelm-Theater

Offene Vorstellung.

Sonntag den 15. März

Anfang 8 Uhr — Ende 10¼ Uhr

Violetta (La Traviata)

Oper von Giuseppe Verdi.

Mittwoch den 11. März
Vorst. f. d. Theat. 2. 8 Uhr Der Biberpelz, Komödie v. Gerhart Hauptmann.

Standesamtliche Nachrichten.

Magdeburg-Altstadt.

Todesfälle. 10. März. Agnes geb. Hofmann, Ehefrau des Zimmermanns Albert Ziege, 32 J. Kalkulator Willi Labicke, 27 J. Albert, S. des Arbeiters Jos. Dawiat, 2 J. Wwe Emma Lohrmann geb. Alicke, 60 J. Agnes geb. Jaubusch, Ehefrau des Brauers Joh. Luke, 41 J. Emma geb. Schuchardt, Ehefrau des Schmiedemeisters Hermann Fricke, 47 J. Witwe Luise Berlin geb. Lerich, 81 J. Rentner Werner Fritze, 88 J. Privatmann Ludwig Schiebea, 70 J. Privatmann Hermann Müller, 75 J.

Magdeburg-Neustadt.

Todesfälle. 7. März. Schmiedemeister Karl Hoffmeister, 59 J. 8. März. Tischler Friedrich Schmidt, 65 J.

Magdeburg-Buckau.

Todesfall. 5. März. Betti geb. Müller, Ehefrau des Diplom-Ingenieurs Direktor Karl Heilmann, 46 J.

Magdeburg-Sudenburg.

Todesfälle. 9. März. Elisabeth, T. des Modelltischlers Otto Krabes, 1 J. Lothar, S. des Telephonisten Wilhelm Fuchs, 7 M. Emilie geb. Witte, Ehefrau des Bankbeamten Otto Klapperstück, 27 J. Marie geb. Krüger, Ehefrau des Gastwirts Max Speer, 61 J. Aushilfsheizer Heinrich Wendhaus in Diesdorf, 27 J. Schlosserswitwe Anna Winzerling geb. Hache, 59 J.

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold

Abteilung Neue Neustadt.

Am Sonntag wurde durch einen plötzlichen Tod der Kamerad

Friedrich Schmidt

im 66. Lebensjahre aus unsern Reihen gerissen.

Die Beerdigung findet am Mittwoch, nachmittags 2¾ Uhr, auf dem Neustädter Friedhof statt.

Die Kameraden treffen sich zur Teilnahme um 2 Uhr am Nikolaiplatz (Kriegerdenkmal). 756

Der Abteilungsvorstand.

Nachruf.

Am Sonntag den 8. März starb der bei uns aushilfsweise beschäftigte Tischler

Friedrich Schmidt

im Alter von 66 Jahren.

Ehre seinem Andenken!

Der Vorstand u. Aufsichtsrat des Konsum-Vereins für Magdeburg und Umgegend

Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht.

Die Beerdigung findet am Mittwoch den 11. März, nachmittags 2¾ Uhr, auf dem Neustädter Friedhof statt. 236

Dankjagung.

Für die Beweise inniger Teilnahme aus nah und fern beim Hinscheiden unsers lieben Entschlafenen sagen wir auf diesem Wege allen unsern herzlichsten Dank. 759

Erlinde Kleinert nebst Kindern und Enkelkindern.

Lauenwedding en.

Burg Palast-Theater

Ab Dienstag das auserlesene Programm!

Im Schatten der Moschee

Fesselndes orientalisches Ausstattungsstück in 6 Akten mit **Esther Carena und Arch Warten.**

Gib mich frei!

Nach dem gleichnamigen Roman von E. Courths-Mahler mit Greta Reinwald, Anna v. Pahlen, Karl Auen. 743

Die Trauerfeierlichkeiten für den Reichspräsidenten Ebert.

Die Deulig-Woche!

Das Neueste vom Tage!

Patentmatratzen

für jede Bettstelle nach Maß liefert in allerbester Ausführung

Fritz Kutkowski, Matratzenfabrik

Stadtlager: Weinfaßstr. 3. Telephon 6967.

Mieterverein Gardelegen

E. V.

Am Donnerstag den 12. März, abends 8 Uhr, im „Tivoli"

Mieterversammlung

Tagesordnung:

1. Vorstandswahl. — 2. Kassenbericht. 3. Vortrag d. Herrn Dieckmann (Salzwedel) über Gründung einer Wohnungsbaugenossenschaft. — 4. Verschiedenes.

Vollzähliges Erscheinen notwendig. Auch Nichtmitglieder willkommen.

Eintritt frei! — Eintritt frei!

Allen Verwandten u. Bekannten zur Nachricht, daß meine liebe gute Frau, unsre liebe unvergeßliche Tochter, Schwester, Schwägerin und Tante, Frau

Agnes Ziege

geb. Hofmann

nach langem schwerem Leiden am 8. März früh 2½ Uhr, im Alter von 32 Jahren sanft entschlafen ist.

Magdeburg, Altes Fischerufer 25.

In tiefer Trauer:

Albert Ziege nebst Angehörigen.

Die Beerdigung findet am 11. März, nachmittags 2 Uhr, von der Kapelle des Westfriedhofs aus statt.

Am Sonntag entschlief nach langem, mit großer Geduld ertragenem Leiden meine liebe Frau, unsere gute Mutter und Großmutter

Anna Friedebold

geb. Scarl

im 65. Lebensjahre.

Dies zeigen tiefbetrübt an

Magdeburg-N., d. 9. März 1925
Moldenstraße 47

Friedrich Friedebold u. Kinder

Die Beerdigung findet am Donnerstag den 12. März, nachm. 2¾ Uhr, auf dem Neustädter Friedhofe statt.

Wahlfeldzug der Verleumdung.

Am 29. März wählt das deutsche Volk sein Staatsoberhaupt. Die Wahl des Reichspräsidenten erfordert von einem politisch reifen Volke ein Höchstmaß an Verantwortung. Es gilt, einen Mann an die Spitze des Staates als Repräsentanten des ganzen Volkes zu stellen, in dem sich das Staatsbewußtsein und der Staatswille des Volkes symbolisiert, in dem nach außen die politische Stellung und die Würde der deutschen Nation sichtbar in die Erscheinung tritt.

Die Bedeutung dieser Wahl erfordert, daß der Wahlkampf in Formen geführt wird, die der Bedeutung und der Würde dieser politischen Handlung entsprechen. Die Parteien der Rechten, vor allem die Deutschnationale Partei, haben diesen Wahlkampf monatelang vorbereitet. Sie haben in den Regierungskrisen, in denen sie im Reiche und in Preußen nach der Macht drängten, diesen Wahlkampf niemals aus dem Auge verloren. Sie wollten, daß die Wahl des neuen Reichspräsidenten ihre Erfolge im Kampfe um die Macht in Deutschland krönen sollte. Seit Monaten führen sie eine Kampagne, deren Zweck es ist, die Stimmung des Volkes auf die Wahl des Reichspräsidenten vorzubereiten. Zu dieser Kampagne gehörten die niederträchtigsten Beleidigungen des verstorbenen Reichspräsidenten Ebert, die zum Magdeburger Prozeß geführt haben. Zu dieser Kampagne gehört weiter der Skandalfeldzug der Rechtspresse, der zunächst an die Namen Kutisker und Barmat anknüpfte, und der in Wirklichkeit ein politischer Feldzug gegen die Sozialdemokratie sein sollte. Dieser Skandalfeldzug sollte sich allmählich auf die Person des verstorbenen Reichspräsidenten Ebert konzentrieren.

Die Hintermänner dieses Skandalfeldzugs sind nicht nur die Kreise der alten Konservativen, denen es wieder nach ihrer alten Stellung im Staate gelüstet, die sie zum Unheil des Volkes ausgenutzt haben. Es sind die Herren der großen Industrie, in denen sich die politische und soziale Reaktion verkörpert. Es sind die Könige der Inflation, die in der Inflationszeit ihre Macht und ihren Reichtum ins riesenhafte vermehrt haben auf Kosten des ganzen Volkes. Es sind dieselben, denen die Rechtsregierung im Reiche die 700-Millionen-Entschädigung gegeben hat. Das sind die Kreise, die die Presse der Rechten finanzieren, und die auch den Skandalfeldzug finanziert haben.

Es ist bekannt, daß diese Kreise ein eignes Bureau eingesetzt haben, in denen das Material zu jenem Feldzug der niederträchtigen Verleumdung, der Beschimpfung, der Ehrabschneiderei gesammelt wurde. Es ist in der Oeffentlichkeit festgestellt worden, daß der berüchtigte Oberstleutnant Nicolai, einer der militärischen Diktatoren Deutschlands während des Krieges, der ein gerüttelt Maß der Schuld an der deutschen Niederlage und am Frieden von Versailles trägt, der Leiter und Organisator dieses Feldzugs ist. Diese Feststellung wird auch nicht widerlegt durch eine reichlich dunkle Berichtigung, die Oberst Nicolai dem „Vorwärts" zusandte.

Die Hochflut der Lüge.

Die Personen und Parteien, die Deutschland im Kriege ins Unglück geführt haben, die Kreise des Volkes, die an der Not des Volkes und in der Inflation schamlos verdient haben, drängen jetzt erneut nach der Macht. Sie hatten für die Präsidentenwahl einen Feldzug organisiert, einen Feldzug, der so niedrig ist wie die Haltung dieser Kreise in den schwersten Zeiten, die das Deutsche Reich durchlebt hat. Diesem Feldzug, wie ihn Herr Nicolai für die Deutschnationalen vorbereitet hat, dient eine Serie von Flugblättern, die von der Deutschnationalen Schriftenvertriebsstelle G. m. b. H., einer offiziellen Stelle der Deutschnationalen Partei, vorbereitet worden sind. Die Verteilung dieser Flugblätter hatte bereits begonnen.

Es entspricht durchaus dem Wesen des von den Deutschnationalen geplanten Feldzugs, daß diese Blätter, die von niedrigen Verleumdungen und Beschimpfungen des verstorbenen Reichspräsidenten Ebert erfüllt sind, am Tage nach dem Hinscheiden Friedrich Eberts von deutschnationalem Gesindel an die Bevölkerung verteilt worden sind. Wir hängen den wesentlichen Inhalt dieser Flugblätter niedriger, damit das Volk erkennt, in welchem Geiste und auf welchem Niveau die Deutschnationalen den Wahlkampf um den neuen Reichspräsidenten zu führen gedachten. Eins dieser Flugblätter ist überschrieben: „Einst und jetzt." Es beginnt:

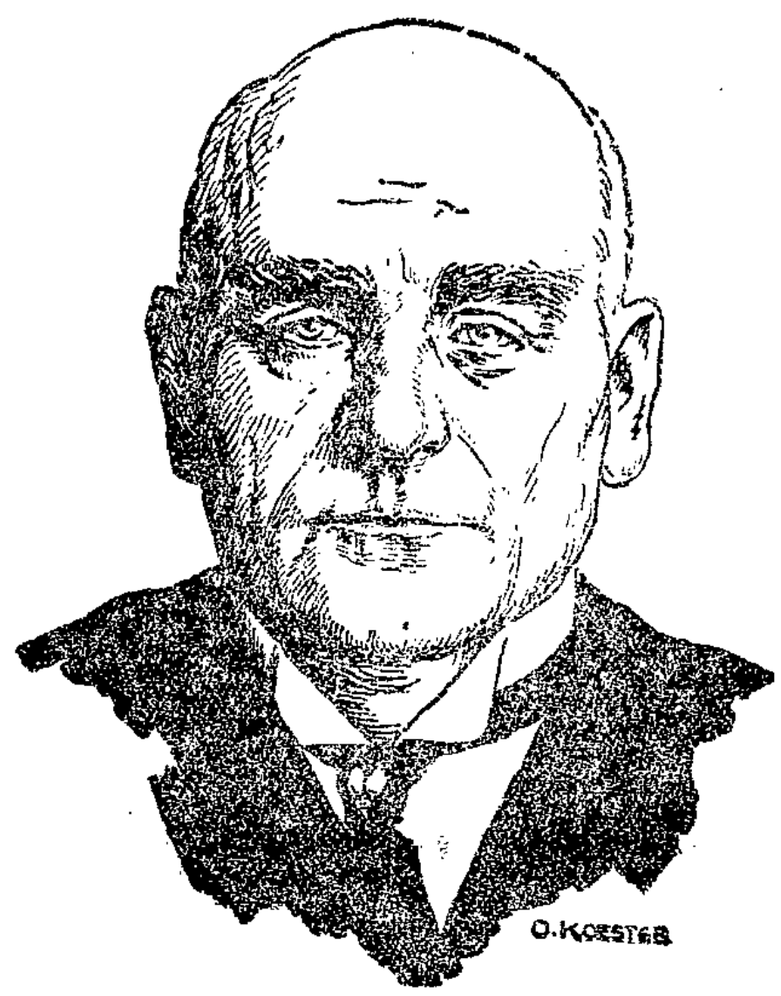
> Ich hatte einst ein schönes Vaterland, ein Land, auf dessen Macht und Größe, aber auch auf dessen Treue und Redlichkeit wir alle stolz sein konnten. Mit dem großen Treubruch vom 9. November ist Treue, ist Sauberkeit und Ehrlichkeit aus unserm öffentlichen Leben geschwunden.

Das von den Deutschnationalen, von den Kreisen, die Deutschland ins Unglück geführt haben, die die heute und heute Schuld an seiner Erniedrigung tragen! Treue! Ist sie wirklich erst seit dem 9. November geschwunden, war nicht die feige Flucht des Kaisers nach Holland der grandioseste Treubruch an der Nation in ihrer schwersten Stunde, der denkbar ist? Sauberkeit des öffentlichen Lebens! Sind nicht in der Kriegszeit die Methoden des Schmierens, der Bestechung, der Schiebung bei Kriegslieferungen gezüchtet worden? Ehrlichkeit! Rüstungsgewinne der Schwerindustrie im Kriege, schamlose Ausbeutung der Reichsfinanzen, die den entscheidenden Anstoß zum Zusammenbruch der deutschen Staatsfinanzen gab! Das ist die Schuld jener Kreise, die jetzt nach der Macht greifen. — Es heißt weiter in diesem Flugblatt:

> Ach nein, nicht das deutsche Volk hat gesiegt, besonders nicht du, deutscher Arbeiter — gesiegt hat das internationale jüdische Kapital. Gesiegt haben vielleicht deine famosen Führer, die sich am Tische deiner Blutsauger wohl sein lassen.

Das wird in Massenauflage verbreitet mit dem Gelde des Hugenberg-Konzerns, des Stinnes-Konzerns, mit dem Gelde der reaktionären Verbände, die die Ausbeutung und Unterdrückung des deutschen Arbeiters auf ihre Fahnen geschrieben haben. Sie haben nicht nur den Arbeiter verelendet, sondern mit ihm den Mittelstand! Sie haben an der Not des Volkes verdient! Und nun spritzen sie niederträchtige Verleumdungen gegen sozialdemokratische Führer, gegen die Sozialdemokratie.

Nicht nur gegen die Sozialdemokratie. Der Feldzug richtet sich gegen alle verfassungstreuen Parteien, auch gegen die Demokraten und das Zentrum. Dies Flugblatt „Einst und jetzt" schleudert Verleumdungen gegen Staatsmänner und führende Beamte aus den republikanischen Parteien ohne Ansehen der Partei, gegen Hermes und Siering, gegen Hörsing und Grützner, gegen Lübbring und Richter, gegen Südekum und den



Otto Braun

Sozialdemokratischer Präsidentschaftskandidat.
Ehemaliger Preußischer Landwirtschaftsminister, Ministerpräsident und Landarbeiterführer.

Freiherrn v. Keibnitz, gegen Heilmann und Osterroth und Leinert. Sie alle werden unterschiedslos in eine Linie mit Herrn Höfle gestellt.

Wiederaufleben der ältesten Wahllügen.

Ein zweites dieser Schmutzblätter läuft unter der Ueberschrift: „Der sozialdemokratische Sumpf stinkt zum Himmel." Es beginnt mit folgender Infamie:

> Der sozialdemokratische Sumpf hat eigentlich schon immer gestunken. Er stank fürchterlich, als 1888 gerichtsnotorisch festgestellt wurde, daß ein millionenschwerer Führer der Sozialdemokratie mit einem Unternehmen geschäftlich verbunden war, das den Mäntelnäherinnen Löhne zahlte, die zum Hungern zuviel und zum Leben zuwenig waren. Als sich aber diese weiblichen Lohnsklaven bei dem saubern Arbeitgeber beschwerten, da gab er ihnen den Rat: Wenn sie nicht genug zum Leben verdienen, dann sollten sie doch auf den „Strich" gehen.

Diese Infamie soll Paul Singer, den Kampfgenossen Bebels, treffen. Diese niederträchtige Lüge ist längst in ihrer Verlogenheit und Gemeinheit enklarvt worden. Schon jahrelang vor dem Kriege wagten die schmutzigsten Agitatoren der arbeiterfeindlichen Parteien nicht mehr, diese niederträchtige Lüge aufrechtzuerhalten. Heute erscheint sie wieder in dem Wahlfeldzug, den die Deutschnationalen für die Präsidentenwahl vorbereitet haben.

Es heißt weiter auf diesem Blatte:

> Die Sozialdemokratie wird vom Afterkapitalismus unterhalten. Barmat und Genossen haben die Partei- und Wahlkasse gefüllt. Ebenso ist auch das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold von Barmatschen Geldern aufgebaut worden. Die Sozialdemokratie ist die Gefangene des raffenden Kapitalismus. Sie muß nach seiner Pfeife tanzen.

So viel Sätze, so viel Lügen. Lügen, die in aller Oeffentlichkeit widerlegt worden sind. Es gibt nichts Niedrigeres, als daß die Vertreter des Kapitalismus, die Kreise der großen Industrie sich in das Gewand von Arbeiterfreunden hüllen, um gegen die Sozialdemokratie zu kämpfen; als daß sie mit ihrem Gelde einen Feldzug führen, dem sie, um Arbeiterstimmen einzufangen, eine antikapitalistische Note zu geben versuchen.

Die Hetze gegen Friedrich Ebert.

Ein drittes dieser Blätter geht unter der Firma: „Arbeiter, die Augen auf!" Es beginnt:

> Warum hatten wir im letzten Jahre so viele Feiertage? Immer wieder hörten wir, daß Kredite, unter der die weitesten industriellen Kreise zu leiden hatten, vorübergehendes Stillegen der Werke, Ausfall einzelner Schichten verursachte und Millionen deutsche Arbeiter mit ihren Familien hungern mußten. Wodurch kam diese Not?

Die Sozialdemokratie ist schuld, denn sie hat veranlaßt, daß Kredite an Barmat und Michael gegeben wurden, so geht es weiter in diesem erbärmlichen verlogenen Flugblatt, das mit dem Gelde jener sozialreaktionären Industriellen bezahlt ist, die vom Reiche 700 Millionen Entschädigung erhalten haben. Sie wollen nichts mehr wissen von ihrer Brutalität gegen die Arbeiter in der Inflationszeit. Nichts mehr wissen von ihren Anschlägen gegen den Achtstundentag, nichts mehr von der Forderung der Stinnes und Genossen: Verlängerung der Arbeitszeit und damit größere Arbeitslosigkeit auf der einen, Abbau der Arbeitslosenunterstützung auf der andern Seite. Nun fragen sie heuchlerisch: Wodurch kam diese Not? Und fett gedruckt, in der Mitte dieses Blattes, antworten sie auf diese heuchlerische Frage:

„Vom Bureau des Herrn Reichspräsidenten."

Wir begingen uns, diese Niederträchtigkeit niedriger zu hängen.

Dasselbe Blatt enthüllt aber auch die Ziele der Skandalkampagne der Rechten:

> Ob es gelingt, den Barmats strafbare Handlungen nachzuweisen, das ist noch fraglich, darauf kommt es auch am allerwenigsten an.

Und nun folgt das Geständnis, daß es den Deutschnationalen nur auf die Hetze gegen die Führer der Arbeiterschaft ankommt.

Ein viertes dieser Flugblätter unternimmt den Versuch, den verstorbenen Reichspräsidenten in Verbindung mit den Geschäften Barmats zu bringen. Es enthält den Text folgender, angeblich von Ebert an Barmat geschriebenen Postkarte:

> Mein lieber Barmat!
>
> Meine Frau und ich lassen Ihnen für Ihre freundliche Aufmerksamkeit bestens danken. Wir werden uns freuen, Sie recht bald wieder bei uns begrüßen zu können. Fritz Ebert.

Diese Postkarte ist längst als Fälschung entlarvt. Die Regisseure des deutschnationalen Verleumdungsfeldzugs wissen das recht gut. Wider besseres Wissen lassen sie diese freche Fälschung in Massenauflage ins Volk tragen.

Ein fünftes dieser Blätter endlich, unterzeichnet Freiherr v. Forstner, Korvettenkapitän a. D., wiederholt die Beschuldigung des Landesverrats im Kriege gegen Friedrich Ebert und schlägt Material aus der unhaltbaren Urteilsbegründung der Magdeburger Richter.

Wir haben aus der Flut der Lügen, Fälschungen und Verleumdungen nur wenige markante Stellen herausgegriffen. Es ist unmöglich, diesen unerhört schamlosen Feldzug der Rechtsparteien in seinem ganzen Umfang aufzuzeigen. Die Proben jedoch genügen, um die Regisseure und Hintermänner dieses Feldzugs in den Augen der Oeffentlichkeit zu brandmarken. Der Schmutz, den sie verbreiten, fällt auf sie selbst zurück.

So hatten sich die Rechtsparteien, so hatten die Deutschnationalen den Wahlkampf um den neuen Reichspräsidenten gedacht! Aus dieser Schlammflut von Verleumdungen und Niedertracht, aus diesem Feldzug, der auf innerer Gemeinheit aufgebaut werden sollte, sollte der neue Repräsentant des deutschen Volkes und Staates hervorgehen. Dieser Feldzug sollte einem Kandidaten der Deutschnationalen, der politischen und sozialen Reaktion in Deutschland zum Siege verhelfen. Wahrhaftig, ein Mann der Rechten, den ein solcher Feldzug in die Präsidentschaft geführt hätte, wäre beschmutzt gewesen in den Augen des eignen Volkes und in den Augen des Auslandes. Ein Mann von Ehre und Würde müßte es ablehnen, sich von einer Partei auf den Schild heben zu lassen, die mit solchen Mitteln kämpft. Wer so die eigne Würdelosigkeit und die eigne innere Gemeinheit enthüllt wie die Deutschnationalen, der hat fortan kein Recht mehr, die Worte „nationale Würde" in den Mund zu nehmen. –

* * *

Ein Volksparteiler über Braun.

In der Sitzung des preußischen Staatsministeriums vom 6. Januar d. J., in der die beiden volksparteilichen Minister ihren Rücktritt erklärten, gedachte der volksparteiliche Finanzminister von Richter in warmen Worten der mehr als dreijährigen Zusammenarbeit der vier Parteien in der großen Koalition. Er stellte fest, daß der jetzt angezeigte Austritt aus dem Kabinett keine Desavouierung der Politik dieser großen Koalition bedeute. Diese Politik könne auf viele Erfolge zurückblicken, und es sei ihm ein aufrichtiges Bedürfnis, festzustellen, daß das Kabinett trotz der grundsätzlichen Verschiedenheit in der Auffassung seiner Mitglieder zum Wohle des Vaterlandes zusammen gearbeitet habe, und daß alle seine Mitglieder gleichmäßig bemüht gewesen seien, nicht Parteiminister, sondern Minister der großen Koalition zu sein. Auch der Ministerpräsident insbesondere sei stets bestrebt gewesen, ehrlich und loyal den Interessen dieser Politik Rechnung zu tragen. Dr. v. Richter sprach dem Ministerpräsidenten und allen Staatsministern seinen und seines Kollegen Dr. Boelitz Dank aus für die gemeinsame Arbeit, die nicht nur eine angenehme und schöne Erinnerung für das Leben, sondern auch für Preußen-Deutschland nicht verlieren, vielmehr von Erfolg und Bedeutung gewesen sei. —

Begeiferung des toten Präsidenten.

Der Reichstag beschäftigte sich am Montag in erster und zweiter Lesung mit den Gesetzentwürfen über die Festsetzung des Tages für die Wahl des Reichspräsidenten, über die Stellvertretung des Reichspräsidenten und Uebernahme der durch das Ableben des Reichspräsidenten entstehenden Kosten auf das Reich.

Diese Vorlagen gaben der Kommunistischen Partei Veranlassung, durch den Abgeordneten Remmele eine Rede von so viel Gehässigkeit gegen Ebert und so unanständiger Herabwürdigung dieses Toten halten zu lassen, wie das bisher auch nach kommunistischen Maßstäben nur selten vorgekommen ist. Remmele warf dem verstorbenen Reichspräsidenten vor, ihm sei jedes Verbrechen recht gewesen, das zur Unterdrückung der Arbeiterklasse habe dienen können. Ebert habe sich mit Arbeitermassenmord befleckt und sich mit allen möglichen Schandtaten beladen.

Die Beschimpfungen waren so widerlich, daß ein großer Teil der sozialdemokratischen Fraktion den Sitzungssaal verließ, und in der Mitte des Hauses immer wieder empörte Protestrufe laut wurden. Auch den zukünftigen Reichspräsidenten, dessen Persönlichkeit wahrhaftig noch nicht feststeht, zog Remmele schon in den Kreis seiner wütenden Schimpfereien ein.

Nach dem kommunistischen Redner erhob sich der Zentrumsabgeordnete Fehrenbach, um in tiefer Erregung Zeugnis für Ebert abzulegen, mit dem er ein Jahrzehnt zusammen gearbeitet habe. Er sei ein Reichspräsident von Gerechtigkeit und Würde und von Unparteilichkeit gewesen, ein hochverdienter Mann.

Geschickter als die Kommunisten und wesentlich anständiger begründeten die Völkischen ihre Ablehnung der Beerdigung auf Staatskosten. Bei der Abstimmung verließ ein Teil der Deutschnationalen den Saal, beteiligte sich also an der Abstimmung für die Vorlage ihrer eignen Regierung nicht.

Dann gab es wiederum eine kurze Aussprache über den Eisenbahnerstreik. Der Kommunist Koenen benutzte die Gelegenheit, weniger gegen die mangelnden Zugeständnisse der Reichsbahngesellschaft als vielmehr gegen die angeblichen Verrätereien der Gewerkschaftsbureaukratie und der Sozialdemokratie zu wettern, die natürlich sowohl an der elenden Lage der Eisenbahner wie an dem mangelnden Entgegenkommen der Reichsbahngesellschaft schuld ist. Der sozialdemokratische Abgeordnete Schumann erklärte mit Recht, daß er es ablehne, auf diese ewigen unsinnigen Zänkereien der Kommunisten einzugehen. Er griff die Reichsregierung scharf an, die diesen Streik, der große Gefahren in sich berge, hätte verhindern können.

Die Volksparteiler beantragten, die Angelegenheit dem Verkehrsausschuß zu überweisen, der am Dienstag schon zusammentreten soll. Die Sozialdemokraten verlangten eine sofortige Erklärung der Reichsregierung, jedoch wurde im Hammelsprung der deutschvolksparteiliche Antrag angenommen.

Zur Untersuchung der Ursachen der Explosion in Reinsdorf wurde eine Abordnung von 14 Mitgliedern des Reichstags entsandt. Es folgten in rascher Erledigung eine Reihe kleinerer Vorlagen. —

* * *

Sitzungsbericht.

Vor Eintritt in die Tagesordnung der Reichstags-Sitzung vom Montag protestiert Abg. Stoecker gegen das Verbot von elf kommunistischen Zeitungen auf Grund des Republikschutzgesetzes. Er beantragt die Aufhebung dieser Verbote und verlangt die sofortige Beratung dieses Antrags. Außerdem verlangt Stoecker die sofortige Besprechung des Streikes der Eisenbahner. — Der sofortigen Beratung des kommunistischen Antrags auf Aufhebung des Verbots der kommunistischen Zeitungen wird widersprochen. Dagegen wird die Besprechung des Eisenbahnerstreiks ohne Widerspruch als vierter Punkt auf die Tagesordnung gesetzt.

Einstimmig wird darauf ohne Debatte dem Vorschlag der Reichsregierung zugestimmt, die

Neuwahl des Reichspräsidenten am 29. März

und den evtl. zweiten Wahlgang am 26. April vorzunehmen.

Auf der Tagesordnung steht dann das Gesetz über die Stellvertretung des Reichspräsidenten. Es ist von allen Parteien mit Ausnahme der Nationalsozialisten und der Kommunisten eingebracht und besagt, daß zum Stellvertreter des verstorbenen Reichspräsidenten Ebert der Präsident des Reichsgerichts bis zum Amtsantritt des neuen Reichspräsidenten bestimmt wird. Die Vorschriften der Reichsverfassung über den Reichspräsidenten finden für die Dauer der Stellvertretung auf den Stellvertreter Anwendung. Der Stellvertreter bezieht für die Dauer der Stellvertretung des Reichspräsidenten das diesem zustehende Diensteinkommen einschließlich der Aufwandsgelder.

Die Kommunisten beantragen Wahl des Stellvertreters durch den Reichstag.

Abg. Henning (Nat.-Soz.) hält den Reichskanzler für den richtigen Stellvertreter.

Das Gesetz wird darauf in erster und zweiter Lesung angenommen, der kommunistische Antrag abgelehnt.

Es folgt der vom Reichsfinanzministerium eingebrachte Gesetzentwurf:

Die Reichsregierung wird ermächtigt, die aus Anlaß des Ablebens des Reichspräsidenten entstehenden Kosten auf Reichsmittel zu übernehmen.

Abg. Remmele (Komm.) protestiert gegen die Vorlage und richtet, oft von Entrüstungskundgebungen der Sozialdemokraten unterbrochen, heftige Angriffe gegen die Politik des verstorbenen Reichspräsidenten. Als er behauptet, Präsident Ebert habe als Beauftragter der Bourgeoisie zur Niederwerfung der Revolution der Arbeiterklasse alle Mittel und Verbrechen angewandt, wird der Redner vom Präsidenten Löbe zur Ordnung gerufen. Während der weitern Ausführungen des Redners kommt es wiederholt zu lärmenden Auseinandersetzungen zwischen den Sozialdemokraten und Kommunisten.

Abg. Fehrenbach (Ztr.) legt unter dem lebhaften Beifall der Mehrheit Verwahrung ein gegen die Art, wie von dem Vorredner das Andenken des verstorbenen Reichspräsidenten geschmäht worden sei, eines Mannes, dessen persönliche Würde und dessen hohe Verdienste um das Vaterland über jeden Zweifel erhaben seien.

Abg. Graf v. Reventlow (Nat.-Soz.) erklärt, seine Freunde würden, nicht aus Haß und Sentimentalität, die Vorlage ablehnen.

Die Vorlage wird dann in erster und zweiter Beratung gegen die Kommunisten und Nationalsozialisten angenommen.

Der Eisenbahnerstreik.

Abg. Koenen (Komm.) begründet hierauf einen Antrag seiner Freunde, der die Regierung ersucht, ihren ganzen Einfluß auf die Reichsbahndirektion dahin geltend zu machen, daß die Forderungen der streikenden Eisenbahner erfüllt werden.

Abg. Schumann (Frankfurt, Soz.):

Ich habe nicht die Absicht, von dieser Stelle aus eine Polemik gegen den Abg. Koenen über den Eisenbahnerstreik zu führen. Ich wiederhole noch einmal, was ich bereits vor einigen Tagen gesagt habe, daß wir Sozialdemokraten im vorigen Jahre bei den Verhandlungen über das Eisenbahngesetz versucht haben, die Interessen der Arbeiter und Angestellten zu vertreten. Bei der Beratung des Etats des Verkehrsministeriums in diesem Jahre habe ich die Reichsbahnverwaltung darauf hingewiesen, daß sie ein gefährliches Spiel treibt, wenn sie glaubt, die berechtigten Forderungen der Eisenbahnangestellten und -beamten ablehnen zu können, wenn sie die bisherige Gehaltpolitik fortsetzt und auf diesem Wege das größte Verkehrsunternehmen behindert und die Interessen der Wirtschaft schädigt. Ich habe darauf hingewiesen, daß solche öffentliche Unternehmungen nicht nur in der Betriebsführung, sondern

auch in der Entlohnung vorbildlich sein müssen.

Damit ist die Behauptung des Abg. Koenen widerlegt, daß sich niemand der Interessen der Eisenbahner annehme.

Ich habe in der vorigen Woche keinen Zweifel darüber gelassen, daß die Schuld an dem jetzigen Konflikt ausschließlich die Eisenbahnverwaltung treffe. Ich habe damals ausdrücklich darauf hingewiesen, daß es durch ein geringes Entgegenkommen möglich wäre, das Umsichgreifen der Bewegung zu verhindern. Wir Sozialdemokraten unterscheiden uns in unsrer Stellungnahme zum Streike von den Kommunisten dadurch, daß wir nicht den Streik um des Streikes willen führen, um die Weltrevolution vorwärtszutreiben und um die „Aktivität" der Arbeiter zu steigern, sondern der Streik ist uns das letzte Mittel im Kampfe der Arbeiter um bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen, wenn die andern Mittel versagen und die Gegenseite eine Verständigung ablehnt. Wir lehnen es ab, die Grundlagen unsrer bisherigen bewährten Gewerkschaftstaktik zu verlassen.

Der Deutsche Eisenbahnerverband hat richtig gehandelt, als er die erste Bewegung in Sachsen nicht sanktioniert hat, weil die Verhandlungsmöglichkeiten noch nicht erschöpft waren. Ich bedaure außerordentlich den Widerstand der Verwaltung gegen die Forderungen der Arbeiter, die sich doch in so bescheidenem Rahmen bewegen. Die Eisenbahner machten vor Abbruch der Verhandlungen den Vorschlag, die Löhne um 3 Pfennig pro Stunde zu erhöhen und durch eine Kommission die Frage der Arbeitszeit prüfen zu lassen. Die Tatsache ist tief bedauerlich, daß die Verwaltung nicht durch die

Annahme dieser bescheidenen Forderungen

es verstanden hat, die weiter um sich greifende Bewegung, die schweren wirtschaftlichen Schaden verursachen muß, einzudämmen.

Die Kommunisten behaupten, der Haupttreiber gegen die Arbeiter sei der französische Vertreter in der Verwaltung. Ich glaube nicht daran, vielmehr sind es die im Verwaltungsrat sitzenden Vertreter der Großindustrie, die nicht wünschen, daß den minimalen Forderungen der Eisenbahner entsprochen wird. Wir haben wiederholt mit aller Deutlichkeit erklärt, daß die Interessen der Arbeiter den Interessen der Großindustrie und des Privatkapitals nicht geopfert werden dürfen.

Die Dinge liegen nun so: Wenn nicht in der jetzigen Stunde etwas geschieht, um die berechtigten Forderungen der Arbeiter zu befriedigen, dann wird der Streik auch auf das Verkehrspersonal übergreifen, da

auch bei den Beamten große Entrüstung

über die Verhältnisse bei der Eisenbahnverwaltung herrscht. Es ist nicht ausgeschlossen, daß auch das Verkehrspersonal von der Bewegung erfaßt und damit großes Unheil über die deutsche Wirtschaft gebracht wird. Ich wiederhole deshalb dringend meine Forderung vom vorigen Freitag, und da anscheinend der Einfluß des Verkehrsministeriums nicht ausreicht, um die Verwaltung zu weiterm Entgegenkommen zu veranlassen, so fordere ich jetzt das Arbeitsministerium auf, einzugreifen und dafür zu sorgen, daß eine Verständigung auf einer für die Arbeiter annehmbaren Basis hergestellt wird.

Der Eisenbahnerverband hat sich bemüht, die weitere Ausdehnung des Kampfes zu verhindern. Ich befürchte nun, daß diese Bemühungen

an der Halsstarrigkeit der Verwaltung scheitern,

die damit Wasser auf die Mühlen derjenigen treibt, die nicht Arbeiterinteressen, sondern andre Interessen vertreten. Noch ist es Zeit zum Abschluß einer Verständigung auf anehmbarer Grundlage. Aber die Situation ist außerordentlich ernst, sie kann nur durch entsprechendes Entgegenkommen verbessert werden. Wir verlangen deshalb von der Regierung, daß sie sofort eingreift, damit weiteres Unheil von der deutschen Wirtschaft abgewendet wird. (Lebh. Beifall b. d. Soz.)

Abg. Cremer (Dt. Vp.) beantragt Schluß der Debatte und Ueberweisung der Angelegenheit an den Verkehrsausschuß zur schleunigen Erledigung.

Abg. Schumann (Soz.) wendet sich gegen eine Ausschußberatung, mit der nach seiner Meinung nur kostbare Zeit verlorengehen würde.

Der Antrag auf Schluß der Debatte wird angenommen. Die Abstimmung über die Ausschußberatung bleibt zunächst zweifelhaft, der Hammelsprung ergibt die Annahme der Ausschußüberweisung mit 179 gegen 127 Stimmen. Der Verkehrsausschuß wird sich am Dienstag vormittag mit der Angelegenheit beschäftigen.

Es folgt dann ein Antrag der Deutschnationalen auf Bildung einer Abordnung von 14 Mitgliedern zur Untersuchung der Ursachen der Explosion in Reinsdorf.

Die Antragsteller beantragen die vorläufige Absetzung des Punktes von der Tagesordnung, weil die Regierung eine Denkschrift über den Fall angekündigt hat.

Abg. Koenen (Komm.) verlangt eine Besprechung des Falles und begründet einen kommunistischen Antrag, der einen Untersuchungsausschuß mit ganz bestimmten Aufträgen einsetzen will.

Der Präsident der Reichsarbeitsverwaltung, Syrup, gibt der Teilnahme der Reichsregierung für die Opfer des Reinsdorfer Unglücks Ausdruck und teilt mit, daß ein von der Verwaltung eingesetzter Untersuchungsausschuß im Laufe dieser Woche dem Reichstag sein Gutachten über die Ursachen des Unglücks vorlegen wird. — Die Absetzung des Gegenstandes von der Tagesordnung wird gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und Kommunisten beschlossen.

Es folgt die zweite Beratung des Gesetzentwurfs über Aufnahme von Auslandskrediten durch Gemeinden und Gemeindeverbände. Die Gemeinden und Gemeindeverbände bedürfen zur Aufnahme von Auslandskrediten der Zustimmung des Reichsfinanzministers. Nach einem Beschluß des Ausschusses soll das Gesetz auch Anwendung finden auf alle Kreditverträge, die seit dem 1. März 1925 abgeschlossen sind. — Dieser Termin wird auf Grund eines vom Abg. Keil (Soz.) begründeten sozialdemokratischen Antrags auf den 1. Februar verlegt.

Die Vorlage wird dann in zweiter und dritter Beratung endgültig angenommen.

Ein Gesetzentwurf über den Beitritt des Reiches zum Madrider Abkommen über die Unterdrückung falscher Herkunftsangaben auf Waren wird ohne Debatte endgültig angenommen.

Auf der Tagesordnung stehen schließlich die erste Beratung des Gesetzentwurfs über den Verwaltungsrat des Internationalen Arbeitsamts, in Verbindung mit den Entwürfen über das Washingtoner Uebereinkommen über die Arbeitslosigkeit, das Genueser Uebereinkommen über die Stellenvermittlung für Seeleute, über das Genfer Uebereinkommen über Koalitionsrecht der landwirtschaftlichen Arbeiter und das Washingtoner Uebereinkommen über die Beschäftigung der Frauen vor und nach der Niederkunft. Die Vorlage wird dem Auswärtigen Ausschuß überwiesen.

Das Haus vertagt sich dann nach 6 Uhr auf Dienstag 2 Uhr. Auf der Tagesordnung steht der Etat des Reichsjustizministeriums. —

Heilmann und v. Richter sagen aus.

Der Untersuchungsausschuß des Preußischen Landtags erörterte am Montag die Geschäfte zwischen Barmat und der Reichsfettstelle. Nicht weniger als 21 Zeugen sind dazu geladen. Zunächst wurde Staatssekretär v. Möllendorf vernommen. Der Zeuge erklärt, daß Barmat im Jahre 1919 in Begleitung von Wels bei Minister Wissell erschienen sei, um eine Einfuhrerlaubnis für Textilien zu erhalten. Die zuständigen Staatssekretäre wandten sich aus wirtschaftspolitischen Gründen gegen die Einfuhr von fertigen Textilien. Barmat machte geltend, daß im deutschen Volke zu jener Zeit große Not an Kleidungsstücken herrschte. Abg. Wels drückte seine Verwunderung darüber aus, daß ein von einem holländischen Sozialdemokraten einem deutschen Sozialdemokraten angebotenes Geschäft, das die Volksnot lindern sollte, an dem bureaukratischen Widerstand der Staatssekretäre und Referenten scheitern könnte. Ich bemerke ausdrücklich, daß Reichswirtschaftsminister Wissell sich niemals von irgendwelchen Ressentiments hat leiten lassen. Auch dieser Geschäftsantrag Barmats ist nach der Unterredung in den ordentlichen Geschäftsgang gekommen. Ob irgend etwas aus dem ganzen Antrag geworden ist, weiß ich nicht. Weiter erklärt der Zeuge, daß er mit seiner Aussage nicht den Eindruck erwecken wolle, als ob es sich um ein korruptives Vorgehen gehandelt habe. Gegenüber der Betonung des Zeugen, daß das Auftreten von Wels damals scharf gewesen sei, erklärt Abg. Lüdemann (Soz.): Wer den Abg. Wels kennt, weiß, daß er

immer etwas derb auftritt.

Dann wird in der Vernehmung des Zeugen Weyermann fortgefahren. Er erklärt: Ich habe drei- bis viermal Julius Barmat persönlich gesehen und gesprochen, und er hat es allerdings bei diesen Gesprächen nicht unterlassen, seine Beziehungen zu den damals führenden Herren der Sozialdemokratischen Partei zu erwähnen und seinen Einfluß gebührend ins Licht zu setzen.

Auf Befragen des Vorsitzenden verliest der Zeuge dann einen Brief, aus dem hervorgeht, daß der Einfluß Barmats sich auch auf die Deutsche Gesandtschaft und das Auswärtige Amt erstreckte. So sei Barmat einmal zwecks Einholung einer Information aus einem Bericht des Herrn von Reiswitz im Auswärtigen Amt gewesen, und zwar Ende 1919. Barmat war dort in Gegenwart Heilmanns und vom Minister Hermann Müller wurde Barmat die Einsichtnahme gestattet. Der Zeuge erklärt, diese Tatsache allein dürfte schon als Maßstab dafür gelten, welchen Einfluß Barmat beim Auswärtigen Amt gehabt hat.

Darauf kommt das

Kondensmilchgeschäft

noch einmal zur Sprache. Der Zeuge gibt zu, daß der Vertrag mit Barmat von vornherein einen Fehler enthalten habe, da nicht klar festgestellt war, ob die 16-Unzen-Dosen brutto oder netto waren. Der Vorsitzende stellt daraufhin fest, daß also die Angelegenheit von beiden Parteien verschieden aufgefaßt wurde und daß wohl ein Mißverständnis über den Vertrag aufkommen konnte. Aus einer Niederschrift des Direktors Thieme (Hamburg) ergebe sich jedoch, daß die Fabriken, die sich durch Kontrakt zur Lieferung von 16-Unzen-Dosen verpflichtet hatten, sämtlich erklärten, daß Barmat bei der Abwicklung des Geschäfts gewußt habe, daß nur die 14-Unzen-Dosen geliefert werden dürfen und daß Barmat gesagt habe: Schreiben Sie ruhig 16 Unzen, Berlin wird nicht merken, daß es nur 14 Unzen sind.

Zeuge Weyermann behauptet, daß bei den mündlichen Verhandlungen mit Barmat jeder Zweifel darüber ausgeschlossen gewesen sei, daß die Dosen 16 Unzen Milch enthalten mußten. Der Vorsitzende weist darauf hin, daß Verhandlungen über die Frage brutto oder netto stattgefunden haben. Barmat habe auf brutto bestanden. Die Fettstelle habe 16-Unzen-Dosen gewollt. Um jedem Mißverständnis vorzubeugen, sei in einem besondern Schreiben der Amexima nochmals bedeutet worden, daß, wenn die üblichen 14-Unzen-Dosen geliefert würden, auch nur der hierfür zuständige Preis gezahlt werde. Fest steht, daß die Amexima die schriftliche Bestätigung der mündlichen Vereinbarungen nicht bestätigt hat.

Der Vorsitzende verliest dann ein Schreiben der Handelskammer Amsterdam vom 28. Februar 1919. In ihm erklärt der Sekretär der Handelskammer, „daß diese Gesellschaft (Amexima)

als sehr angesehen gilt,

so daß eine von ihr abgegebene Erklärung volles Vertrauen verdient". Gesehen und gezeichnet ist diese Erklärung der Handelskammer vom deutschen Generalkonsul in Amsterdam und vom österreichischen Konsul.

Dann wenden sich die Verhandlungen der Frage zu, welche Bedeutung bei den Geschäften mit Barmat den jeweiligen Lieferscheinen in bezug auf die Bezahlung der Ware zukommt.

Zeuge Weyermann erklärt, daß die Lieferscheine zwischen Barmat und dem Reichswirtschaftsministerium vereinbart worden seien.

Geschäftsführer Pollwitz von der Reichsfettstelle, der nunmehr als Zeuge vernommen wird, erklärt, die Lage des Reiches sei damals außerordentlich schwierig gewesen. Man habe keine Barmittel gehabt, und Lebensmittel hätten beschafft werden müssen. Der Fachhandel habe nur gegen bar liefern wollen; Barmat dagegen habe 6 Monate Zahlungsfrist angeboten, allerdings dafür bis 30 Cents mehr gefordert. Wären die Barmatschen Verträge korrekt ausgeführt worden, dann wären seine Angebote die günstigern gewesen.

Der 47jährige Kaufmann Thieme, der nach Pollwitz Geschäftsführer der Reichsfettstelle war, bekundet zur Frage der Büchsenmilchlieferung: Die Reichsfettstelle hat

nur 14-Unzen-Dosen bezahlt

und keinen Schaden erlitten.

Nun wird der ehemalige preußische Finanzminister von Richter noch einmal zur Ergänzung seiner Aussage gehört. Er erklärt, er habe vergessen mitzuteilen, daß er mit Heilmann noch ein zweites Mal, und zwar im November 1924, über die Angelegenheit Barmat gesprochen habe. Dabei habe er betont, daß die Behebung der Schwierigkeiten Barmats nur durch eine umfangreiche Kredithergabe möglich sei. Er habe jedoch auf die Kreditgewährung durch die Seehandlung keinen Einfluß.

Abg. Heilmann (Soz.): Die Darstellung Richters ist im wesentlichen zutreffend. Ich habe den Finanzminister damals auf

(Fortsetzung des redaktionellen Teiles nächste Seite.)

Neue Schuhpflege!

Wenn Sie auf elegantes Aussehen Ihrer Schuhe Wert legen, so dürfen Sie nicht Unmassen farbiger, harziger, unangenehm riechender Schuhcreme auftragen. Nach kurzer Zeit ist das empfindliche Leder unansehnlich, wird brüchig und hart. Benutzen Sie deshalb die farblose überfettete wohlriechende Edelcreme Tuberan. Gibt schon in kleinen Mengen einen samtweichen Glanz, verharzt nie und ist im Gebrauch in der Tube für Haushalt und Reise höchst sauber, sparsam und praktisch. Altes unansehnliches Leder bekommt neues Aussehen. Für feines Schuhwerk unentbehrlich. In allen einschlägigen Geschäften erhältlich.

die Presseangriffe gegen Kutisker hingewiesen. In einem Atemzug mit Kutisker wurde da immer Barmat genannt. Da habe ich den Minister um Klarheit über Barmats Beziehungen zur Staatsbank gebeten. Ich sagte ihm, Barmat hätte mir gesagt, er habe 17 Millionen von der Staatsbank als Kredit erhalten, von denen er 5 Millionen zurückgezahlt hätte. Dadurch sei er augenblicklich in Schwierigkeiten geraten. Richter sagte mir,

wir sprechen ja unter vier Augen.

Ich verstehe Sie wohl richtig, wenn ich annehme, daß Sie wünschen, ich soll den Kredit für Barmat erhöhen? Wir sprachen dann noch über politische Dinge. Ich entsinne mich des ganzen Gespräches sehr genau, weil es für mich die größte Bedeutung hatte. Herr v. Richter sagte u. a., für Ministerpräsident Braun werde er stets eine große Verehrung haben; der Mann habe das Zeug zu einem Minister. In bezug auf Barmat sagte er noch, die Kredite für Barmat erschienen ihm volkswirtschaftlich durchaus begründet und finanziell in jeder Beziehung gedeckt. Er hätte auch mit dem Abg. Leidig als Referenten für die Staatsbank im Landtag über diese Frage gesprochen.

v. Richter: Herr Heilmann hat hier eine Reihe von Einzelheiten aus unserm seinerzeitigen Gespräch angeführt. Es ist tatsächlich damals meine Auffassung gewesen, daß Herr Heilmann wünschte, daß die Kredite für Barmat erhöht würden, und ich möchte Herrn Heilmann bitten, zu bestätigen, daß er mir über schwierige Verhältnisse Barmats berichtet hat. Herr Dr. Leidig und ich haben uns seinerzeit auch über die Verbindung Barmat-Staatsbank unterhalten und sind dabei zu dem Schluß gekommen, der auch heute noch gilt, daß nicht, wie dies in der Presse geschehen ist, die Kutisker- und Barmat-Kredite in einem Atemzuge genannt werden können. Es bestand zwischen diesen beiden ein großer Unterschied.

Abg. Heilmann (Soz.) bemerkt als Zeuge: Ich habe in der Unterredung mit Herrn v. Richter darauf hingewiesen, daß Barmat in Deutschland etwa 40 Fabriken unterhalte, in denen er 13 000 Arbeiter beschäftige. Diese Mitteilungen waren mir von dem Generaldirektor Kautz gemacht worden und ich gab sie Herrn v. Richter weiter als Antwort auf die Frage, wozu denn eigentlich Barmat das Kreditgeld verwende. Darauf bezog sich dann die Erklärung des Finanzministers, volkswirtschaftlich seien die Kredite durchaus berechtigt, weil sie ja deutschen Industriearbeitern zur Arbeit verhelfen. Ich entsinne mich dieses Gespräches ganz genau. Wenn der Finanzminister mir damals gesagt hätte, Barmat kann mit Kutisker zwar nicht in einem Atem genannt werden, aber die Sicherheiten der Kredite erschienen ihm doch zweifelhaft, dann hätte ich Barmat sofort gesagt: Bei dieser Beurteilung der Sachlage

lege ich meine Aufsichtsratsposten nieder

und warte ab, bis ich sie ohne die Gefahr einer Kompromittierung wieder aufnehmen kann. Nur die Erklärung, die Kredite seien volkswirtschaftlich durchaus begründet und die Unterlagen durchaus sicher, hat mich veranlaßt, diesen Schritt nicht zu tun. Ich wollte durch meinen Besuch beim Finanzminister v. Richter feststellen, einmal wie es mit Barmat überhaupt steht und dann wollte ich mitteilen, daß Barmat 5 Millionen weiteren Kredit haben möchte und wollte dafür die Unterstützung des Finanzministers haben, wenn er die Angelegenheit für sachlich gerechtfertigt erachtet hätte.

Im weiteren Verlauf der Verhandlungen bildete die Kreditfähigkeit des Barmat Gegenstand der Verhandlungen. Am Schlusse ergänzte Heilmann seine Aussagen, die er bereits vor wenigen Wochen über Sprit-Weber und sein Verhältnis zu Stresemann abgegeben hatte. Er wiederholt vor allem die Feststellung, daß er selbst den Brief von Kareski, den Stresemann geschrieben haben soll, nicht gesehen hat.

Abends 7 Uhr werden die Verhandlungen vertagt. Am Sonnabend soll der Reichskanzler a. D. Bauer noch einmal vernommen werden. —

Poege verweigert die Aussage.

Am 18. Verhandlungstag des Tscheka-Prozesses wird die Vernehmung des Zeugen Koppenhöfer fortgesetzt. Er kommt wieder auf den Fall Rausch zu sprechen. Wiederholt habe Neumann bei der Vernehmung erklärt, daß er auf Rausch gezielt habe, ihn aber nicht töten wollte. Poege habe allerdings behauptet, Neumann wollte den Rausch töten. Er wäre aber nicht damit einverstanden gewesen. Da Poege seine frühern Aussagen in der Hauptverhandlung widerrufen hat, äußert sich der Zeuge:

Poege hat bei der Vernehmung geäußert: Wenn ich gewußt hätte, wie gut ich es bei der württembergischen Polizei habe, hätte ich das

jüdische Gesindel

in Berlin, die Bonzen der Kommunistischen Partei, schon längst hochgehen lassen, da sie mir immer ein Haar in der Suppe waren. Das gehört zwar nicht hierher, aber wenn Poege jetzt so lügt, muß ich es anführen.

Bei den Aussagen des Zeugen über die Vernehmung des Margies kommt es zu einer lebhaften Auseinandersetzung zwischen den beiden, in deren Verlauf Margies den Zeugen des Meineids bezichtigt. Margies erzählt mit lauter Stimme über seine Behandlung während der Untersuchungshaft. Die Angaben werden jedoch von dem Zeugen zum großen Teil in Abrede gestellt.

R.-A. Bagnato versucht hier einen Einwand zu machen, ihm wurde aber vom Vorsitzenden das Wort entzogen. Als der Zeuge die Aussagen des Angeklagten über die Vorgänge in Südwest bespricht, versucht der obenerwähnte Rechtsanwalt wieder zu reden. Der Vorsitzende verbittet sich jedoch jede Einmischung in die Verhandlung. Es tritt dann eine kurze Pause ein.

R.-A. Brandt bittet den Vorsitzenden später um Mitteilung, in welcher Form die Verteidiger das Wort erlangen können, um etwaige Zusammenstöße zu vermeiden.

Vors.: Ich habe noch niemand das Wort entzogen außer, wenn es sich um einen Eingriff in die Prozeßleitung handelt.

R.-A. Wolff: Ich erblicke in der Entziehung des Wortes, wie es meinem Kollegen heute schon einmal ergangen ist, eine

Beschränkung der Verteidigung.

R.-A. Bagnato erwähnt, daß ihm in Zusammenhang mit der Befragung seines Klienten das Wort erteilt werden müsse und er nicht wie ein Schulknabe behandelt werden dürfte. Ein Gerichtsbeschluß in dieser Richtung wird vom Vorsitzenden abgelehnt. Sodann fährt der Zeuge fort in seinen Ausführungen, indem er ausführlich über die Beschlagnahme der Batterienbehälter sowie über den gesamten Inhalt des Pakets, das seinerzeit bei Meus gefunden wurde, berichtet.

Eine längere Debatte zwischen Verteidigung und Zeugen entwickelt sich über die Broschüre, aus deren Inhalt der Angeklagte Poege seine Aussagen gemacht hat. Der Zeuge behauptet dagegen, die Broschüre habe als Wahlpropaganda der Fascisten gedient. Der Inhalt sei aus Zeitungsnotizen über die ausführlichen Angaben des Poege zustande gekommen.

R.-A. Samter: Sind diese Meldungen allen Zeitungen direkt oder indirekt von der Polizei zugegangen? Der

Zeuge verweigert die Aussage

hierüber, da er von seiner Behörde keine Genehmigung habe, sich darüber zu äußern. Diese Ablehnung gibt der kommunistischen Verteidigung Anlaß zu einem erregten Angriff gegen die Polizei. Schließlich macht R.-A. Neumann den Vorschlag, sich mit dem Polizeipräsidenten in Stuttgart telegraphisch in Verbindung zu setzen, um zu erfahren, inwieweit sich der Zeuge äußern darf.

Nach der Mittagspause verkündet der Vorsitzende einen dementsprechenden Beschluß des Gerichtshofs. Darauf wird in der Vernehmung des Zeugen fortgefahren.

Koppenhöfer: König hat im Dezember 1923 das erstemal mit der Polizei in Verbindung gestanden und ist wegen Sprengstoffvergehens verhaftet worden. Er wurde im Januar auf freien Fuß gesetzt und am 28. Februar erneut verhaftet mit den andern Mitangeklagten der „Tscheka". Auf andre Weise hat er mit uns nicht in Verbindung gestanden.

Vors.: Diener hat nun angegeben, er hätte der Polizei Spitzeldienste geleistet?

Koppenhöfer: Diener hat ebensowenig wie König Dienste für die Polizei verrichtet.

Der Vorsitzende schließt hiermit die Vernehmung des Zeugen Koppenhöfer. Vors.: Neumann, haben Sie zu den gesamten Aussagen des Zeugen noch etwas zu sagen?

Neumann: Ich habe nichts zu sagen und nichts zu fragen.

Als die Frage an den Angeklagten Poege gestellt wird, entspinnt sich ein

heftiger Wortwechsel

zwischen diesem und dem Zeugen, wobei ersterer dem Zeugen Meineid vorwirft und letzterer den Poege mit „Lump" bezeichnet.

Im weitern Verlauf der Aussprache kommt es wiederholt zu Auseinandersetzungen zwischen den Verteidigern und dem Vorsitzenden, die zum Teil sehr ernsthafte Formen annehmen. Die Erwiderung des Szon auf die Aussagen gestaltet sich ruhiger, während die des Margies wieder in das alte Fahrwasser gerät. Die andern Angeklagten hatten zum Teil nichts, zum Teil nur wenig zu erwidern.

Fortsetzung der Verhandlung Dienstag früh 9 Uhr. —

Zerstörer das Reiches.

Das geistige Oberhaupt der Bayrischen Volkspartei, Dr. Georg Heim, der jetzt wieder mit den schlimmsten Demagogenkniffen die bayrischen Bauern gegen die Republik aufwiegelt, wurde im Bayrischen Landtag von den Sozialdemokraten wiederholt dunkler Machenschaften mit amtlichen französischen Persönlichkeiten beschuldigt. Nachdem nun ein maßgebender Führer der Bayrischen Volkspartei dieser Tage in einer öffentlichen Versammlung gegen Hitler auftrat und dabei insbesondere den deutschen Charakter der Bayrischen Volkspartei betonte, macht der „Völkische Kurier" am Sonntag folgende Feststellungen:

Schade, daß, als der Redner das große Wort aussprach: Wir lieben Bayern, weil wir Deutschland lieben, in Lebensgröße sein Parteioberhaupt Georg Heim neben ihm auftauchte, der, umjubelt von denselben Leuten, mit unsern Todfeinden über die Zerschlagung Deutschlands verhandelte. Schade, daß nicht der Schatten des französischen Generals Desticker auf der andern Seite erschien, des Mannes, mit dem Dr. Heim seine unbestraften verräterischen Unterhandlungen geführt hat. Dieser General ist jetzt zum Chef der Völkerbundskommission in Deutschland ernannt. Dr. Heim oder ein andrer Führer der Bayrischen Volkspartei braucht also heute nicht mehr so weit nach Luxemburg zu fahren, sondern kann den General Desticker in Regensburg bewirten.

Die Bayrische Volkspartei gehört zu dem Block der Antirepublikaner, die einen Monarchisten auf den Präsidentenstuhl setzen wollen. Dem verstorbenen Friedrich Ebert ist von allen Seiten nachgerühmt worden, daß er der Wahrer der deutschen Einheit war. Wer einen Monarchisten wählt, der bringt die Einheit Deutschlands in Gefahr. —

Reichsbetriebe in Gefahr.

In den letzten Wochen haben die ehemaligen Rüstungsbetriebe des Reiches, die Deutschen Werke, mehrmals im Mittelpunkte der öffentlichen Erörterungen gestanden. Allem Anschein nach wird man auch in Zukunft allen Grund haben, jene Komplikationen im Auge zu behalten, die in der Entwicklung der Deutschen Werke seit einiger Zeit eingetreten sind. Sie hängen mit dem Gerücht von dem überraschenden Rücktritt Dr. Henrichs zusammen, das sich jetzt bestätigt hat. Dr. Henrichs war nach dem Ausscheiden Weinichs als Delegierter im Aufsichtsrat der Spiritus rector und tatsächliche Generaldirektor. Mit Dr. Henrichs werden weitere Angestellte die Deutschen Werke verlassen. Angesichts dieser Tatsache verweist man auf die seit einiger Zeit bei den Deutschen Werken bestehende Geldnot, aus der Veränderungen resultieren, deren Zusammenhänge erst bei näherer Betrachtung der letzten Entwicklung deutlich werden.

Die Deutschen Werke sind die ehemaligen Rüstungsbetriebe des Reiches. Gemäß den Forderungen des Friedensvertrags wurden die Waffenfabriken

auf Friedensarbeit umgestellt

und in ihrer heutigen Betriebsform in eine Aktiengesellschaft, in der das Reich die Majorität hat, übergeführt. Man hatte im Jahre 1923 in etwas unverständlicher Weise zwecks Kapitalbeschaffung die Beteiligung privater Kreise gewählt. Trotzdem ist das Reich durchaus in der D.-W.-A.-G. ausschlaggebend und die ehemaligen Rüstungsbetriebe sind als Reichsbetriebe anzusprechen. Die Umstellung hat sich auch, wie wir weiter unten zeigen werden, unter allen Umständen bewährt.

Es war aber nicht ganz leicht, dieses Ziel zu erreichen. Die Widerstände kamen aus den Reihen des Unternehmertums. Am liebsten hätte es die ehemaligen Rüstungsbetriebe als gute Prise und fette Kriegsliquidation übernommen, und es ist den Sozialdemokraten in der Regierung zu verdanken, wenn die Riesenbetriebe des Reiches nicht an Stinnes und Konsorten verschleudert wurden.

Das Unternehmen gab bei dieser oder jener Gelegenheit die Schwierigkeit der Aufgabe zu, einen bureaukratisch bis zur glatten Unrentabilität eingestellten Apparat auf den modernen Betrieb umzustellen, der sich selbst erhielt und Gewinne brachte. Es verringerte sogar seine Arbeiterschaft von 43 000 auf 20 000 (obwohl erste Fachleute die Notwendigkeit nicht einsehen wollten). Man litt auch unter den Schikanen der Kontrollkommission, die unberechtigt in den Betrieb eingriff und die Entwicklung oft gefährdete. Trotz alledem gelang es den Leuten in der D.-W.-A.-G., ein Produktionsprogramm aufzustellen und zu erproben, welches einwandfrei die

Leistungs- und Lebensfähigkeit der Reichsbetriebe bewies.

Die Enttäuschung des privaten Unternehmertums war groß, hatte aber noch andre Gründe: In der D. W. A. G. war ihnen ein Konkurrent entstanden, der billig und gut produzieren wollte. Die erste Reibung zwischen den Deutschen Werken und der Privatindustrie ergab sich gelegentlich der Automobilausstellung am Kaiserdamm in Berlin. Die D. W. hatten einen Wagen ausgestellt, der durch Qualität und Preis allgemeine Ueberraschung auslöste. Es setzte dann ein lebhaftes Kesseltreiben gegen die D. W. ein. So wurde u. a. in der kapitalistischen Presse behauptet, die Leistungen der D. W. seien nur möglich, weil sie staatliche Unterstützung in bezug auf billigere Kredite, vorhandenes billigstes Rohmaterial usw. hätten. Die Deutschen Werke konnten aber einwandfrei nachweisen, daß das Geheimnis ihrer Leistungsfähigkeit einzig und allein auf einer äußersten Kalkulation beruhte. Damit wurde eine Stelle berührt, die für unsre Privatindustrie sehr empfindlich ist, und so bemühte sie sich im Schoße des Reichsverbandes der deutschen Industrie um Verhandlungen, denen der Unparteiische und Außenstehende nur das Ziel zusprechen kann, die D. W. von dieser richtigen Kalkulation abzubringen.

Das ist, soweit wir die Lage beurteilen können, nicht gelungen. Aber der Privatindustrie scheint, um ihre letzten Pläne zu verwirklichen, Hilfe von andrer Seite zu kommen. Hier ist es notwendig, folgendes zu wissen: Die D. W. hatten während ihrer riesigen Umstellung im Gegensatz zu der Privatindustrie gewisse Substanzverluste. Auf jeden Fall fehlte es ihnen seit geraumer Zeit an Kapital, um ihr verheißungsvolles Produktionsprogramm zu verwirklichen. Hier setzte die neue Aktion der privaten Industrie ein — und es entspricht wohl der ganzen Entwicklungsgeschichte der gegenwärtigen Rechtsregierung, wenn der Finanzminister v. Schlieben erklärt,

für die Reichsbetriebe nichts übrig zu haben.

Damit sind diese unter finanziellen Druck gesetzt, die auf jeden Fall eine kostspielige Verzögerung in der Ausführung des Fabrikationsprogramms, vielleicht auch sein Ende bedeutet. Der Rücktritt Henrichs ist in dieser Hinsicht als Teilaktion zu bewerten.

Ohne Rücksicht darauf, wie sich die Entwicklung noch gestaltet, wird das Verhalten des Finanzministers einer eingehenden Erörterung zu unterziehen sein. Wir kennen die Gründe nicht, mit denen Schlieben sein Verhalten argumentiert und stellen nur den allgemeinen Eindruck fest, daß er im Endeffekt das Spiel der Privatindustrie gegenüber den D. W. fördert. Es wird auch schwer sein, das Verhalten des Ministers zu rechtfertigen. Die D. W. wollen ja keine Liebesgabe. Die Dinge liegen wesentlich anders, da die D. W. eine Aktiengesellschaft sind, die beispielsweise eine Kapitalserhöhung durchführen. Da das Reich, juristisch gesehen, nur Aktienbesitzer ist, dürfte es nur in Ordnung sein, wenn der Großaktionär eine Kapitalserhöhung mit durchführen hilft, die geboten ist und im Interesse des Betriebs liegt.

Politisch betrachtet, ist die ganze Angelegenheit ein interessantes

Gegenstück zu den Ruhrkrediten.

Die Regierung stellt in einer Zeit der größten finanzpolitischen und währungstechnischen Gefahrenmomente der Ruhrindustrie 760 Millionen und der oberschlesischen Industrie, die sich noch nicht einmal auf den Ruhrkampf berufen konnte, zirka 70 Millionen zur Verfügung, verweigert aber den Reichsbetrieben, die keine staatlichen Subventionen, sondern eine einwandfreie Kapitalserhöhung vornehmen wollen, einen kleineren Bruchteil dieser Summen. Das deutsche Volk wird durch diese Nachricht wohl empört, aber nicht überrascht sein: wie es sich bei der ganzen Angelegenheit der D. W. um die Gegnerschaft eines Kapitalismus handelt, der dem Reichsbetrieb so bald wie möglich das Genick abdrehen will, so handelt es sich um eine Regierung, die diesen Plan als getreue Schleppenträgerin S. M. der Schwer- und Großindustrie getreulich stützt. —

(Fortsetzung des redaktionellen Teiles nächste Seite.)

Willst du kaufen, geh zu Kronom, Brunnenstr. 29.

Gerade wenn Sie wenig Zeit haben und von der andern Arbeit ermüdet sind, sollten Sie Benzifix-Seife zum Waschen nehmen, denn damit geht der Schmutz und alle Flecken spielend heraus. Sie sparen Zeit und schonen Ihre teure Wäsche, weil Sie nicht zu reiben brauchen. Zum Händewaschen nach der Arbeit gibt es nichts Besseres.

Strickwolle, Trikotagen. G. W. Fischer, Jakobstr. 41. Tel.: 364

Es sprach der Scheich zum Emir:
Mit fremden Marken geh' mir,
es will mir keine andere munden,
Sondern nur
die guten, dicken, runden
„Josetti Cigaretten."

JOSETTI

KON
JNON

JUNO 3 ₰ VERA 4 ₰

Aus der Gewerkschaftsbewegung.

Verlogene Einheitsfrontler.

Als vor Wochen in Schöningen der Streik der Chemiearbeiter ausbrach und dann infolge verschiedener Umstände nicht mit vollem Erfolg endete, glaubten die Kommunisten, wieder einen Agitationshappen erwischt zu haben. In der „Niedersächsischen Arbeiterzeitung" erschienen groß aufgemachte Schmähartikel gegen die Gewerkschaftsleitung und besonders gegen den Genossen Külbel. Das wird selbst kommunistischen Arbeitern, die die Vorgänge kennen, zu toll. Nun hat sich das Gewerkschaftskartell mit der Angelegenheit beschäftigt, ein eingesetzter Untersuchungsausschuß hat die Angriffe untersucht und einmütig, also auch mit der Zustimmung der an der Untersuchung beteiligten Kommunisten, die Lügen der „Niedersächsischen Arbeiterzeitung" widerlegt. Uns geht darüber folgender Bericht zu:

In der Sitzung vom 18. Februar d. J. befaßte sich das Schöninger Gewerkschaftskartell mit dem Streik auf der Chemischen Fabrik in Schöningen. Nach dem Streik sind in der kommunistischen „Niedersächsischen Arbeiterzeitung" (Hannover) mehrere Artikel erschienen, in denen der Leitung des am Streik beteiligten Deutschen Fabrikarbeiter-Verbandes die Schuld am Mißlingen des Streiks zugemessen wird. Es wird dabei von den Verfassern der Artikel in einer Weise vorgegangen, die nach Ansicht des Kartells ungemein schädliche Folgen für die Arbeitersache im allgemeinen und für die freien Gewerkschaften im besonderen haben müssen. Ferner enthalten sie Angriffe gegen den Vertreter des Fabrikarbeiter-Verbandes, die der Klärung bedürfen. Das Kartell hat daher einen Ausschuß gebildet, bestehend aus je drei Mitgliedern des Gewerkschaftskartells, der Streikleitung und der Kommunistischen Partei Deutschlands, der sich mit der Richtigstellung der zweifellos zu Unrecht erhobenen Anschuldigungen befassen soll.

Es ist dem Ausschuß natürlich nicht möglich, auf alle Einzelheiten der erhobenen Angriffe einzugehen. Es kann sich nur um die Richtigstellung der wesentlichsten Unrichtigkeiten in den Artikeln handeln.

In dem Artikel in Nr. 32 der „Niedersächsischen Arbeiterzeitung" wird zunächst gegen den Angestellten des Fabrikarbeiter-Verbandes, Genossen August Külbel, die Behauptung ausgesprochen: „In der Streikversammlung ließ er sich nicht sehen. Wahrscheinlich hatte er die Hosen voll . . ." Der Ausschuß stellt hierzu fest, daß diese Behauptung unwahr ist.

Den Vorwurf der Denunziation erklärt der Ausschuß als bei den Haaren herbeigezogen.

In Nr. 35 der „Niedersächsischen Arbeiterzeitung" wird der Vorwurf erhoben, daß Kollege Külbel als Vorsitzender des Gewerkschaftskartells und gleichzeitig als Vorsitzender der Streikleitung eine Kartellsitzung anberaumt habe, zu der er nur schwarzrotgoldene, nicht aber kommunistische Kartelldelegierte eingeladen habe. Diese, Külbel untergeschobene Maßnahme trifft nicht zu.

Es wird ferner behauptet, daß in der ersten Versammlung der Streikenden die organisierten und unorganisierten Streikenden gegeneinander gehetzt worden seien. Das Gegenteil trifft zu. Es bestand zwischen beiden Gruppen volle Einmütigkeit. Den unorganisierten Streikenden wurde so gut wie den organisierten Unterstützung zugesichert. Dieses Versprechen ist auch gehalten worden.

Im Gegensatz zu der Behauptung, daß die Streikleitung bei der Abstimmung über das Angebot des Direktors Klepp nicht geduldet wurde, ist festzustellen, daß die Streikleitung bei der Abstimmung zugegen gewesen ist. Die Abstimmung wurde vom Vorsitzenden der Streikleitung geleitet. Die nach eingehender Aussprache vorgenommene Abstimmung ergab, daß die Weiterführung des Streiks nicht möglich war.

Der Ausschuß stellt fest, daß die Stellungnahme der „Niedersächsischen Arbeiterzeitung" zum Schöninger Chemiestreik nirgends den Tatsachen entspricht und leider nur dazu geführt hat, Verwirrung in die Arbeiterschaft zu bringen. Von der Ortsleitung des Fabrikarbeiter-Verbandes ist nach Ansicht des Ausschusses alles zur Förderung der Interessen der Streikenden geschehen.

Die Unterzeichneten ersuchen daher die Schriftleitung der „Niedersächsischen Arbeiterzeitung", vorstehende Feststellungen in kürzester Frist zur Kenntnis ihrer Leser zu bringen. Sollte sie diesem Ersuchen nicht nachkommen, so sehen wir uns verpflichtet, die Berichtigung auf Grund der Bestimmungen des Pressegesetzes zu erzwingen.

Für die Streikleitung: Karl Heine, Brüggemann, W. Wolter.
Für das Gewerkschaftskartell: Franke, Kreger.
Für die Kommunistische Partei: Lieske, K. Wolter.

Viel ist diesem Bericht nicht hinzuzufügen. Ein kommunistisches Blatt wird von den eignen Genossen der Lüge überführt. Das ist festzuhalten. Und warum log das Blatt so? Um Parteigeschäfte zu machen. Der Zweck heiligt die Mittel. Da kommt es gar nicht darauf an, Sozialdemokraten zu verleumden und die Gewerkschaften zu schädigen. Das tun dieselben Leute, die jetzt wieder mit der Einheitsfronttrompete umherziehen. Kein Wunder, daß, wie alle Wahlen der letzten Zeit beweisen, immer mehr Arbeiter von solch schmierigen Seelenvergiftern abrücken. —

Achtung, Bücherkreismitglieder!

Bücherkreis

Friedrich Wendel

der Verfasser der ersten Buchgabe vom Bücherkreis, spricht am **Mittwoch den 11. März, abends 8 Uhr,** in der **Aula der Augustaschule, Listemannstraße 5,** über

Der Sozialismus in der Karikatur.

Pflicht eines jeden Mitglieds ist es, den Vortrag zu besuchen.

Bücherschau.

Die hier angeführten Werke sind in der Buchhandlung Volksstimme zu haben.

Edgar Hahnewald, **Die Reise nach Sylt, eine Elbfahrt.** Drittes Buch der Sammlung „Werk und Feier", Bücher von deutschem Land, deutscher Art und Arbeit. 88 Seiten mit 18 Abbildungen nach alten Stahlstichen, Steindrucken und Zeichnungen. Preis kart. 2,50 Mark. Karl Schünemann Verlag, Bremen. Drei junge Männer besteigen in Dresden einen Elbkahn, fahren vergnügt den Strom hinab, stecken ihre Nase in Wind und Wetter, begucken die Uferberge, die Wiesen, die Dörfer und Städte, krabbeln in Hamburg auf einen Seebäderdampfer und kommen seekrank in Sylt an. Dort bleiben sie ein paar Tage und dann geht's wieder nach Hause. Der Reiz dieser Miniatur-Entdeckungsreise liegt nicht in dem Was, sondern in dem Wie, es ist nämlich durchaus eine Entdeckungsreise. Die Mitglieder der Expedition kennen die Gebiete nicht, durch die sie schwimmen, kennen Hamburg nicht, kennen vor allen Dingen die See nicht. Indem Hahnewald nun ganz schlicht berichtet wie seine Sinne, wie sein Hirn das Neue aufnimmt, läßt er uns an dem Gestalten einer kleinen Welt teilnehmen. Man erlebt's mit inniger Freude. Nichts Krampfhaftes, viel Intimes; kein Vortäuschen großer Seelenerschütterungen, aber eine schöne Reihe mit hellen Augen erschauter Bilder. — **Arbeiterbewegung und Genossenschaften.** Von Hermann Fleißner. 2. Auflage, Band 2 der internationalen Genossenschaftsbücherei. Verlag: Thüringer Verlagsanstalt und Druckerei G. m. b. H., Jena. Preis 2 Mark. Der internationale Sozialistenkongreß in Kopenhagen und der sozialdemokratische Parteitag in Magdeburg im Jahre 1910 haben durch ihre Erörterungen und Beschlüsse über die Genossenschaftsfrage festgelegt, daß die Arbeitergenossenschaften (die Konsumvereine) ein wichtiges Hilfsmittel im Klassenkampf der Arbeiter sein sollen und können. Daraus ergibt sich die Notwendigkeit eines möglichst guten Einvernehmens zwischen den in Betracht kommenden Organisationen der Arbeiter und den Arbeiterkonsumvereinen. Zur Erzielung eines solchen und zu einer möglichst erfolgreichen Propaganda in diesem Sinne genügt jedoch der einfache Hinweis auf die erwähnten Beschlüsse nicht. Es ist vielmehr eine genauere Kenntnis der in Betracht kommenden Verhältnisse nötig. Diese Kenntnis will die vorliegende Schrift vermitteln helfen. — **Geschichte der Nationalökonomie und des Sozialismus** im Zusammenhang mit der Wirtschaftsgeschichte. Von Prof. Dr. V. Totomianz. Verlag: Thüringer Verlagsanstalt und Druckerei G m. b. H., Jena. Preis in Halbleinen gebunden 4 Mark. Prof. Dr. V. Totomianz hat durch mehr als 25 Jahre nicht nur führend und formend in die russische Genossenschaftsbewegung eingegriffen, sondern sich auch mit großem Erfolge darum bemüht, zwischen dieser Bewegung und der aller andern Länder den innigsten Kontakt herzustellen. Wie kaum ein andrer Vertreter der Genossenschaftsidee ist er mit der genossenschaftlichen Literatur und Praxis der ganzen zivilisierten Welt aufs beste vertraut. Sein Werk müßte deshalb auch bei uns freudige Aufnahme finden. — **Von der Faser zum Gewand.** Ein Blick in die Verarbeitung der Textilrohstoffe. Von Hans Wolfgang Behm. Mit 37 Abbildungen und einem farbigen Umschlagbild. Preis geheftet 1,20, gebunden 2 Mark. Franckhsche Verlagshandlung, Stuttgart. Das Büchlein beschreibt in den einzelnen Abteilungen den gesamten Werdegang und Weg zum Garn, Verarbeitung der Garne. Ausrüstung und Veredlung des Textilgewebes, vom Bleichen, Glanzsteigern, Färben und Bedrucken. — **Tierseele und Menschenseele.** Von Wilhelm Bölsche. Mit 7 Abbildungen im Text. Preis geh. 1,20, geb. 2 Mark. Franckhsche Verlagshandlung, Stuttgart. Eingehend behandelt Bölsche in seinem neusten Werke das Gesamtgebiet der Tierseelenkunde, er geht wieder an die alte Streitfrage, ob die Tiere tatsächlich Denkkraft besitzen oder nur instinktiv dahinleben. Zu diesem Zweck schildert er die Versuche von Prof. Köhler auf der Teneriffastation an neun Schimpansen während des Krieges und gelangt dabei zu ganz überraschenden Ergebnissen. — **Unbewußtes Seelenleben.** Die Psychoanalyse Freuds in ihren Hauptzügen. Von Hans Zulliger. Mit 20 Abbildungen. Preis geh. 1,20, geb. 2 Mark. Franckhsche Verlagshandlung, Stuttgart. Hans Zulliger hat sich der recht schwierigen Aufgabe unterzogen, das vielfach angefochtene und mit Mißtrauen kritisierte Thema gemeinverständlich und anschaulich darzustellen. Eine originelle Ergänzung des Textes sind die 20 Abbildungen, die hauptsächlich die Uebereinstimmung der Symbolik bei Kindern, Geisteskranken und Primitiven illustrieren und viel eindrücklicher wirken als langatmige Auseinandersetzungen. — **Das Zimmergartenbüchlein.** Eine Anleitung zur Pflege und Anzucht der Zimmerblumen von Bruno Schönfelder, mit 8 Tafeln und 30 Abbildungen im Text. 1,20, geb. 2 Mark. Franckhsche Verlagshandlung, Stuttgart. Jeder Blumenfreund, der seine Pfleglinge gut warten will, sollte deshalb das billige nützliche und dazu sehr gut ausgestattete Buch kaufen, er wird es nicht bereuen. — **Die chronische Darmschwäche,** das Grundübel des Kulturmenschen, ihr Einfluß auf alle Körperfunktionen und ihre Heilung. Von Dr. med. Paczkowski. Preis 1 Mark. 10. Aufl. Hof-Verlagsbuchhandlung Edmund Demme, Leipzig. — **Fürst Bismarck und der Antisemitismus.** Von Josef Popper-Lynkeus. R. Löwit-Verlag, Wien. 154 Seiten, brosch. 3,50, Halbl. 4,50 Mark. Popper-Lynkeus, der Vorkämpfer für Humanität, hält Gericht über die kulturfeindlichen, ökonomischen und politischen Grundlagen des Antisemitismus. Anschließend an eine Aeußerung des Fürsten Bismarck führt er uns die Entwicklung des Antisemitismus in Deutschland vor. Bismarck wollte die „sozialistische Strömung" auf den „antisemitischen Draht" leiten und betonte deshalb besonders stark die christliche Grundlage des deutschen Staates. Aus dieser Haltung Bismarcks ist das plötzliche Anschwellen und die immer stärkere Verbreitung des Antisemitismus in Deutschland zu verstehen. Popper-Lynkeus appelliert an das Gerechtigkeitsgefühl aller Gutgesinnten und weist Punkt für Punkt die Unhaltbarkeit der Angriffe gegen die Juden nach. — **Bücherverzeichnis der Verlagsbuchhandlung Quelle u. Meyer,** Leipzig. In einem stattlichen Bändchen von mehr als 250 Seiten gibt der bekannte Verlag eine Uebersicht seiner Verlagswerke, die sich erstrecken auf Zeitschriften, Sammelwerke, schöne Literatur, wissenschaftliche Werke, einschließlich Kunst- und Musikwissenschaft, Pädagogik, Sprachen, Lehrmittel, Technik, Stenographie, Mathematik und Rechnen. Eine Ueberfülle geistigen Lebens ist hier vor uns ausgebreitet. —

Bei Gicht und Rheumatismus trinken Sie zur Ausscheidung der Harnsäure den bewährten **Teplitzer Tee.** Mark 1.25 2.00. Hof-Apotheke, Breiter Weg 158

Vertausche 3-Z.-Whg. in Buckau nach Neustadt, Sudenburg od. Ottersleben. Meier, Große ...str. 2.

Zigarrengeschäft flotte Sache, weg Krankh., für 1500 M zu verk.

Gemüsekeller gute Existenz für 30 M. Hohmann, Kaiserstraße 7.

Kein Visavis

Leihhaus Peters Neuer Weg 14. Höchste Beleihung, An- und Verkauf von Betten und Wäsche.

Kanarien fehler! Hohlrollen, Hähne, ... 80 M. Flugbauer u. Harzer Bauer. Rich. Schäfer, ...

Schäferhund (Hündin) zu verk. bei Rohde, Wilhelmstadt, Schrotestraße 55.

Spottbillige Federbetten Bettstücke 13.00, 16.00, 21.00, 25.00 Mark an, äußerst vollst. Betten von 40.— M. an, einzelne Kissen 4.50, 5.0 Mark. Freundliche Bedienung. Ansicht gern gestattet. 742
Max Eckstein jr. König hofstr. 5a Nahe Alter Markt.

Herkeller zahlt 190 Mark, wenn Rampolda nicht ... **Läuse** ... Kleider, ... vertilgt. Keine Wanze mehr. ... Rampolda ... Drogenh. Grünewald, Neustädter Str. 25 u. ... Breiter Weg 253, ... Str. 34.

Seriöser **Anzeigen-Vertreter** von Berliner Zeitschriften-Verlag für sofort gesucht. Offerten unter A W 1 an die Expedition der „Volksstimme" Magdeburg erbeten.

Von größerer Maschinenfabrik Westfalens werden zu sofortigem Antritt **Schmiede** gesucht. Schriftliche Bewerbungen mit Zeugnisabschriften erbeten unter L G 482 an „Ala" Haasenstein & Vogler, Leipzig. 731

Etuimacher-Lehrling und **kaufmännisch. Lehrling** stellen ein 737 **Büchner-Werke, A.-G.** Etui- u. Musterkofferfabrik — Magdeburg-Cracau. —

Lehrling f. Architekturbureau z. 1. April 1925 gesucht. Bedingung: ... Schulzeugnisse ... Schriftliche Angebote mit ... Vorstellung nachmittags zwischen 5 und 6 Uhr. Regierungsbaumeister **Paul Schaeffer** ... Magdeb., Kölner Str. 6

Jedes Buch besorgen wir in kurzer Zeit — **Buchhandlung Volksstimme,** Große Münzstraße 3.

Brautpaar sucht leer. Zimmer in Magdeburg od. ... Offert. unt. B 720 an die Exped. d. „Volksst.".

Tanzunterricht Burg. Donnerstag, 12. März, abends 8 Uhr, beginnt in Hansen Festsälen, Berliner Str., ein **Tanzlehrkursus** Herren zahlen 20 M., Damen 15 M. Ratenzahlungen gestattet. Vorherige Anmeldung in diesem Lokal erbeten. 733 **Walter Kiel, Tanzlehrer** Magdeburg, Otto-von-Guericke-Str. 23.

SOEBEN ERSCHIENEN:
DIE GEMEINDE
HALBMONATSSCHRIFT FÜR SOZIALISTISCHE ARBEIT IN STADT UND LAND
2. JAHRGANG — HEFT 5
AUS DEM INHALT
Kommunale Gefährdetenfürsorge (Von Louise Schröder, M. d. R.) Richtlinien zum Haushaltsplan (Von Stadtrat Paul Fischer, Strausberg) Der Haushaltsplan einer Landgemeinde (Von Erich Gierke, Ladeburg)
Bücherschau / Gesetzgebung / Rechtsprechung
Aus den Gemeinden / Notizen
Mit Anhang: Schule
Sozialistische Schulpolitik in der Gemeinde (Von Stadtrat Dr Kurt Löwenstein, Neukölln) Zeitgemäße Schulreform (Von Ernst Schermer, Lübeck) Die ländliche Schule (Von R. G. Haebler, M. d. badischen L.) Neuregelung der Schullasten (Von Bürgermeister C. Stoll, Fürstenwalde)
Zu beziehen durch:
Buchhandlung Volksstimme

Amtliche Bekanntmachungen

Bekanntmachung.
Die Gewerbesteuer für den Monat März d. J. ist bis einschließlich 17. d. M. an die hiesige Kämmereikasse zu zahlen. Formulare zur Voranmeldung können von der Polizei abgeholt werden.
Vom 18. d. M. an werden die gesetzlichen Verzugszuschläge erhoben.
Tangermünde, den 6. März 1925.
Der Magistrat. Dr. ...

Achtung! Ausnahmepreise in Stoffen Neu eingeführt:
Ia. Gabardine für Mäntel Anzüge und Kostüme, alles 140 cm breit . . . 22.00 18.00 14.00 8.5 6.00
Ia. Herrenanzugstoffe in versch. Farben u. Qualität 12.60 10.00 6.00 4.00 2.20
Ia. Nadelstreifen 140 cm br., schwz., braun, blau . 4.95
Ia. Manschester grau und oliv 4.50 3.50 2.50
Hosenstreifen feine Ware 14.00 12.00 6.00
Anzüge in versch. Qualit., prima Verarb. 52.00 45.00 32.00 22.00
Breeches- u. lg. Hosen 15.0 12.00 9.00 7.00 3.25
Windjacken . . 16.90 13.90 11.90 9.75
Manschesteranzüge 42.00 35.00 29.00 25.00
Kinder-Manschesteranzüge 18.00 15.00 11.75
Monteur-Anzüge . . . 12.00 8.00 5.50
Herren- u. Damen-Gummimäntel doppelt gummiert 35.00 25.00 16.00
Konfirmanden-Anzüge in versch. schönen Preislagen.
Großes Lager, reiche Auswahl in
Wallachs Bekleidung
20 Lödischehofstr. 20
Achten Sie auf die Nummer! Zahlungserleichterung.

Früh sät man Mohn!
Aus aller ertragreichster Sorten: ... Weiß-, Graumohn, offene oder geschlossene ... für Klein- und Großanbau. Senden Sie Postkarte mit Angabe der Anbaufläche ...
Gebr. Fricke, Oelmühle, Eilsleben (Bezirk Magdeburg). Telephon 453.

Umpreßhüte neuste Formen, anerkannt gut und billig
M. Silberberg, Buckau, Thiemstr. 16, Blauebeilstraße 1a. 400

Kein Laden. Möbel evtl. Teilzahlung.
Biete an schwere Schlafzimmer, Gr. 180 breit, Kommodenschr., Waschtoilette m. geschl. Spiegel, echt Marmor. Betten auf Sockel gearbeitet, Nachtschränkchen m. echt Marmor, kompl. 500 M., Speise-, Herrenzimmer, lackierte Küchen, sowie alle Einzelmöbel billig in
Möbellager Brennecke, Magdeburg-Werder, Gartenstraße 35, part. vis-à-vis Viktoria-Theater.

Magdeburger Angelegenheiten.

Magdeburg, den 10. März 1925.

Auf zur Wahlarbeit!

Genossen und Genossinnen!

Die Reichspräsidentenwahl steht vor der Tür. Am Sonntag den 29. März soll die Entscheidung gefällt werden. Nur wenige Wochen stehen uns zur Vorbereitung zur Verfügung. Es muß schnell gehandelt werden. Deswegen brauchen wir mehr Wahlhelfer, als das bei der letzten Wahl der Fall gewesen ist.

Die Partei hat einen eignen Kandidaten aufgestellt. Das bedeutet für uns, die letzten Kräfte im Wahlkampf heranzuziehen. Jeder einzelne muß sich in den kommenden Wochen in seinem Stadtteil zur Werbearbeit zur Verfügung stellen.

Schon heute und in den nächsten Tagen finden überall Funktionärsitzungen statt, die sich mit der Reichspräsidentenwahl beschäftigen. Alle Wahlhelfer und Helferinnen werden dringend ersucht, an diesen Sitzungen teilzunehmen.

An die Arbeit! Es geht um jede einzelne Stimme.

Der Vorstand.
J. A.: O. Winzer.

Die Stadtbank.

Der Magistrat hat in seiner Sitzung am 9. März zu den Anwürfen gegen die Stadtbank und deren Leiter Stellung genommen und folgende Beschlüsse gefaßt:

1. Das Gesuch des Herrn Direktors Mendelson, ihn während der Dauer der gegen ihn geführten Untersuchung zur Disposition zu stellen, wird abgelehnt, nachdem Direktor Mendelson auf persönliches Befragen zuvor erklärt hat, daß er bereit sei, auch weiterhin die Geschäfte der Stadtbank zu führen.

2. Der Magistrat beantragt bei der Stadtverordneten-Versammlung die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses, der aus Mitgliedern des Magistrats und der Stadtverordneten-Versammlung bestehen soll. Dem Ausschuß gehören die Magistratsmitglieder Trenkmann, Petzall, Finke und Beims an.

3. Die Veröffentlichungen über die Einzelkredite in Nr. 122 der „Magdeburgischen Zeitung" sind nur durch groben Vertrauensbruch ermöglicht worden. Die Untersuchung zum Zwecke der Feststellung ist sofort durchzuführen.

4. Der Magistrat setzt sich für eine restlose Aufklärung aller gegen die Stadtbank vorgebrachten Anschuldigungen ein. Er wird die Untersuchung rückhaltlos und schleunigst durchführen.

5. Nach Beendigung der Untersuchung wird der Oeffentlichkeit ein detaillierter Bericht erstattet werden.

Diese Beschlüsse so wird vom Magistrat weiter mitgeteilt, sind gefaßt worden, nachdem der Sparkassenvorstand durch Herrn Bürgermeister Paul dem Magistrat eingehend Bericht erstattet hat. Der Magistrat hat kein persönliches Interesse an Herrn Mendelson, er will aber auch nicht ein Urteil gegen diesen Beamten aussprechen, bevor nicht in unparteiischer und gründlicher Weise die gegen Mendelson gerichteten Anschuldigungen untersucht worden sind.

In der Verhandlung ist festgestellt worden, daß die „Magdeburgische Zeitung" in ihrer Nr. 122 die Entgegnung des Sparkassenvorstandes auf ihre Angriffe nur zu einem Teile wiedergegeben hat. Die wichtigen Punkte 8, 9 und 10 hat die „Magdeburgische Zeitung" ihren Lesern vorenthalten. Diese Sätze enthielten für die sachliche Wertung der Anklagen der „Magdeburgischen Zeitung" die wichtigsten Mitteilungen. Man kann danach annehmen, daß es der „Magdeburgischen Zeitung" weniger darauf ankam, eine sachliche Darstellung der tatsächlichen Lage zu geben, als vielmehr darauf, Sensation zu erregen. Die „Magdeburgische Zeitung" hat Einzelkreditgewährungen besprochen und dabei in eindeutiger Form einwandfreie Geschäftsverbindungen Magdeburger Gewerbetreibender mit der Stadtbank vor die Oeffentlichkeit gezerrt. Es dürfte genügen, diese Tatsache festzustellen.

Die Magdeburger Stadtbank hat unter der Leitung des Herrn Mendelson einen sehr raschen Aufstieg genommen. Sie hat in vielen Fällen Magdeburger Gewerbetreibenden und Industriellen Hilfe gewährt in einer Zeit, in der andre Bankinstitute versagten. Daß bei der starken Inanspruchnahme des Leiters der Stadtbank Fehler vorgekommen sein können, ist nur zu begreiflich. Es wird Sache der Untersuchung sein, das Geschäftsgebaren der Stadtbank bis in die letzten Einzelheiten hinein zu klären. Sobald dem Magistrat das Resultat dieser Untersuchung vorliegt, wird er von sich aus die Folgerungen ziehen. —

Nationale Streikbrecher.

Vom Deutschen Eisenbahnerverband wird uns geschrieben:

Montag gegen 7 Uhr abends ließ die Eisenbahndirektion Magdeburg im Posttunnel am Hauptbahnhof (Kellerräume) die sogenannte Technische Nothilfe antreten. Der stellvertretende Amtsvorstand des Stationsamts Hauptbahnhof musterte mit scharfem Blicke die Versammelten und ordnete an, daß sie in unauffälliger Weise in mehreren Gruppen den Sammelplatz zu verlassen und auf verschiedenen Umwegen das Unterrichtszimmer im Hauptbahnhof als Versammlungslokal aufzusuchen haben. Der Befehl wurde durchgeführt. Wie böse Geister schlichen sich etwa 120 mit Hakenkreuz, Stahlhelm, Jungstahlhelm, Totenkopf usw. geschmückte 18- bis 22jährige Jünglinge nach dem Versammlungslokal hin. Sogar die Kellerräume und Kellerdurchgänge wurden benutzt. Im Versammlungslokal wurden zunächst drei Gruppenführer aufgerufen, denen je eine Gruppe von etwa 40 Mann zugeteilt wurde. Alsdann wurden diese lichtscheuen Gestalten verpflichtet, alles, was die Verwaltung anordnet, gehorsam durchzuführen. Als Gegenleistung wurde ihnen die höchste Belohnung und die beste Verpflegung zugesagt. Darauf rückten die drei Gruppen ab, und zwar je eine nach den Eisenbahn-Betriebswerken Magdeburg-Hauptbahnhof, Magdeburg-Rothensee, Magdeburg-Buckau.

Welche Arbeitsverrichtungen diese Leute in den benannten Dienststellen übernehmen sollen, will uns nicht recht klar werden. Alles dies geschieht unter den Augen und der Leitung von Amtspersonen der Reichsbahnverwaltung. Wie diese „Logik" mit der Amtsblatt-Verfügung Nr. 162 im Amtsblatt vom 6. März 1925 in Einklang zu bringen ist, bleibt für uns zunächst ein Rätsel. Zum bessern Verständnis lassen wir folgende Tatsachen sprechen: In dem Augenblick, wo die angezogene Amtsblatt-Verfügung auf der einen Seite bis zur schärfsten Konsequenz, d. h. gegen die Republikaner, durchgeführt wird, duldet man, daß Stahlhelmer, Hakenkreuzler, Totenkopfmenschen, Jungdo und Jungstahlhelm in Horden in den Eisenbahnbetrieben ihre Abzeichen demonstrativ tragend, in den Eisenbahndienst aufgenommen werden. Die Verfügung selbst lautet:

Durch den Erlaß vom 27. Februar — E. II. 21. Nr. 339/23, veröffentlicht durch Amtsblatt-Verfügung Nr. 377/23 war das Tragen von Abzeichen politischer Art (Hakenkreuz, Sowjetstern, farbige Schleifen usw. im Dienst allgemein untersagt werden. Wir machen darauf aufmerksam, daß zu diesen Abzeichen politischer Art auch das Stahlhelmabzeichen, das Abzeichen des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold und das Abzeichen des Jungdeutschen Ordens gehören. Ihr Tragen im Dienst (auch im Bureaudienst) ist daher allgemein verboten. (50. 204. 1. vom 8. Januar 1925 und 50. 204. 71 vom 9. Februar 1925), (I. 3. P. 4. 47 und 204 vom 21. 2. 25).

Außerdem konnten wir auch beobachten, daß der so oft in der Oeffentlichkeit besprochene Panzerzug (genannt Schutzwagenzug) ausgerüstet und unter Dampf gesetzt ist, ferner, daß er von Stahlhelmern und Hakenkreuzlern als Bedienung besetzt ist. Auch ist festgestellt, daß dieselben Leute als Zugbegleitpersonal eingeteilt sind, und schon jetzt Streckenkenntnis sammeln sollen. Dafür erhalten sie pro Nacht 10 Mark Entschädigung, äußerdem freie Verpflegung (Zigarren und „Stahlhelmtropfen").

An die Reichsbahn-Hauptverwaltung richten wir hiermit die öffentliche Anfrage, ob das hier geschilderte Vorgehen der Reichsbahndirektion Magdeburg geduldet wird. Es ist geradezu ein Skandal, daß die Hauptverwaltung sich weigert, den Arbeitern und Beamten, die ihr ganzes Leben in ehrlicher und aufrichtiger Arbeit der Eisenbahn geopfert haben, von der gesamten Oeffentlichkeit anerkannte Forderungen auf Verbesserung der Lebenshaltung zu bewilligen, während auf der andern Seite für Experimente, deren schädliche Auswirkung für den Eisenbahnbetrieb zunächst unübersehbar ist, Unsummen hinausgeworfen werden!

Sozialdemokratische Partei

Bezirk Neue Neustadt. Am Dienstag den 10. März, abends 8 Uhr, Mitgliederversammlung im „Wintergarten". Vortrag über Kleingartenfragen. Referent: Stadtverordneter Dähnis. Garteninteressenten sind hierzu freundlichst eingeladen.

Bezirk Süd. Am Dienstag den 10. März, abends 8 Uhr, Mitgliederversammlung im „Belvedere". Referent: Reichstagsabgeordneter Frenzel.

Bezirk Sudenburg. Am Dienstag den 10. März, abends ½8 Uhr, Funktionärsitzung im „Kaiserhof", Lutherstraße.

Bezirk Alte Neustadt. Am Mittwoch abend 8 Uhr Funktionärsitzung bei Winter, Rogätzer Straße.

Bezirk Alte Neustadt. Am kommenden Donnerstag abend 8 Uhr Frauen-Unterhaltungsabend bei Winter.

Bezirk Buckau. Am kommenden Donnerstag abend 8 Uhr Funktionärsitzung bei Meier, Weststraße.

Bezirk Wilhelmstadt. Am kommenden Donnerstag abend 8 Uhr Funktionärsitzung bei Schulze, Friesenstraße 52. — **Frauenversammlung** am kommenden Mittwoch bei Schulze.

Bezirk Rothensee. Am kommenden Freitag abend 8 Uhr Funktionärsitzung bei Jenrich.

Bezirk Westerhüsen. Am kommenden Freitag abend 8 Uhr Funktionärsitzung bei Hoffmeier.

Bezirk Fermersleben. Am kommenden Freitag abend 8 Uhr Funktionärsitzung bei Kunze.

Ortsausschuß für Arbeiterwohlfahrt. Am kommenden Freitag abend ½8 Uhr Sitzung im Parteibureau.

Achtung, Wahlhelfer! Die Wahlhelfer vom 7. Dezember und auch Genossen, die sich bei dieser Wahl zur Verfügung stellen wollen, nehmen an den obigen Sitzungen teil.

Achtung, Betriebsobmänner! Wir ersuchen, sofort Wahlfondslisten aus dem Sekretariat abzuholen.

Zu hohe Erwerbslosenunterstützung?

Die Magdeburger Arbeitgeber wollten bekanntlich bei der letzten Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung, die am 9. Februar d. J. in Kraft trat, ihren Einfluß im Verwaltungsausschuß des Arbeitsamts dahin geltend machen, daß die Sätze nicht in der zulässigen Höhe zur Auszahlung kommen sollten. Sie glaubten schon voraussehen zu können, daß bei den hohen Unterstützungssätzen kein Mensch mehr Lust zum Arbeiten habe, da der Erwerbslose ja ohne Arbeit fast oder sogar ebensoviel wie bei voller Arbeitsleistung an Einkommen beziehe. Nachdem aber der Verwaltungsausschuß doch die Höchstsätze anerkannte, ist jetzt zur Sache folgendes zu sagen:

Nach den veröffentlichten Berichten des hiesigen Arbeitsamts sind in der Woche vom 10. bis 16. Februar 35 770 Mark an 3723 Unterstützungsempfänger verausgabt worden. Danach entfällt im Durchschnitt auf jeden Empfänger die runde Summe von 9,60 Mark pro Woche. Zurzeit beträgt die niedrigste Unterstützung für die alleinstehende Person, also ohne jeden Zuschlagsempfänger, 8,10 Mark pro Woche. Die höchstzulässige Unterstützung, die erreicht werden kann mit Ehefrau und vier Kindern, beträgt pro Woche 19,50 Mark. Der Durchschnitt dieser beiden Zahlen liegt bei 13,80 Mark. Der tatsächlich gezahlte Durchschnittssatz ist also um 4,20 Mark bei jedem Unterstützungsempfänger niedriger als der rein rechnerisch anzunehmende Durchschnitt der Unterstützungssätze überhaupt. Das beweist, daß die Magdeburger Erwerbslosen in weitaus meisten Fällen entweder alleinstehend oder nicht kinderreich sind. Auf der andern Seite kann aber auch der größte Feind der Erwerbslosenfürsorge nicht daraus folgern, daß die Unterstützung ein besonderer Anreiz zum Nichtstun wäre oder daß das Wirtschaftsleben Magdeburgs durch die „hohen Prämien auf Nichtstun" in Gefahr geraten könnte.

Die Zahl derer also, die auf Grund ihrer schlechten sozialen Lage 15 bis 19,50 Mark Erwerbslosenunterstützung beziehen, muß verhältnismäßig sehr gering sein. Aber gerade das Gegenteil hatten oder mußten die Arbeitgeber gedacht haben, als sie die Kürzung der höchsten Unterstützungssätze verlangten. Besonders die Metallindustrie mußte aus Erfahrung wissen, wieviel Arbeitskräfte ihr trotz der Unterstützung täglich zur Verfügung stehen. Sie konnte auch schon bei den frühern Unterstützungssätzen feststellen, daß Tausende selbst bei Kurzarbeit mit einem bedenklich sich einer Unterstützung ähnelnden Verdienst ihre Arbeitsstätte behielten. Sie mußte also den Arbeitswillen unbedingt kennen, der trotz erheblicher Mindereinnahmen bei den Arbeitern vorhanden war. Daß nicht die Erwerbslosenunterstützung zum Nichtstun reizt, sondern in erster Linie der Wille zur Arbeit vorherrscht.

Allerdings haben die Arbeitgeber recht, wenn sie die Annäherung der Unterstützung bei kinderreichen Familien an den tariflichen Verdienst einzelner Arbeitnehmergruppen feststellen. Gewiß wird es da vorkommen können, daß z. B. ein ungelernter Arbeiter mit Frau und fünf oder mehr Kindern bei Erwerbslosigkeit 19,50 Mark an Unterstützung bezieht, während er in seinem Berufe vielleicht nur 25 Mark Wochenlohn erhalten hätte. Sollen aber deshalb diesem wirtschaftlich stark belasteten Erwerbslosen die nicht einmal zum Lebensunterhalt ausreichenden 19,50 Mark noch gekürzt werden, nur weil die Unterstützung dem Verdienste bedenklich nahe kommt? Wer kann behaupten und beweisen, daß 25 Mark pro Woche die Existenz solcher Familie ermöglichen? Die Kürzung der 19,50 Mark kann auch unmöglich deswegen erfolgen, weil der Arbeitgeber eine Gefährdung des Wirtschaftslebens aus dem vorher Gesagten folgern könnten, woran natürlich in Wirklichkeit bei einiger Ueberlegung kein Mensch denken kann und wird.

Was machen übrigens solche Erwerbslose, die es auch vereinzelt gibt, die außer der Ehefrau mit mehr als vier Kindern „gesegnet" sind? Nach den Anordnungen in der Erwerbslosenfürsorge, wonach eine Zahl von über vier Kindern bei der Unterstützung nicht in Betracht kommt, besteht hier wohl ein gesetzwidriger Zustand? Klingt hier nicht ein Vorwurf für die Kinderreichen heraus? Gibt es nicht Erwerbslose, die in ihrem Berufe ein monatliches Einkommen von 200 Mark hatten und zufällig sieben oder acht Kinder ihr eigen nennen? Die zwar auf Grund ihres erhöhten Einkommens ihre erhöhten Beiträge bezahlen mußten, jetzt aber nur für vier Kinder Unterstützung beziehen können?

Aus alledem ist zu ersehen, daß trotz der von Arbeitgeberseite beanstandeten Höchstsätze keinerlei Befürchtungen von dieser Seite eine Grundlage haben. Allerdings haben anscheinend die hohen Behörden doch endlich eingesehen, daß auch ein Erwerbsloser schließlich ein Recht zum notdürftigsten Leben hat und deshalb die Unterstützungssätze mehr dem notdürftigsten Lebensunterhalt anzupassen sind. Würden in Zukunft auch die Arbeitgeber mehr denn bisher einsehen, daß die Hergabe einer Arbeitskraft mehr einbringen muß, als der notdürftigste Lebensunterhalt bedingt, so werden sie von einer Gefährdung des Wirtschaftslebens durch zu hohe Erwerbslosenunterstützung erst recht nicht mehr zu reden brauchen. —

Die Reichspräsidentenwahl

erfordert finanzielle Mittel.

Die Partei kämpft für ihren eignen Kandidaten. Es gilt alle Kräfte zu sammeln, deshalb zeichnet zum Wahlfonds! Gelder zum Wahlfonds nehmen alle Betriebsobmänner auf Listen entgegen, ebenfalls nimmt das Parteibureau, Große Münzstraße 3, Wahlfondsbeiträge entgegen. —

Der Kinobesuch Jugendlicher.

In einer Kleinen Anfrage deutschnationaler Abgeordneter im Preußischen Landtag wurde das Staatsministerium gefragt, ob es ihm bekannt sei, daß die meisten Kinos, deren Besuch den Jugendlichen untersagt ist, diesen tatsächlich in vielen Fällen ungehinderten Zutritt gewähren, und ob das Staatsministerium bereit sei, in genügendem Umfange zur Einhaltung des Besuchsverbots eine polizeiliche Kontrolle durchzuführen. Wie der „Amtliche Preußische Pressedienst" mitteilt, gibt der Minister des Innern darauf die folgende Antwort:

Der § 3 des Lichtspielgesetzes vom 12. Mai 1920 kennt keine Kinos, deren Besuch den Jugendlichen untersagt ist, sondern nur Bildstreifen, zu deren Vorführung Jugendliche unter 18 Jahren nicht zugelassen werden dürfen. Es ist dem Staatsministerium bekannt, daß die Jugendlichen, zumal in den Großstädten mit ihren zahlreichen Lichtspieltheatern — deren Zahl in Berlin zurzeit 330 beträgt — sich mit allen Mitteln unerlaubterweise Zugang zu Lichtspielvorführungen zu verschaffen wissen, deren Besuch ihnen nicht gestattet ist. Den Polizeibehörden ist bereits durch die Ausführungsanweisung des preußischen Staatsministeriums vom 1. März 1923, Abschnitt II Nr. 7, eine regelmäßige Kontrolle der Lichtspieltheater zur Pflicht gemacht; doch kann nicht jede Lichtspielvorführung dauernd polizeilich überwacht werden. —

— **Die Arbeitsgemeinschaft freigeistiger Verbände,** Bund der freien Schulgesellschaften, Sozialistische Arbeiterjugend und Arbeiterverein Kinderfreunde veranstalten **am 14. März, abends 8 Uhr,** in der Aula der Luisenschule, Breiter Weg, eine große öffentliche Protestversammlung gegen das bayrische Konkordat. Der Redner des Abends, Genosse Professor Dr. Riemann (Leipzig), Mitglied der Zentralleitung des Deutschen Monistenbundes, wird die Frage in seinem Referat über „Freidentertum und Reaktion" eingehend behandeln. Eintrittskarten zu 30 Pfg. sind in der Buchhandlung Volksstimme, dem Parteisekretariat, in den Geschäftsstellen des Arbeitervereins Kinderfreunde und des Vereins der Freidenker für Feuerbestattung sowie bei allen Funktionären der der Arbeitsgemeinschaft angeschlossenen Verbände zu erhalten. —

— **Was ist der Naturheilgedanke?** In einem Vortragsabend der Naturheilvereine Prießnitz-Kneipp und Wilhelmstadt hielt Frau Hygienikerin Martha Scherz (München) einen Vortrag über „Wesen und Aufgabe der Naturheilkunde". Der Naturheilgedanke ist ewig jung. Er verdichtet sich immer mehr in der Naturheilbewegung. Die Anhänger der Bewegung haben die Verpflichtung übernommen, die Lehren der Naturheilkunde weiter auszubreiten und zum Gemeingut weiter Kreise zu machen. Zum andern will die Naturheilkunde die Volksgesundheit im allgemeinen heben. Große Aufgaben sind der Naturheilbewegung noch vorbehalten. Die Rednerin gab dann noch Anweisung zur persönlichen Gesundheitspflege und wertvolle Fingerzeige für die verschiedensten Anwendungsformen der Naturheilkunde. Die Bedeutung der turnerischen und gymnastischen Uebungen für die Erhaltung eines gesunden Körpers wurde besonders hervorgehoben. —

— **Verstärkung des Kabelnetzes des Elektrizitätswerks.** Infolge der steigen Zunahme des elektrischen Stromverbrauchs insbesondere im Geschäftsviertel der Altstadt müssen, wie wiederholte Messungen ergeben haben, an verschiedenen Stellen Verstärkungen der Transformatoren und Kabel erfolgen, da sonst eine Gewähr für die Betriebssicherheit des Netzes nicht mehr vorhanden ist. Der Magistrat hat der Stadtverordneten-Versammlung eine Vorlage zugehen lassen, die im einzelnen folgende Arbeiten vorsieht: Auf dem Breiten Wege wird im Zusammenhang mit den Pflasterarbeiten eine Trennung des Hoch- und Niederspannungskabelnetzes vorgenommen. Notwendig ist die Aufstellung von 4 neuen Transformatorsäulen, da in den vorhandenen eine Verstärkung der Transformatoren wegen Raummangels unmöglich ist. Im Zusammenhang damit muß auch die Verlegung eines neuen Hochspannungskabels von der Großen Schulstraße bis zum Staatsbürgerplatz erfolgen. Der Transformator und die Schalteinrichtung in der Säule an der Ulrichskirche genügen ebenfalls den Anforderungen nicht mehr. Eine Vergrößerung der Schalteinrichtung ist wegen Raummangels nicht möglich. Auf dem Platze an der Nordseite der Ulrichskirche soll ein eisernes Schalthäuschen errichtet werden, in welchem zwei Transformatoren mit je 75 kVA-Leistung und eine größere Hochspannungs-Schalteinrichtung untergebracht werden. Die bisherige Transformatorensäule an der Ulrichskirche wird eingezogen und an andrer Stelle Verwendung finden. Des weitern ist festgestellt worden, daß im Niederspannungsnetz eine Anzahl Kabel überlastet sind. Sie sollen durch Verlegungen und Verstärkung entlastet werden. Die Gesamtkosten der Vorlage betragen 51 600 Mark, die Stadtverordneten-Versammlung am Donnerstag bewilligen soll. —

— **Modernisierung im Bureaubetrieb des Magistrats.** Für die Bureaus der Steuerverwaltung sollen zur Vermeidung von Personalvermehrungen Adressier- und Rechenmaschinen beschafft werden. Die Stadtverordneten-Versammlung soll zur Beschaffung und zu den Kosten von 21 000 Mark ihre Zustimmung geben. —

— **Neuerungen im Theaterbetrieb.** Bei der Erzeugung von Bühnendampf benutzt man im Theaterbetrieb neuerdings chemische Dampfapparate. Im Interesse des Stadttheaterbetriebs ist die Beschaffung von drei Dampftöpfen notwendig. Der Magistrat ersucht die Stadtverordnetenversammlung, die Kosten in Höhe von zusammen 900 Mark zu bewilligen. —

— **Frauenversammlung in Lemsdorf.** Am Montag fand eine Frauenversammlung statt, in der Genosse Holle einen sehr lehrreichen Vortrag über Fragen des Sozialismus hielt. Leider war die Versammlung nur mäßig besucht. Es ist daraus zu ersehen, daß die Frauen immer noch nicht lebhafteres Interesse für unsre Idee aufbringen. Nach den Vortrag brachte Genosse Holle noch verschiedene Gedichte zum Vortag. Wir geben uns der Hoffnung hin, daß die Parteigenossinnen auf ihre Rechnung gekommen sind und daß nächstes Mal die Versammlung besser besucht sein wird. —

— **Der Sozialismus in der Karikatur.** Am Mittwoch abend 8 Uhr spricht in der Aula der Augustaschule, Listemannstraße, der Schriftsteller Genosse Friedrich Wendel in einem Lichtbildervortrag des Arbeiterbildungsausschusses über dieses Thema. Eintritt 20 Pfennig. —

— **Ablauf der Frist zur Zahlung des Schulgeldes.** Die Frist zur Zahlung des Schulgeldes für die städtischen höheren Lehranstalten und Mittelschulen läuft mit dem 17. d. M. ab. Spätere Zahlungen sind gebührenpflichtig. Vom 18 bis 21. März ist die Schulkasse geschlossen. Vom 23. bis Ende März werden Zahlungen in der Schulkasse unter Hinzurechnung der Gebühren angenommen. Nach dem 3. März erfolgt kostenpflige Beitreibung.

— **Frauenabend in Buckau.** Am Sonnabend fand ein heiterer Frauenabend statt. Er wurde von Jugendgenossen mit Klavierspiel und Gesang, durch einige Lieder zur Laute und durch Rezitationen ausgefüllt. Das Quintett Vineta wirkte durch Mandolinenkonzert mit. Genosse Dörner bat um ebenso zahlreichen Besuch für die Vortragsabende. Ein gemütliches Beisammensein mit Tanz gab dem Abend einen schönen Abschluß. —

— **Wahlfreier Unterricht in der Kurzschrift an den höheren Schulen.** Es sind Zweifel darüber entstanden, nach welchem System der wahlfreie Unterricht in der Kurzschrift an den höheren Schulen zu erteilen ist. Nachdem durch den Erlaß vom 19. Oktober 1924 der Erlaß vom 7. August v. J. aufgehoben worden ist, besteht, wie der „Amtliche Preußische Pressedienst" einer Verfügung des Ministers für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung an die Provinzialschulkollegien entnimmt, nach wie vor völlige Freiheit in der Auswahl des Systems. Selbstverständlich kann daher jetzt schon Unterricht in der Einheitskurzschrift erteilt werden. Soweit geeignete Lehrer dafür vorhanden sind, ist ein solcher Unterricht wegen der Erfahrungen, die er zu sammeln gestattet, sehr erwünscht. Der Zeitpunkt, von dem ab nur noch die Einheitskurzschrift gelehrt werden darf, wird noch festgesetzt werden. —

— **Befreiung der Vororte vom Schlachthauszwang.** Die in den Eingemeindungsverträgen mit den Vororten Cracau, Prester, Fermersleben, Salbke, Westerhüsen und Lemsdorf zugesicherte Befreiung der Hausschlachtungen vom Schlachthauszwang läuft am 31. März 1925 ab. Eine Verlängerung der Befreiungsfrist kann nicht zugestanden werden, da die Stadt auf die Gebühren für die Schlachtungen nicht weiter verzichten kann. Um aber den Interessenten noch auf weitere 10 Jahre die Möglichkeit von Hausschlachtungen zu gewähren, will der Magistrat bis zum 1. März 1935 auf Antrag die Hausschlachtungen in den genannten Vororten vom Schlachthofzwang befreien, allerdings gegen Entrichtung einer Verwaltungsgebühr von 3,50 Mark pro Schlachttier. Die Stadtverordneten-Versammlung wird sich mit dieser Angelegenheit am Donnerstag beschäftigen. —

— **Namensverleihung an uneheliche Kinder.** Aus einem Runderlaß des preußischen Ministers des Innern, teilt der „Amtliche Preußische Pressedienst" mit: Will ein Ehemann dem unehelichen Kinder seiner Frau, dessen Vater er nicht ist, seinen Familiennamen erteilen, so bedarf es nach § 1706 des Bürgerlichen Gesetzbuches u. a. der Einwilligungserklärung des Kindes. Ist das Kind noch minderjährig, so hat der Vormund die Einwilligung zu erklären. Die Vormundschaft über ein uneheliches Kind steht jetzt meist dem Jugendamt zu. Die Erklärung des Jugendamts bedarf, wenn sie mit seinem Siegel und der Unterschrift des zuständigen Beamten versehen ist, einer weiteren Beglaubigung nicht; wohl aber ist die vormundschaftsgerichtliche Bescheinigung über den Eintritt der Vormundschaft beizubringen. Wer befugt ist, namens des Jugendamts die Unterschrift abzugeben, richtet sich nach dessen Satzung oder nach den allgemeinen Gesetzen über die Gemeindeverfassung. In der Regel wird es der Vorsitzende des Jugendamts sein, also bei Kreisjugendämtern der Landrat. —

— **Zur Berufswahl.** Der Allgemeine Verband der deutschen Bankangestellten macht darauf aufmerksam, daß zurzeit in keinem Gewerbe so wenig Aussicht auf Fort- und Vorwärtskommen besteht wie gerade im Bankgewerbe. Zirka 2/3 der während der Inflation in den Bankbetrieben tätigen Angestellten sind abgebaut, während die zu dieser Zeit abgeschlossenen Lehrverträge natürlich noch weiter laufen. Diesen Lehrlingen ist aber die Eröffnung zuteil geworden, daß sie auf eine Weiterbeschäftigung nach Ablauf der Lehrzeit nicht rechnen können. Allen Eltern, denen das Wohl ihrer Kinder am Herzen liegt, möge das zur Warnung dienen. Die Einkommensverhältnisse der mittleren Bankangestellten sind zurzeit äußerst niedrig. —

× **Gestohlen** wurden in der Nacht zum 7. d. M. vom Buckauer Friedhof 40 hochstämmige und 30 niedrige Rosenstöcke. —

— **Zugverkehr während der „Migama".** Auf eine Eingabe des Gastwirte-Vereins von Magdeburg und Umgegend hat sich die Magdeburger Eisenbahndirektion entschlossen, den Abendzug, der Magdeburg 11 Uhr 20 verläßt und bis Burg fährt, während der Dauer der Migama bis Genthin zu leiten. —

— **Touristenverein Die Naturfreunde.** Am Sonntag abend 8 Uhr läßt die Ortsgruppe des Vereins im Franke-Jugendheim den Kulturfilm „Nanuk der Eskimo" laufen. Eintrittskarten sind an der Kasse zum Preise von 40 Pfennig zu haben. —

Lichtbilder-Vortrag

des Genossen Friedrich Wendel

am Mittwoch abend 8 Uhr in der Aula der Augustaschule, Listemannstraße.

Genossen und Genossinnen, ebenfalls die Mitglieder des Bücherkreises werden dringend gebeten, an diesen Vortrag teilzunehmen.

Eintritt 20 Pfennig. **Eintritt 20 Pfennig.**

— **Die Arbeitsmarktlage für Angestellte.** Das Landesarbeitsamt Sachsen-Anhalt berichtet für Februar: Im Berichtsmonat trat eine geringe Besserung der Arbeitsmarktlage für kaufmännische Angestellte ein. Die Stellenmeldungen haben sich sowohl im Klein- und Großhandel als auch in der Industrie etwas vermehrt. Vorzugsweise wurden aber weiter nur jüngere Kräfte, an deren Kenntnisse und Fähigkeiten hohe Anforderungen gestellt werden, verlangt. Für ältere Bewerber war die Entlastung kaum nennenswert. Durchweg lagen im Kleinhandel die Verhältnisse am günstigsten. Hier waren vor allem die Lebensmittel- und Textilwarenbranche aufnahmefähig. Der Großhandel verlangte hauptsächlich Buchhalter, Expedienten und Lageristen aus der Eisenwaren- und Drogenbranche und aus dem Papier- und Buchhandel. Die Anforderungen der Industrie, namentlich der Metall- und Maschinen- und der chemischen Industrie, beschränkten sich vornehmlich auf Buchhalter und jüngere Kontorangestellte mit guten Fertigkeiten in Stenographie und Schreibmaschine. Schwierig war die Unterbringung von Bank- und Versicherungsangestellten. Zum 31. März wurden verschiedentlich Kündigungen — in einzelnen Fällen in recht erheblicher Zahl — vorgenommen. U. a. kündigte in Magdeburg eine Großhandelsfirma 25, in Erfurt zwei Industriefirmen und eine Großbank einer größeren Anzahl von Angestellten. Sehr ungünstig lagen weiterhin die Verhältnisse für Bureauangestellte, insbesondere für Behördenkräfte. Vermittlungen konnten nur in geringer Zahl getätigt werden. Bei den örtlichen Finanzämtern erfolgten weitere Kündigungen (36 Angestellte im Bezirk des Landesfinanzamts Magdeburg). Die Nachfrage nach weiblichen Kräften war im allgemeinen befriedigend. Sehr lebhaft war sie nach perfekten jüngeren Stenotypistinnen, an denen Mangel herrschte. Rege verlangt wurden auch tüchtige Verkäuferinnen. An ersten Kräften der Textilwarenbranche fehlte es. In Erfurt konnten wieder reichlich Aushilfskräfte für die Damenbranche vermittelt werden. Die Lage für Techniker gestaltete sich erneut etwas günstiger. Die Metallindustrie war aufnahmefähiger für Maschineningenieure und für Maschinentechniker. Auch das Baugewerbe forderte in etwas stärkerem Umfang Hochbautechniker an. —

— **Sonntäglicher Straßenhandel mit Obst.** Das Feilbieten von Obst und Südfrüchten ist den Händlern auf öffentlichen Wegen, Straßen, Plätzen und an andern öffentlichen Orten an Sonn- und Festtagen von 3 Uhr nachmittags nur noch bis 7 Uhr abends gestattet. —

Festschrift

zum Reichsbannertag in Magdeburg.

Nur noch wenige Exemplare vorrätig.

50 Pfennig. **50 Pfennig.**

Buchhandlung Volksstimme, Große Münzstraße 3

— **Autounfall.** Der Personenkraftwagen der Firma Wagener & Ko. kam am Montag nachmittag auf der Barleber Chaussee ins Schleudern, geriet in den Graben, überschlug sich und begrub die Insassen unter sich. Während der Besitzer mit leichten Verletzungen davonkam, erlitt der Fahrer einen Armbruch und innere Verletzungen und mußte mittels eines Krankenwagens dem Krankenhause Altstadt zugeführt werden —

× **Uebervorteilte Frauen.** Ein Unbekannter hausiert hier mit Stecknadeln und schildert deren Vorzüge in allen Tonarten, so daß viele Frauen und junge Mädchen darauf hineinfallen und 3 Mark und darüber für diese Nadeln bezahlten. Auf Messen und Märkten werden diese Nadeln für 50 Pfg. verkauft. Der Polizeipräsident — Kriminaldirektion — warnt vor dem Unbekannten und bittet, sachdienliche Angaben nach Zimmer 265 des Polizeipräsidiums gelangen zu lassen. —

— **Kleine Brände.** In einem Waschkeller Otto-von-Guericke-Straße 37 war am Montag vormittag Stroh, das in der Nähe der Herdfeurung lag, durch Herausschlagen der Flamme in Brand gesetzt worden. Von dem um 11.17 Uhr alarmierten Löschzug der Hauptfeuerwache wurde das Feuer mit einigen Eimern Wasser ausgegossen. — Durch eine leichte Gasexplosion, hervorgerufen durch Ausströmen von Gas aus einer fehlerhaften Gasanlage, war am Montag nachmittag in einem im zweiten Obergeschoß Breiter Weg 26 gelegenen Zimmer ein Wandbrand entstanden. Von einer um 2.38 Uhr zu Hilfe gerufenen Abteilung der Feuerwehr wurde die Gefahr nach einstündiger Tätigkeit beseitigt. —

— **Wem gehört der Wagen?** Ein fremder Handleiterwagen wurde am 6. d. M. morgens in einem Hausflur der Neuen Ulrichstraße vorgefunden. Etwa Bestohlene werden ersucht, sich im Polizeipräsidium, Kriminaldirektion, Zimmer 261, zu melden.

Aus der Jugendbewegung.

Arbeiterjugendbund Magdeburg.

Bureaustunden Freitags von 5 bis 7 Uhr im Jugendsekretariat Große Münzstraße 3.

Achtung, Funktionäre! Am Mittwoch 8 Uhr Sitzung im Franke-Jugendheim.

Gruppenleiter: Karten zur Freidenker-Versammlung abrechnen.

Baden am Sonnabend von 1/2 8 bis 1/2 9 Uhr. Mitgliedsbücher vorzeigen.

Altstadt: Am Donnerstag Treffen um 1/2 8 Uhr auf dem Alten Markt. Heute abend Singen in der Schule Bismarckstr.

Wilhelmstadt Süd: Donnerstag Mitglieder-Versammlung.

Wilhelmstadt Nord: Donnerstag Vortrag. Die Funktionäre beider Gruppen treffen sich am Mittwoch 1/4 8 Uhr an der Ecke Annastraße zur Funktionärsitzung.

Neue Neustadt: Donnerstag 8 Uhr in der Schule Vortrag. Alle müssen erscheinen.

Alte Neustadt: Die Funktionäre treffen sich am Mittwoch, 7 Uhr, am Handelshafen zur Funktionärsitzung. Donnerstag: Alle Musiker sind um 8 Uhr bei Thiele. Freitag 8 Uhr Singen in der Schule. Aeltere Gruppe: Heute pünktlich 8 Uhr Heimabend.

Spielgruppe: Wegen des Wendel-Vortrags fällt unsre Mittwochsveranstaltung aus.

Alle Einkäufe, wie Bücher und Wanderartikel, tätigen unsre Mitglieder bei der „Biene", Jakobstraße 49, I. —

Vereine und Versammlungen.

Verein der Saal- und Konzertlokalinhaber.

Die letzte Versammlung fand im „Goldenen Rad", Königsborner Straße 4, statt. Ein Abschluß mit dem Dampfkesselverein wegen Prüfung elektrischer Anlagen wurde empfohlen. Grundsätzlich zugestimmt wurde auch dem Vorschlag einen Vertrag mit dem Steuersyndikus Herold abzuschließen. Es sollen noch einmal Verhandlungen wegen der Kosten gepflogen werden. Für den Bundestag in Hamburg wurden als Delegierten die Kollegen Schröder, Kriegenburg, Luther, Kind, Schmidt, Berger, Kittel (Magdeburg) und Müller (Wernigerode) gewählt. Als Ersatzmänner kommen gegebenenfalls die Kollegen Golze, Motschenbach und Dunkel in Frage. Bei der Aussprache über die „Migama" wurde von manchen Seiten empfohlen, den Zusammenschluß der Vereine wieder zu fördern, den Beschluß von der vorigen Sitzung aber nicht wieder aufzunehmen. —

(Fortsetzung des redaktionellen Teiles nächste Seite.)

Diamantine braucht heut' jeder, denn sie erhält und putzt das Leder. Und dank dem **Sparsieb** ist sie auch erstaunlich sparsam im Verbrauch.

Verlangen Sie nur

Diamantine

mit Sparsieb

601 Hersteller: Rud. Starke, G. m. b. H., Melle i. Hann.

Die Steinfeldbauern.

Roman von Valentin Trandt.

15. Fortsetzung. Nachdruck verboten

Auch in der Wohnstube des Felshofes war es an diesem Morgen unerträglich heiß. Namentlich für einen Steinfelder.

Wenn die Sonne nicht nur im Blut und in den Knochen, wenn sie nur auch im Herzen läg. —

Der Felshofer ging erregt in der Stube auf und ab und wischte, sobald er an die Fensterwand kam, über die Stirn. Die blaue Ader über seiner linken Schläfe war dick geschwollen und klopfte stürmisch.

„Un Du willst drauf schweige?" rief ihm sein Weib zu, das auf der Bank am Wanduhrkasten saß und die Arme von sich streckte, als drohe einer, sie zu erwürgen. „Du fürcht'st 'n Quellmoser?"

Des Mannes Lippen blieben geschlossen. Es wütete und kochte in ihm, daß zunächst kein klarer Gedanke aufkam.

An dem Morgen waren ihre Schwalben angekommen und umflatterten zwitschernd das alte Nest über dem Fensterbrett. Heute hatte der Felshofer keine Freude darüber. Er sah wohl die Schatten am Fenster vorbeihuschen, sah es auf den Sonnenstreifen, die über die Diele liefen, wie dunkle Blätter fallen; aber es war doch nicht für ihn da . . .

Er hörte auch das Jauchzen und Jubeln der Weibsgereisten und hörte es doch nicht.

Sie hatten ja wie Sinn dafür gehabt.

Steinfelder sind nur für sich da.

„Tu doch den Mund auf! — Ich platze vor Wut!"

Seine Schritte blieben gemessen wie erst.

„Du bist doch ei Waldbauer, so schütz doch! Früher ging's ja! — Willst am End den Steinfelder mosteriere?"

Er hob den Kopf höher. Das war seine Antwort.

Die Augen standen groß und blitzend in seinem wettergebräunten Antlitz und schauten nicht rechts und schauten nicht links. Immer geradeaus.

Und dann hinschte es wieder wie Trauer und Schmerz über sie hin. Das dauerte jedoch nicht lange; denn ein harter Wille stand dahinter und schürte das Feuer in ihnen wieder zu schwelender Flamme.

Es war ihm selbst, als sei er ein andrer, als sei er erst jetzt der Mann geworden.

Was wollte die da nur? Er war der Herr.

Die Frau verstand die stumme Antwort nicht. Ihr Starrkopf dachte nur an das mit der Magd und wie sie ihn jetzt martern könne. Mit der Kathrin sollt es schon rasch gehen. Eins, zwei, ein Tritt! Nur der da! Und ob er den Knecht auch jagen würde?

„Schandkerl!" zischte sie endlich vor Wut und sprang auf, und aus ihren irren Augen sprach Falschheit und Rachgier.

„Ich weiß schon alles! — Alles! — Hast's gehört?" schrie sie ihm fast ins Gesicht.

Er ließ sich aber nicht beirren und ging vom Fenster bis an die dunkle Wand der Hinterstube und wieder zurück. Da schoß ihr die Röte noch mehr in das breite Gesicht. Sie suchte nach irgend einem Gegenstand, den sie ihm an den Kopf schleudern konnte. Dann würde sie aufatmen . . . . Nicht einmal seine Stiefel lagen unter dem Bett. Und wo war nur der Nähstein?

Da schossen wieder die Schwalben an dem Fenster vorüber. Ihre Blicke richteten sich hinaus. Ein Sprung — — der Topf mit dem goldbraunen Lack fuhr durch die Luft. Der Topf ging in Scherben, die Erde flog bis unter die Bettstatt, und die vollen Blütenstengel waren abgebrochen.

Und er ging immer noch seinen alten Trutzschritt.

„Ich will ja nix, ich will je gar nix! Aber D' sollst's Maul auftun! — Ich will nur wisse, warum ich, warum grad ich noch keins kriegt hab. — Die Kathrin hat Dich verleugnet, und Du willst nix spreche. — Wann D' auch sagst: so kenn ich se net! — Wann D' auch sprichst: der Quellmoser! — — Der sprichst: der Felshofer! — — — So tu doch endlich 's Maul auf!"

Das Losdonnern des Blumentopfes hatte ihr wirklich etwas Erleichterung verschafft und einige zornige Tränen gelöst.

Nun schien es auch dem Felshofer, als drücke ihn die Lenzluft, als schüre die Sonne arg heiß.

Wenn sie jetzt in ihren Bittgangsion fiel, dann mußte er gehen. Dem hatte er einmal nachgegeben und nachher noch einmal, und dann war es ihm schlecht bekommen, weil er, gerade wie heute, hinter ihrer Wut hergekommen war. Das erstemal war es im Liebeswerben gewesen, wo er gar nicht das Flehende empfunden hatte. Das zweitemal hatte er es bereuen müssen. Nicht hören. Nur sein schwerer Gang verlangsamte sich etwas.

„Felshofer!"

Seine Härte blieb.

„Felshofer!"

Wie in einem Weinkrampf

Er wankte nicht in seinem Willen. Es zerrte zwar in ihm, aber er bezwang sich. Als er wieder an das Fenster kam, reckte er die Hand nach dem Rosmarin aus. Doch schnell zog er sie wieder zurück.

Hui, wirbelte es in ihr empor. Das hatte sie denn doch noch nicht an ihm erlebt. Wollte er es ihr nachmachen mit dem Rosmarinstock? Dem Rosmarin gezogen aus einem Reis ihres Brautkranzes? Sie stemmte die Fäuste in die Seiten und starrte ihn lauernd an.

Und es war ganz still in der Stube.

„Nein, gleich! — Ist's wahr?"

„Gewiß, gleich!"

Er lachte dabei laut auf und drückte sie auf die Bank zurück, ihre Handgelenke wie mit eisernen Klammern umpressend. Was für Manneskraft. Es bebte in ihr empor. Verlorene Kraft. Sie schäumte vor Wut, Scham und Schmerz. Wie hätte sie triumphiert, wenn sie ihn hätte bezwingen können! Nun hielt und überwältigte er sie wie ein Kind. Sie suchte nach einem Wort, aber sie fand keins. Wie sie nur Miene machte, sich ihm entgegenzuwerfen, umspannte er ihre Arme fester. Es war fast, als ob ihr das wohl tue. Nein, nein, der aus dem Wald! — Und dann kam das wieder mit der Magd, und sie trat nach ihm. Eine furchtbare Wut packte sie wieder, und sie nahm alle Kraft zusammen, um sich loszureißen.

Der Felshofer zog sie lächelnd vom Sitz auf, zerrte sie an die Tür und stieß sie auf den Flur hinaus.

Da soll doch der Teufel alles holen!

Sein Plan mit dem Feld wird verlacht, den Steinbruch wollen sie ihm nicht gönnen, und da kommt nun noch das einfältige Weib mit der einfältigen Geschichte. In dem Punkt war er gerade noch kein Steinfelder geworden. Wenn ihnen der liebe Gott keine Kinder schenken wollte, dann fügte man sich. Braucht man wissen zu wollen, an wem die Schuld liegt? Ist's überhaupt eine Schuld? In manchen Dörfern sagt man es.

Was sie ihm da anhängen möchten.

Er wollte nichts tun und nichts weiter sagen. War ja genug gesagt, wenn man auf den Tisch schlug und mit einfachem „Nein" die Sache abtat. Aber es nagte doch tiefer in ihm, als er vor sich selbst zugeben wollte; er hatte noch zu viel Herz und Gemüt.

Diese verlogene, verdrehte Geschichte.

Was sein Weib nur dachte? Wenn er etwas sagte, so war das einfach so. Wenn ihn auch kein Einheimischer leiden konnte, sie war ihm doch angetraut! Zu ihrem Leonhard Kordt aus dem Walddorf hätte sie stehen, ihm glauben müssen!

(Fortsetzung folgt.)

Nachrichten aus der Provinz.

Lohnverhandlungen für Landarbeiter.

Durch den amtlichen Schlichter, Direktor Lüttgens (Magdeburg) wurde in einer Schlichtungsausschußsitzung, die am 7. März 1925 zu Halle tagte, folgender Schiedsspruch gefällt:

1. Ab laufender Lohnwoche gelten folgende Spitzenlöhne:

im Bezirk		im Bezirk	
Altmark	21 Pfg.	Aschersleben	34 Pfg.
Börde Z. 1	24 „	Anhalt 1	20,5 „
Jerichow	21 „	Anhalt Z. 1	22 „
Nordharz	24 „	Saale Z. 1	22 „
Siendal Stadt	38 „	Naumburg Z. 1	22 „
Magdeburg Stadt Z. 1	38 „	Falkenberg Z. 1	19,5 „
Magdeburg Stadt Z. 2	30 „	Erfurt	20 „
Quedlinburg Stadt	29 „		

2. Von der Lohnwoche ab, in der der 15. Juni liegt, erhöhen sich die unter Ziffer 1 aufgeführten Spitzenbarlöhne um 1 Pfg.

3. Der Spitzenbarlohn wird ab vollendetem 20. Lebensjahr gezahlt. Soweit in den laufenden Tarifen ein andres Spitzenalter festgesetzt war, ist in bezirklicher Verhandlung eine Ergänzung der bisherigen Jahresklasseneinteilung entsprechend zu vereinbaren.

4. Die übrigen Barlohnsätze erhöhen sich in dem gleichen Verhältnis wie die Spitzenbarlöhne unter Ziffer 1 und 2.

5. Die tariflichen Barzulagen bleiben unverändert.

Erklärungsfrist: 17. März 1925.

Die Gauleitung:
Ernst Brandenburg.

Kreis Wanzleben.

Zusatzrente für Kriegerhinterbliebene.

Die Auszahlung der Zusatzrente für Kriegerhinterbliebene für März erfolgt in:

Egeln am Donnerstag den 12. März, vormittags von 9 bis 12 Uhr, im Rathaus.

Wanzleben am Freitag den 13. März, vormittags von 9 bis 12 Uhr, im Landratsamt.

Groß-Ottersleben am Freitag den 13. März, vormittags von 9 bis 12 Uhr, bei Neuberg.

Langenweddingen am Sonnabend den 14. März, von 12½ bis 2 Uhr im Gemeindebureau. —

*

Etgersleben. Eine Gemeindevertreter-Sitzung findet am Donnerstag den 12. d. M., abends 8 Uhr, im Gemeindebureau statt. Wichtige Tagesordnung! —

Kreis Wolmirstedt-Neuhaldensleben.

Barleben. Wichtige Zusammenkünfte. Morgen (Mittwoch) abend 8 Uhr Frauenabend im Gewerkschaftshaus; außerdem große Sitzung sämtlicher Korporationen. Partei-, Gewerkschafts-, Sport- und Vergnügungsvereine haben einen Vertreter zu entsenden. Da wichtige Angelegenheiten zu erledigen sind, müssen alle erscheinen. Wer von den Vereinen nicht vertreten ist, muß sich den Beschlüssen fügen. —

Groß-Ammensleben. Das Parteileben am Orte, das durch Inflation und Arbeitslosigkeit schwer gelitten hatte, entwickelt sich jetzt wieder zusehends, so daß der Stand der Mitgliederzahl in letzter Zeit bedeutend erhöht werden konnte. Besonders rührig sind die Frauen, die jetzt regelmäßig Frauenabende veranstalten, die immer gut besucht sind. Um nun den Frauen nicht nur politische Unterhaltung zu bieten, sondern andre sie berührende Fragen zu erörtern, sollen in nächster Zeit Vorträge gehalten werden über das Thema „Die Frau in der Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft". Der erste dieser Vorträge findet statt am Mittwoch den 11. März, abends 8 Uhr, bei Deneke. Redner ist Genosse Bernick. Wir erwarten zahlreichen Besuch aller Frauen. Nach dem Vortrag Unterhaltung. —

Neuenhofe. Bestätigter Gemeindevorsteher. Die Wahl des Landwirts Reinhold Fehlhauer zum Gemeindevorsteher ist vom Landrat bestätigt worden. —

Kolbitz. Gemeindevertretersitzung heute (Dienstag) abend 8 Uhr im Gemeindebureau. Die Wähler sind besonders eingeladen. — Parteiversammlung am Mittwoch den 11. März, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus. Sämtliche Parteigenossen müssen erscheinen. Wichtige Tagesordnung.

Neuhaldensleben. Eine Stadtverordneten-Sitzung findet am Mittwoch den 11. März, abends 6 Uhr, statt. Die Tagesordnung ist nur kurz, dürfte aber dadurch, daß unsre Genossen beabsichtigen, die letzten Vorkommnisse bei der landwirtschaftlichen Winterschule aufzurollen, sehr interessant werden. Für die Mitglieder der sozialistischen Fraktion findet heute (Dienstag) abend im Rathaus eine Fraktionssitzung statt, zu der sämtliche parteigenössischen Stadtverordneten und Magistratsmitglieder erscheinen müssen. — Reichsbund der Kriegsbeschädigten. Mitgliederversammlung heute (Dienstag) abend 8 Uhr bei Gastwirt Thieme in der Magdeburger Straße. Alle Mitglieder müssen erscheinen. —

Neuhaldensleben. Das Wohltätigkeits-Konzert, das der Ortsausschuß für Arbeiterwohlfahrt zum Besten bedürftiger Schulentlassener veranstaltete, hätte besser besucht sein müssen. Die Gesangsvorträge verdienen volle Anerkennung, besonders die Solovorträge der Sangesschwester Kracht. Jeder Teilnehmer wird befriedigt von dem künstlerischen Genuß nach Hause gegangen sein. — Kommunisten und Stahlhelm. Wie sich die Kommunisten und der Stahlhelm gegenseitig unterstützen, dafür ein neuer Beweis: Es war der Leitung des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes bekanntgeworden, daß drei seiner Mitglieder, darunter auch ein Unterkassierer, sich dem Stahlhelm angeschlossen haben. Diese Angelegenheit sollte nun am Sonnabend im Verband geregelt werden. Würden diese Kollegen ihren Austritt aus dem Stahlhelm nicht erklären, so sollte der Ausschluß aus der Gewerkschaft vor sich gehen. Dies hatte ein Mitgiled der Kommunistischen Partei erfahren; der Moskauer hatte natürlich nichts Eiligeres zu tun, als diese drei Stahlhelmer zu informieren und ihnen den Rat zu geben, auf keinen Fall noch Beiträge zu zahlen. Eine nette Verbrüderung der Nationalisten und Kommunisten gegen die Gewerkschaften! —

Neuhaldensleben. Eine würdige Trauerkundgebung für den verstorbenen Reichspräsidenten, veranstaltet von den republikanischen Parteien, fand am Sonntag vormittag im großen Festsaal bei Herzog statt. Es hatte sich eine recht große Zahl von Republikanern zu dieser Kundgebung eingefunden. Nach einleitenden Worten des Kameraden Tramp spielte die Fistersche Kapelle das „Largo" von Händel. Ihm folgte ein selbstverfaßter Prolog von Mittelschullehrer Karstädt, betitelt „Friedrich Ebert". Sodann nahm Studienrat Dr. Bohner (Magdeburg) das Wort und schilderte in ausführlicher, zu Herzen gehender Weise den Lebenswandel des verstorbenen Reichspräsidenten. Anschließend sprach Landrat Genosse Hähnsen, der ebenfalls die vielseitigen Erfahrungen des Genossen Ebert auf gewerkschaftlichem und politischem Gebiet hervorhob. Seine Ausführungen klangen aus in den Worten: „Was irdisch an dir war, ist tot, dein Geist lebt weiter!" Nach kurzem Trauerwirbel spielte die Kapelle leise „Ich hatt' einen Kameraden". Nach einigen anfeuernden Worten des Versammlungsleiters wurde stehend der dritte Vers des Deutschlandliedes, „Einigkeit und Recht und Freiheit", von sämtlichen Anwesenden gesungen. —

Samswegen. Der Vortrag am Sonnabend über „Verfassung der Völker", den der Sozialdemokratische Verein veranstaltete, wurde zu einer ergreifenden Trauerkundgebung für den Genossen Ebert. Der Vorsitzende, Mittelschullehrer Genosse Karstädt (Neuhaldensleben), hielt die Gedächtnisrede. Die Feier wurde eingeleitet vom Arbeiter-Gesangverein mit dem Liede „Ein Sohn des Volkes". Nach der Trauerkundgebung fand der Vortrag über die Verfassung statt. Zum Schlusse sang der Arbeiter-Gesangverein noch ein Lied. Der Vortrag hätte besser besucht sein können. —

An die Parteigenossenschaft!

Noch trauern wir um den toten Genossen Ebert, und schon wird zum Kampf um seine Nachfolgerschaft aufgerufen. Am 29. März findet die

Wahl des Reichspräsidenten

statt. Am 29. März wird für die nächsten 7 Jahre das Schicksal der Republik, das Schicksal des deutschen Volkes entschieden.

Für die Sozialdemokratie ist das Ziel klar. Ihre Politik seit der Revolution war darauf gerichtet, dem Volk innern und äußern Frieden zu verschaffen. Das war auch die Politik, für die unser Fritz Ebert kämpfte. Sie muß auch die Politik des zukünftigen Reichspräsidenten sein. Die Sozialdemokratie hat deshalb den

Genossen Otto Braun,

den frühern preußischen Ministerpräsidenten, aufgestellt. Dieser verbürgt uns die Fortführung des bisherigen Kurses, und wir sind überzeugt, er würde im Falle seiner Wahl im Sinne des verstorbenen Reichspräsidenten wirken.

Der Kampf wird nicht leicht sein. Unsre Partei aber wird ihn bestehen. Es gilt jetzt, alle Kräfte in der Partei mobil zu machen. Der Wahlkampf ist kurz, es ist keine Zeit zu verlieren. Wir fordern deshalb alle Genossen und Genossinnen zu regster Mitarbeit auf. Jeder einzelne muß nicht nur Streiter in der Propaganda sein, jeder einzelne hat auch die Pflicht, für die finanzielle Sicherung des Wahlkampfes Sorge zu tragen.

Der Bezirksvorstand hat zu diesem Zwecke Sammellisten herausgegeben. Wir erwarten mit Bestimmtheit, daß die Ortsvereinsvorstände für regsten Vertrieb der Sammellisten sorgen. Wir erwarten aber auch von allen Sozialdemokraten und von allen mit der Sozialdemokratie sympathisierenden Volkskreisen, daß sie ihr Scherflein für die Sicherung des Wahlkampfes beitragen.

Jetzt geht es um die wichtigste Entscheidung.

Es wird am 29. März entschieden, ob Deutschland Republik bleibt oder Monarchie wird. Es fallen die Würfel, ob Demokratie oder Autokratie in Deutschland regieren soll.

Laßt uns den Kampf in gewohnter Weise führen. Helft alle mit an der Sicherung der Errungenschaften des 9. November 1918. Vorwärts zum Streit! Der Sieg wird unser sein, wenn wir es wollen!

Der Bezirksvorstand
der Sozialdemokrat. Partei Magdeburg-Anhalt.
J. A.: Gustav Ferl.

Stadtkreis Burg.

Wichtige Funktionärsitzung. In Anbetracht der bevorstehenden Reichspräsidentenwahl ist es unbedingt erforderlich, daß sämtliche Parteifunktionäre zu der Funktionärsitzung heute (Dienstag) abend in der Schule Kapellenstraße pünktlich um 8 Uhr erscheinen.

Ein wichtiger Frauenabend findet morgen (Mittwoch) abend 8 Uhr im Gewerkschaftshaus statt. —

Der Wahlkampf hat begonnen. Der Vorstand des Parteivereins erwartet von allen Mitgliedern, daß sie sich, jeder nach seiner Kraft, in den Dienst der Partei stellen. Der Wahlkampf wird wieder große Geldmittel aufzehren. Die Sozialdemokratische Partei ist auf den Opfersinn ihrer Anhänger angewiesen. Es werden in den nächsten Tagen Sammellisten für den Wahlkampf ausgegeben. Diese sind fleißig zu benutzen und müssen dann schleunigst bei unserm Hauptkassierer, Genossen Reimelt jun., abgerechnet werden. Unsre Unterkassierer werden gebeten, diesen Monat pünktlich zu kassieren und baldigst abzurechnen. Material ist vom Hauptkassierer abzuholen. —

Ein Rückblick. Die Sozialdemokratie trauert um ihren besten Führer. Aber Fritz Ebert war nicht nur unser Genosse, sondern auch Reichspräsident und damit auch Repräsentant des gesamten deutschen Volkes. Daß er dieses Amt hervorragend ausgeübt hat, ist selbst von Gegnern anerkannt worden. In Burg aber gibt es einen Teil der Bevölkerung, der es nicht für angebracht hielt, dem Repräsentanten des deutschen Volkes die letzte Ehre zu erweisen. Mit Entrüstung müssen wir feststellen, daß es nicht einmal der Erste Bürgermeister für notwendig gehalten hat, eine offizielle Trauerfeier zu veranstalten. Weiter wollen wir aber auch hervorheben, daß kein Geschäftsmann, der von der Kundschaft der Arbeiter lebt, die republikanische Fahne halbmast gehißt hatte. Die Arbeiterschaft, besonders unsre Frauen, müssen sich das merken. Wenn die hiesigen Geschäftsleute von der Republik nichts wissen wollen, so mögen sie sich ihre Kunden bei den Monarchisten suchen; Republikaner werden sich hüten, bei ihnen zu kaufen. —

Kommunistischer Kot. Am Freitag abend veranstaltete die Kommunistische Partei eine öffentliche Versammlung, die den Zweck haben sollte, die Masse des Volkes darüber aufzuklären, warum unser Genosse Ebert nicht wert sei, daß ihm eine Träne nachgeweint würde. Die erschienene „Volksmasse" von ein paar Dutzend Neugierigen wird ja wohl den richtigen Begriff von diesen Moskauern erhalten haben. Als Redner war Held Wipperi aus Magdeburg erschienen. Seine Rede strotzte von gemeinen Redensarten gegen unsern verstorbenen Genossen. Es ist unverständlich, daß die Versammlungsbesucher nicht von Ekel gepackt den Saal verließen. Wir wollen feststellen, daß bei der Nachricht vom Tode Eberts Mitglieder der Kommunistischen Partei den Tod unsers Genossen bedauert und die Befürchtung ausgesprochen haben, daß nun auch das Amt des Reichspräsidenten für die Arbeiterschaft verlorengehen könnte. Nachdem aber die Parole ihrer Zentrale herauskam, eine wüste Schimpferei gegen den toten Sozialdemokraten loszulassen, da stellten die Kommunisten ihre bessere Meinung in den Hintergrund und ließen die Beschimpfungen zu. Das nennen sie Klassenkampf. Je gemeiner und niedriger man als Kommunist auf die Sozialdemokraten schimpft, desto größere Gnade findet man vor den Moskauer Gewalthabern. —

Burg. S. P. D. Burg.

Donnerstag abend 8 Uhr spricht in der „Zentralhalle" der ehemalige

Handelsminister Siering.

Eintritt 20 Pfg.

Erscheint in Massen! J. A. Der Vorstand.

Kreis Jerichow 2.

Genthin. Stadtverordneten-Sitzung. Der Vorsitzende gedachte in schlichten Worten des Wirkens unsers verstorbenen Reichspräsidenten. Die Versammlung und die Zuhörer hatten sich zu Ehren des Verstorbenen von ihren Plätzen erhoben. Nur die Jünger Moskaus fielen wieder unangenehm auf. Fluchtartig verließen sie, begleitet von Pfui-Rufen unsrer Genossen, den Sitzungssaal, als der Vorsitzende den Nachruf für den Reichspräsidenten begann. Damit bewiesen sie, daß sie die tiefste Verachtung der Arbeiterschaft verdienen. Die für die Entwicklung der Stadt wichtige Tagesordnung der Sitzung wurde darauf verhältnismäßig schnell erledigt. Bei der sogenannten bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft ist jetzt endlich auch die Einsicht durchgedrungen, daß der von unsern Genossen schon lange geforderte Bau von Wohnungen seitens der Stadt durchgeführt werden muß. Nach fast 14stündiger Vorberatung haben sie sich doch entschlossen, der Vorlage des Magistrats über den Bau von Wohnungen zuzustimmen. Einstimmig wurde demnach beschlossen, sofort mit dem Bau von 30 Zwei- und Dreizimmerwohnungen zu beginnen. Die erforderlichen Mittel in Höhe von 300 000 Mark wurden bewilligt. Derselbe Betrag wurde auch ausgeworfen für den Ankauf des Geländes zur Durchführung des Mittellandkanals. Eine fast endlose Debatte entwickelte sich bei der Beratung eines Schreibens der Regierung über einen etwaigen Abbau von drei Volksschullehrern. Von unsern Genossen wurde mit allen Mitteln versucht, den Abbau zu vereiteln. Dieser war aber bei der Einstellung der Rechten nicht zu verhindern. Aufsehen erregten die Ausführungen des „bürgerlichen" Stadtverordneten Martin Wagner. Dieser Herr, der wirklich alle Ursache hätte, für eine gute Schulbildung einzutreten, forderte mit allem Nachdruck den Abbau der Lehrer. Er hat vergessen, was er für eine Stellung in dieser Frage einnahm, als er noch als „Arbeiter" im Stadtparlament saß. Nur um Stadtverordneter zu sein, wechselte er seine Gesinnung. Sein Verhalten wurde von unsern Genossen gebührend gekennzeichnet. Nicht besser ist sein Fraktionskollege Ecks. Dieser steht auf dem Standpunkte, daß für die Kinder der Handwerker und Kleingewerbetreibenden die Mittelschulbildung notwendig sei und daß es demnach nichts schade, wenn der Unterricht in der Volksschule durch den Abbau etwas leide. Die Kinder der Mittelschule leiden ja nicht darunter. Auch betonte er, daß für diese drei Lehrer drei Polizeibeamte angestellt werden müßten; diese seien viel nützlicher. Genosse Rodrohr jun. nahm sich diesen Herrn tüchtig vor. Dann wollte Ecks antworten, erhielt aber vom Vorsteher nicht mehr das Wort, weil ein Schlußantrag angenommen war. Nun tobte er los, nahm Hut, Mantel und Stock und wollte unter Gelächter des ganzen Hauses demonstrativ den Saal verlassen. Er kam aber nur bis zur Tür. Zum Verlassen des Saales hatte er den Mut nicht mehr und kehrte unter sofortem Gelächter unsrer Genossen und der Zuhörer auf seinen Platz zurück. Die Abstimmung über den Abbau der drei Lehrer ergab 16 dafür und 14 dagegen. Drei Mitglieder der bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft waren nicht für den Abbau. Hoffen sich kommen nunmehr auch die Lehrer zur Einsicht, wer ihre Interessen vertritt. Wie wir hören, soll in den nächsten Tagen sich eine öffentliche Versammlung der Lehrer mit diesem Stadtverordneten-Beschluß befassen. Bei Einführung der Schulzahnpflege waren es auch wieder die Stadtverordneten Wagner, Ecks und noch zwei Bürgerliche, die dagegen stimmten. Sozialer Rückschritt! lautet die Parole dieser Vertreter. Es ist die Pflicht aller einsichtigen Einwohner, dafür zu sorgen, daß bei der Neuwahl der Stadtverordneten diese Vertreter nicht wieder gewählt werden. —

Kreis Kalbe.

Borne. Gemeinderatssitzung. Gegen sämtliche bürgerlichen Stimmen wurde der Preis für 1 Quadratmeter Grabstelle auf 25 Mark festgesetzt. Die Wiegegebühren für den Wiegemeister wurden von 50 Prozent auf 30 Prozent ermäßigt. Nach lebhafter Debatte wurde gegen die Stimmen der Bürgerlichen der Bau eines Zweifamilienhauses beschlossen zur Linderung der Wohnungsnot. Der bürgerliche Vertreter Walter Siedentopf machte hierbei die Bemerkung: „Früher hätten die Leute in Höhlen gehaust". Vielleicht findet der noble Herr das für menschenwürdig. Wir empfehlen ihm, mal den Versuch zu machen. Sicherlich wird er dann anders über die Wohnungsnot reden. Er will nun eine Gemeindeversammlung einberufen, seine Wähler hätten auch ein Wort mitzureden. Wir glauben, daß er da sein blaues Wunder erleben wird. Denn bei vielen seiner Wähler wird er wenig Sympathie genießen. Der Ankauf des Wilhelm Niemannschen Grundstücks wurde abgelehnt. In den Ausschuß der Jugendpflege wurden drei Herren vom Lehrer-Kollegium, zwei vom Arbeiter-Turnverein und einer vom Arbeiter-Radfahrerverein gewählt. Den Lehrern wurden 40 Mark für Schulheizen bewilligt. Dem Antrag des Schulvorstandes auf Anschaffung von Turngeräten wurde Rechnung getragen. Es wurde vom Genossen F. Hinz beantragt, eine Flagge in den Reichsfarben zu beschaffen. Von der Wählerschaft wird verlangt, mehr als bisher die Sitzungen zu besuchen. —

Brumby. Zur Trauerfeier für den Reichspräsidenten Ebert waren von unsrer Partei alle Republikaner unsrer Gemeinde eingeladen worden. Die Versammlung war gut besucht. Rektor Genosse Rückert (Kalbe) hielt die Gedächtnisrede. Er gedachte dabei auch der schweren Anfeindungen, denen alle Führer in der Partei ausgesetzt sind. Ständig müssen sie Schimpf und Schande über sich ergehen lassen. Dieser Hetze gegen die Führer müssen die Genossen entgegentreten. Wir wollen geloben, im Sinne des verstorbenen Präsidenten für die Republik und für das werktätige Volk zu wirken. Zum Schlusse sang die Versammlung „Ich hatt' einen Kameraden" und die dritte Strophe des Deutschlandliedes.

Förderstedt. Freidenkerbewegung. Nachdem die Freidenker am Orte sich nun auch zu einer Ortsgruppe zusammengefunden und sich der Gemeinschaft proletarischer Freidenker angeschlossen haben, scheint auch hier die Bewegung wieder in Fluß zu kommen. In der Versammlung, die am Sonnabend in der „Linde" stattfand, sind die Richtlinien für den Ausbau dieser Bewegung ausgearbeitet worden. Zu Ostern schon soll eine Feier für die aus der Schule Entlassenen veranstaltet werden. Im Mittelpunkt des Abends stand ein Vortrag des Genossen G. Osse über „Gott, Religion, Kirche und Arbeiterschaft". Er sprach über Weltentwicklung, von Göttern und Religionen, von ihren Tempeln und Kirchen und schilderte, wie sich die Vertreter der Kirchen und Dogmen von alters her jeder Kulturentwicklung hindernd in den Weg gestellt und selbst die Unterdrückung der Wissenschaft nicht gescheut haben. Noch heute sind sie in ihrer großen Mehrzahl an der Arbeit, das Proletariat in Unwissenheit und Knechtschaft zu erhalten und es von den Kapitalisten ausbeuten und unterdrücken zu lassen. Nach Erörterung organisatorischer Angelegenheiten wurde die interessante Versammlung geschlossen mit der Aufforderung an alle Proletarier, aus der Kirche auszutreten und sich der Freidenkerbewegung einzugliedern. —

Frohse. Gemeindevertreter-Sitzung heute abend 7½ Uhr. — Oeffentliche Versammlung in der „Grünen Tanne" am Freitag abend 7½ Uhr. Vortrag über die politische Lage und die Reichspräsidentenwahl. Genossen, sorgt für zahlreichen Besuch. — Parteiversammlung am Sonnabend abend 7½ Uhr. Wichtige Tagesordnung. Es ist Pflicht aller Genossen, zu erscheinen. —

Pömmelte. Gemeindevertreter-Sitzung. Es wurden folgende Sachen erledigt: 1. Feststellung des Abrechnungsbeschlusses zur Gemeinderechnung für 1923/24, welche vom Kassen-

Waschextrakt
Goldperle
mit Schnitzelseife

ersetzt 3 Waschfrauen.

revisor in Goldmark umgerechnet ist. 2. Einsetzung einer Kommission zur Förderung der Jugendpflege auf dem Boden der republikanischen Verfassung. Die Arbeiter müssen trotzdem aufpassen, daß die Jugendpflege nicht wieder wie vor dem Krieg ins reaktionäre Fahrwasser geleitet wird. 3. Ein Sportplatz für die Jugend wird geschaffen. 4. Ueber den Turnplatz soll nur bei trockener Witterung gefahren werden, bei nasser Witterung ist es verboten. 5. Zur Förderung der Ziegenzucht soll von Zeit zu Zeit ein junger Bock angeschafft werden. — Der Stahlhelm auf dem Mitgliederfang. Durch Aushang in den Lokalen macht der Stahlhelm für sich Reklame. Er sucht Mitglieder ohne Rücksicht auf politische Zugehörigkeit. Da er den schärfsten Kampf gegen den Marxismus, also gegen die Arbeiterschaft, auf seine Fahne geschrieben hat, darf es keinen Arbeiter geben, der auf die Lockungen des Stahlhelms hineinfällt. —

Löderburg. Oeffentliche Versammlung am Mittwoch den 11. März, abends 8 Uhr, in der Gemeindeschenke. Landtagsabgeordneter Genosse Kasten (Schönebeck) wird sprechen. Parteigenossen, sorgt für regen Besuch! — Arbeiterjugend. Unsre sozialistische Arbeiterjugend am Orte hat jetzt auch eine Kindergruppe ins Leben gerufen. Jeden Sonntag nachmittag von 3 bis 5 Uhr finden Unterhaltungsstunden in der Schule statt. Es ist ein Vergnügen, zu sehen, wie den Kleinen vor Freude die Augen glänzen, wenn sie sich einige Stunden dem Spiel und Tanz widmen können. Und diese frohen Stunden sind den Kindern von Herzen zu gönnen. Parteigenossen, unterstützt die Arbeiterjugend in ihren Bestrebungen, schickt eure Kinder zu den Veranstaltungen der Arbeiterjugend und nicht in die der gegnerischen Vereinigungen! —

Stadtkreis Aschersleben.

Aschersleben. Der Verein für freiwillige Armenpflege, der sich früher Verein gegen Hausbettelei nannte, besteht nunmehr 25 Jahre. In einer dieser Tage abgehaltenen Versammlung beschäftigte man sich mit der Frage, ob er weiterbestehen soll oder nicht. Das wurde entschieden bejaht. Durch die Inflation ist das ganze Vermögen des Vereins verlorengegangen. Die Haupttätigkeit des Vereins besteht fast nur darin, daß er alljährlich zu Neujahr eine Haussammlung vornimmt, die das letztemal reichlich 500 Mark einbrachte. — Die Technische Nothilfe betreibt jetzt eine rührige Werbung. In einer von ihrer Ortsgruppe einberufenen öffentlichen Versammlung sprach ein Herr Hofer (Berlin) über die Idee und die Tätigkeit der Nothilfe. Die Leitung der ganzen Sache liegt in den Händen von Personen, die politisch weit rechts stehen. Schon das gibt zu denken. —

Altmark.

Gleiche Strafe wegen Beleidigung eines Gemeindevorstehers wie im Rothardt-Prozeß.

Der Stellmacher Friedrich Rückschlag aus Beltau hatte sich kürzlich vor dem großen Schöffengericht in Stendal wegen Beleidigung des Gemeindevorstehers in Beltau, der im Landbund eine große Rolle spielt, zu verantworten. Die Beleidigung war dadurch begangen, daß Rückschlag jemand, der mit dem Gemeindevorsteher im Streite lag, Material gegen ihn brieflich mitteilte. Der Hauptvorwurf bestand darin, daß der Gemeindevorsteher sich der Brandstiftung schuldig gemacht haben sollte. Daneben war eine Reihe weiterer Vorwürfe, Beamtenbestechung, Parteilichkeit bei Ausübung seines Amtes und dergleichen erhoben.

In der Verhandlung suchte Rückschlag den Wahrheitsbeweis zu führen, der aber scheiterte. Der Staatsanwalt beantragte gegen ihn neun Monate Gefängnis. Rechtsanwalt Dr. Hammerschlag führte aus, daß zwar der Wahrheitsbeweis gescheitert sei, daß aber gleichwohl der Angeklagte in Wahrung berechtigter Interessen gehandelt habe und deshalb freizusprechen sei. Wegen der Höhe der Strafe wies der Verteidiger auf das Urteil im Rothardt-Prozeß hin, wo gegen den Reichspräsidenten die ungeheuerlichsten Vorwürfe erhoben wurden, die sicher nicht geringer waren als die Beleidigungen gegen den Gemeindevorsteher.

Bei dem Stellmacher Rückschlag, der jetzt angeklagt ist, handelt es sich um einen 73jährigen Mann, der bisher völlig unbescholten ist und der durch eine Gefängnisstrafe vernichtet würde. Das Gericht verurteilte den alten Mann zu drei Monaten Gefängnis unter Gewährung der bedingten Begnadigung bei Zahlung einer Buße von 300 Mark. —

*

Gardelegen. Bau- und Sparverein. Wie bereits in andern Städten soll nun auch in Gardelegen ein Bau- und Sparverein ins Leben gerufen werden. Der Mieterverein ladet seine Mitglieder und Interessenten zum Donnerstag abend 8 Uhr nach dem „Tivoli" zur Generalversammlung ein. Der Vorsitzende des Mietervereins Salzwedel wird einen Vortrag über die Notwendigkeit der Gründung eines Bau- und Sparvereins halten. Es muß Aufgabe der Arbeiter sein, sich zahlreich an dieser Versammlung zu beteiligen. Es ist den Arbeitern die Gelegenheit gegeben, mit vielleicht erschwinglichen Mitteln eine Wohnung und vielleicht auch ein Haus zu bekommen. Von der Stadtverwaltung wird ja in dieser Beziehung nichts getan. Sie hat ja vollauf damit zu tun, den Streit auszufechten, welcher von den Ratmännern den Bürgermeister im Behinderungsfall vertreten soll. —

Hohenwulsch-Friedrichsfleiß. In öffentlicher Versammlung sprach Genosse Karbaum (Magdeburg) über die politische Lage und die Verleumdungen gegen unsre Partei in der Barmat-Affäre. Nach einer Würdigung des verstorbenen Genossen Ebert widerlegte er die Verleumdungen der Gegner und wies auf die Volk und Staat schädigenden Geschäfte der Ruhrindustriellen und anderer reaktionärer Kreise hin. Besonders forderte der Redner zum Bezug der Parteipresse auf. Die auf Veranlassung der [illegible] umsonst gelieferten reaktionären Zeitungen strotzen von falschen Berichten über die politischen und wirtschaftlichen Begebenheiten. Mit einem Appell, im Reichspräsidenten-Wahlkampf treu zur Partei zu stehen, wurde die Versammlung geschlossen. —

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold.

Neu-Königsborn. Die Ortsgruppe hält am 14. März ihr erstes Vergnügen ab. Auch die Kameraden der umliegenden Ortsgruppen sind eingeladen. Gäste willkommen. —

Kleine Chronik.

Liebesdrama in Stettin. In der Kaserne wurde in seiner Stube der Oberfeldwebel Siewert erschossen aufgefunden. Seine Braut, die Kellnerin Hempel, stand aus Mund und Nase blutend vor der Waschtoilette. Sie hatte auch eine Schußwunde im Kopf und [illegible]. Morgens war noch eine Ordonnanz an der Tür gewesen und hatte Siewert zum Dienst holen wollen. Die Hempel öffnete aber die Tür und sagte, Siewert schlafe noch. Eine ½ Stunde später fand man beide erschossen auf. Wie sich ergab, hatte Siewert noch eine zweite Braut, die in den nächsten Tagen in Stettin eintreffen wollte. Die nähern Umstände der Tat sind noch nicht aufgeklärt. Jedoch ist anzunehmen, daß die Hempel zuerst den Siewert und dann sich selbst erschossen hat. —

Aufgeklärter Frauenmord. Der Berliner Mordkommission ist es ziemlich schnell gelungen, das schwere Verbrechen in der Langen Straße, dem das Straßenmädchen Altermann zum Opfer fiel, aufzuklären. Durch Zeugen war festgestellt, daß in der Mordnacht ein Mann, der mit der Altermann deren Wohnung aufgesucht hatte, einige Stunden später fluchtartig das Haus verlassen hatte. Die Beschreibung des Verdächtigen wurde an sämtliche Polizeistellen weitergegeben, so auch an die Kriminalpolizei in Kremmen. Auf der Chaussee nach Kremmen wurde, wie gemeldet wurde, am Sonnabend eine Frau von einem Mann überfallen und vergewaltigt. Einem Oberlandjäger gelang es, den Täter festzunehmen. Es wurde festgestellt, daß die Personalbeschreibung des gesuchten Mörders genau mit dem Verhafteten übereinstimmte und dieser auch zahlreiche Kratzwunden im Gesicht hatte. Der Festgenommene wurde als der 38 Jahre alte Bierfahrer Hermann Wörpel festgestellt, der verheiratet ist und in der Bingstraße in Pankow wohnte. Die Mordkommission begab sich sofort mit den Zeugen nach Kremmen, um eine Gegenüberstellung vorzunehmen. Dazu kam es jedoch nicht, da der Täter in der Nacht sich in seiner Zelle erhängt hatte. Die Zeugen wollen in dem Toten mit Bestimmtheit jenen Mann wiedererkennen, der die Wohnung der Altermann fluchtartig verlassen hatte. Die weitern Ermittlungen haben ferner ergeben, daß Wörpel an dem Mordtag mit den Kratzwunden nach seiner Wohnung zurückkehrte und seiner Frau über deren Herkunft ausweichende Angaben machte. —

Verhaftung von Eisenbahnräubern. Die auf der Eisenbahnstrecke Frankfurt a. M.—Fulda mehrfach vorgekommenen Beraubungen von Massensendungen haben kürzlich zur Verhaftung einer in Steinau wohnhaften vierköpfigen Gesellschaft geführt, und Ende voriger Woche zur Feststellung einer weitern Diebesgesellschaft, die ebenfalls in Steinau wohnt und bei der von den Eisenbahnberaubungen herrührende Fahrräder und eine große Menge gestohlener Sachen gefunden worden sind. Der Haupttäter, ein gewisser Jahn aus Steinau, ist flüchtig. —

Ueberfall auf eine Postagentur. Auf die Postagentur Hartenberg bei Wernigerode ist ein Raubüberfall verübt worden. Als die Tochter des Postbeamten am Abend zwei Männern, die an die Haustür klopften, öffnete, feuerten die Männer sofort zwei Schüsse ab, die den Postagenten, der im Hausflur stand, am Halse schwer verwundeten. Die Tochter erhielt einen Streifschuß. Die Banditen, die vorher die Telephonleitung zerschnitten hatten, flüchteten, als die Hunde des Postagenten herbeisprangen. —

Schneesturm im Schwarzwald. Am Sonnabend und am Sonntag stellte sich in den höhern Lagen des Schwarzwaldes ein außerordentlich schwerer Schneesturm ein, während in den tiefern Lagen Tauwetter und Schneeschmelze eintraten. Auf den Höhenkämmen und Berggipfeln des südlichen Schwarzwaldes, vor allem im Bereich des Feldberges, des Herzogenhorns und des Belchens, beträgt die Schneedecke jetzt 100 bis 120 Zentimeter und erreicht damit den weitaus höchsten Stand dieses Winters. Vielfach traten heftige Schneeverwehungen auf, so daß die Schneepflüge in Tätigkeit treten mußten. —

Der Tod im Backofen. Nach einer Meldung aus Kassel wurde in Großenritte der 45jährige Gelegenheitsarbeiter Heinrich Striefel aus Breitenbach im Backofen tot aufgefunden, als der Ofen in der Frühe angeheizt werden sollte. Striefel war am Tage zuvor schwer bezecht und hatte anscheinend im Backofen Nachtquartier bezogen. Ob der Betrunkene den erst schwach abgekühlten Backofen selbst bestiegen hat oder ob ein Verbrechen vorliegt, muß die gerichtliche Untersuchung aufklären. Die Leiche war teilweise stark angesengt und konnte nur mit Schwierigkeiten durch die schmale Backofentür aus dem Ofen herausgezogen werden. —

Die verbrannten Ostereier. Nach Meldungen aus Zaandam ist aus unbekannter Ursache in dem Werke der N. Z. Kakao- und Schokoladenfabriken früher Gebr. D. M. Grootes zu Westzaan ein Brand ausgebrochen, dem fast die gesamten ausgedehnten Gebäude zum Opfer fielen. U. a. sind Tausende bereits zum Export ausliegende Kilo von Ostereiern sowie 10 000 Kilogramm Kakaobutter verbrannt. —

Ein Tropfen Honig. Eine Biene wiegt 0,06 bis 0,23 Gramm, 10 000 Bienen geben etwa auf 1 Kilogramm. — Die Honigblase der Biene hat in der Ruhe etwa 14 bis 16 Kubikmillimeter Fassungsvermögen. 1000 Kubikmillimeter Honig wiegen etwa 1 Gramm. — Die Honigblase vermag etwa 20 Milligramm aufzunehmen. Zu 1 Kilogramm Honig sind also die Füllungen von 50 000 bis 60 000 Honigblasen nötig. Eine Rotkleeblüte sondert etwa 0,000793 Gramm Nektar ab. Um 1 Kilogramm Zucker zusammenzubringen müssen die Bienen etwa 7 500 000 Rotkleeblüten, 5 600 000 Esparsette- und 2 600 000 Akazienblüten befliegen. Eine Biene vermag bei 10stündiger Arbeit etwa 7000 Blüten zu befliegen. Man kann danach berechnen, wie lange ein Volk von 12 000 Bienen braucht, um einen Honigtopf zu füllen!

Vereins-Kalender.

Wird nur gegen Vorausbezahlung, die Zeile 30 Goldpfennige, aufgenommen.

Graphischer Gesangverein. Donnerstag pünktlich 8 Uhr „Belvedere". [151

Biochemischer Verein. Donnerstag den 19. März, abends 8 Uhr, in der Aula der Luisenschule Vortrag: Unsere Biochemie im Spiegelbild der neusten medizinischen Forschungen. [150

Briefkasten.

Berichterstatter Barz. Brief ist zu spät eingetroffen. Es konnten nur noch die kurzen Notizen aufgenommen werden. —

Telegraphische Auszahlungen.

Die amtlichen Notierungen stellten sich wie folgt in Billionen:

		7. März Geld	7. März Brief	9. März Geld	9. März Brief
Amsterdam-Rotterd.	100 Gulden	167.59	168.01	167.59	168.01
Buenos Aires	1 Papier-Peso	1.558	1.662	1.657	1.661
Brüssel-Antwerpen	100 Franken	21.19	21.25	21.24	21.30
Danzig	100 Gulden	79.325	79.525	79.325	79.525
Christiania	100 Kronen	63.97	64.13	63.97	64.13
Kopenhagen	100 Kronen	75.11	75.29	75.21	75.39
Stockholm	100 Kronen	113.05	113.33	113.03	113.05
Helsingfors	100 finnl. Mark	10.558	10.598	10.557	10.597
Italien	100 Lire	17.16	17.20	17.21	17.25
London	1 Pfund	20.00	20.05	20.005	20.055
Newyork	1 Dollar	4.195	4.205	4.195	4.205
Paris	100 Franken	21.74	21.80	21.79	21.85
Schweiz	100 Franken	80.69	80.89	80.72	80.92
Spanien	100 Peseten	59.53	59.67	59.48	59.62
Japan	1 Yen	1.693	1.697	1.683	1.687
Rio de Janeiro	1 Milreis	0.466	0.468	0.464	0.466
Wien	100 Schilling	59.13	59.27	59.13	59.27
Prag	100 Kronen	12.44	12.48	12.45	12.49
Jugoslawien	100 Dinar	6.71	6.73	6.71	6.73
Budapest	100 000 Kronen	5.79	5.81	5.795	5.815
Bulgarien	100 Leva	3.055	3.065	3.055	3.065
Lissabon-Oporto	100 Escudos	19.775	19.825	19.775	19.825
Athen	100 Drachmen	6.64	6.66	6.49	6.61
Konstantinopel	1 Pfund	2.09	2.11	2.11	2.12

Warenmärkte.

Magdeburger Produkten-Börse vom 9. März.

Die Preise verstehen sich in Goldmark. Weizen 12.20–12.40 Tendenz still. Roggen 12.20–12.30. Tendenz ruhig. Hafer 10.70–10.90 Tendenz ruhig. Viktoriaerbsen 11.00–12.00, Tendenz geschäftslos. Alles für 50 Kilogramm netto frei Magdeburg oder benachbarter Stationen bei Ladungen von 300 Ztr. Weizenmehl, 70 Proz., 35.50–36.50, Tendenz still. Roggenmehl, 70 Prozent 35,25–36,25, Tendenz still. Für 100 Kilogramm einschließlich Sack. – Weizenkleie 7,25–7.50, Tendenz ruhig. Roggenkleie 7.29–7.40. Tendenz ruhig. Alles für 50 Kilogramm ab Verladestation. —

Der Preis für Weißzucker

(ausschl. Verbrauchssteuer und Sack) beträgt für 50 Kilogramm netto ab Verladestelle Magdeburg und Umgebung bei Mengen von mindestens 200 Zentnern bei prompter Lieferung per März 17.50–19.00 Mk., bei Lieferung im April 19.00–19.75, Mai 14.50, Juni 19.25–19.75, Juli 19.75–20.00 Mk. für gemahlene Melis. Tendenz fest. —

Notierungen in Kolonialwaren.

Gemäß der Verkehrslage an der heutigen Börse in der Handelskammer zu Magdeburg wurden in Kolonialwaren und Landesprodukten folgende Preise für 50 Kilo bei Bezügen größerer Mengen im Verkehr zwischen Importeuren, Herstellern und Großhandel ermittelt:

(Die Preise verstehen sich in Goldmark.)

Mühlenfabrikate:	
Gerstengraupen, lose	20,75–21.50
Haferflocken	18.50–19.50
Hafergrütze	19.00
Weizengrieß	20.00–21.00
Hartgrieß	24.00–26.50
Kartoffelmehl	19.50–20.00
Schnittnudeln	28.50–40.00
Makkaroni	40.00–55.00
Maisstärkepuder	18.75–20.50
Hülsenfrüchte:	
Bohnen	17.50–24.50
Erbsen, Viktoria	14.75–28.50
Linsen, russische	24.00–42.00
Reis:	
Rangoon-Reis	15.75–16.25
Tafel-Reis	23.00–36.00
Bruch-Reis	13.50–14.00
Früchte:	
Pflaumen	32.00–59.00
Korinthen	45.00–50.00
Rosinen	35.00–65.00
Sultaninen	53.00–75.00
Mandeln, süße	160.00–210.00
Mandeln, bittere	163.00
Gewürze:	
Pfeffer, schwarz	91.00–98.50
Pfeffer, weiß	13[illegible].00–138.00
Piment, Jamaika	76.00–80.00

Kaffee, roh:	
Guatemala usw.	205.00–270,0[illegible]
Prima Santos	200.00–210,0[illegible]
Superior Santos	193.00–197,0[illegible]
Gerste, gebrannt	18.50–19,2[illegible]
Kakaopulver	42.00–110,0[illegible]
Tee	275.00–550,0[illegible]
Speiseöle	58.00–60,0[illegible]
Mohnöl	61.00
Rüböl, roh (Backöl)	51.00–52,0[illegible]
Margarine	–
Schmalz, am. Pur.	88.50–89,0[illegible]
Marmelade	28.00–30,0[illegible]
Kunsthonig	30.25–32,0[illegible]
Corned beef, amerik. 12/6 lbs. je Kiste	35.00–37,0[illegible]
Deutsches Büchsenfleisch, in Kisten zu 12 Dosen à 6 Pfund netto	– –
Heringe pro Tonne:	
Schottische	51.00–61,0[illegible]
Norwegische	15.50–26,0[illegible]
Holländische	51.00–61,0[illegible]
Deutsche	– –
Sirup:	
Zuckersirup	29.00–29,5[illegible]
Speisesirup	22.00–32,0[illegible]
Rübensaft	18.00–22,0[illegible]

Wasserstände.

+ bedeutet über, — unter Null.

Elbe.			Fall	Wuchs
Pardubitz	9. 3.	—	—	—
Brandeis	.	—	—	—
Melnik	.	—	—	—
Leitmeritz	.	+ 0.12	—	—
Aussig	.	+ 0.36	—	—
Dresden	.	— 1.03	—	—
Torgau	10. 3.	+ 0.95	—	0,07
Wittenberg	.	+ 2.01	—	—
Roßlau	.	+ 1.34	—	0,12
Aken	.	—	—	—
Barby	.	+ 1.56	—	0.15
Magdeburg	.	+ 1.14	—	0.06
Tangermünde	9. 3.	+ 1.60	—	—
Wittenberge	.	+ 1.59	—	—
Lenzen	.	—	—	—
Dömitz	.	—	—	—
Dalchau	.	—	—	—
Boizenburg	.	—	—	—
Hohnstorf	.	+ 1,14	—	—

			Fall	Wuchs
Mulde.				
Düben	9. 3.	+ 0,31	—	—
Saale.				
Grochlitz	10. 3.	+ 1.67	—	—
Trotha Utp.	.	+ 2.44	—	—
Bernburg Utp.	.	+ 1.72	—	0,3[illegible]
Kalbe Oberpeg.	.	+ 1.76	—	0,0[illegible]
Kalbe Unterpeg.	.	+ 1.40	—	0,2[illegible]
Grizehne	.	+ 1.42	—	0,2[illegible]
Havel.				
Brandenburg Oberpegel	9. 3.	+ 2.21	0,02	—
Brandenburg Unterpegel		+ 1,38	—	0,0[illegible]
Rathenow Oberpegel		+ 1,92	—	—
Rathenow Unterpegel	.	+ 0,94	—	0,0[illegible]
Havelberg	.	+ 1,91	—	—

Wetterbericht.

ERKLÄRUNG: ○ wolkenlos, ◔ heiter, ◑ halbbedeckt, ◕ wolkig, ● bedeckt, • Regen, ✱ Schnee, ∞ Dunst, ≡ Nebel, ☈ Gewitter, △ Graupeln, ▲ Hagel, ◎ Stille, —○ sehr leicht, —○ leicht, —○ schwach, —○ mäßig, —○ frisch, —○ stark, —○ steif, —○ stürmisch, —○ voller Sturm. Die Pfeile fliegen mit dem Winde. Die eingezeichneten Linien (Isobaren) verbinden die Orte mit gleichem Luftdruck. Die neben den Orten stehenden Zahlen geben die Lufttemperatur an.

In den heutigen Frühstunden drang mit großer Gewalt kalte Luft, die vom Polargebiet her über die Nordsee herangeführt war, in Mitteleuropa ein. Der Einbruch erfolgte mit Schneefällen, so daß heute morgen eine ausgebreitete Schneedecke vorhanden war. Die Temperaturen gingen bis auf —4 Grad herab. Die Tiefdruckrinne, die uns noch immer von dem unmittelbaren Zufluß der sehr kalten skandinavischen Luft trennt, ist weiter aufgefüllt, und bei Seeland ist ein neues, allerdings vor dem Absterben befindliches Tiefdruckgebiet erschienen. Dieses hat aber noch die Wirkung, daß es die kalten Luftmassen von Skandinavien z. T. nach Norden ablenkt, während der andere Teil der kalten Luft über Ostdeutschland hereinbrechen wird. Unser Gebiet gelangt in der Folge etwas stärker unter den Einfluß des westlichen Hochs. Damit hat die Kälteperiode ihren Höhepunkt erreicht. Eine Verstärkung des Frostes wird, abgesehen von kurzer Ausstrahlungskälte in den Frühmorgenstunden, nicht mehr eintreten. Der Witterungscharakter bleibt zunächst aber doch noch rauh und neigt weiter zur Ausbildung kleinerer Schneeschauer.

Aussichten für Mittwoch: Ziemlich heiter, Nachtfrost, nur noch vereinzelte Schneeschauer. —

(Schluß des redaktionellen Teiles.)

Saaten für Garten und Feld
H. O. Lübeck
Fernsprecher 3294
— Hasselbachstraße 3. —

3 Tropfen Kaol
Metall-Oel-Politur
besser als Putzwasser